

EIN JAHR SCHAFFEN

Täglich berichten die sowjetischen Massenmedien über neue Betriebe, Wohnhäuser und theoretische Ausarbeitungen, kurz, über weitere Schaffenstaten des Volkes. Wir Sowjetbürger empfinden den Vormarsch unseres Landes als etwas Selbstverständliches, denn unaufhaltsamer Fortschritt ist einer Gesellschaft, die sich das großartige Ziel — den Aufbau des Kommunismus — gesetzt hat, organisch eigen.

Ja, gibt es denn in den kapitalistischen Industrieländern keine Neubauten, keine kühnen technischen Projekte? Doch, sicherlich. Wir müssen zugeben, daß wir in einigen Bereichen noch etwas nachzuholen haben. Aber es besteht ein einschneidender Unterschied in den Zielen der beiden Gesellschaftsformationen.

In der einen Gesellschaft ist der Mensch Objekt der Ausbeutung und Profiterzeugung für die Machthaber. Deren Anliegen hat sich grundsätzlich nicht geändert, seit Friedrich Engels vor rund einem Jahrhundert schrieb: „Die platte Habgier war die treibende Seele der Zivilisation von ihrem ersten Tag bis heute, Reichtum, abermals Reichtum und zum drittenmal Reichtum, Reichtum nicht der Gesellschaft, sondern dieses einzelnen lumpigen Individuums, ihr einzig entscheidendes Ziel.“

Heute gehorchen die Zeiger unseres Kompasses anderen Magneten. Wir in der UdSSR bauen Betriebe und Kraftwerke nicht um des Profits eines Häufleins von Eigentümern willen. Unser Ziel sind vielmehr Glück und Wohlergehen des Menschen, günstige Bedingungen für die Entfaltung seiner schöpferischen Möglichkeiten. Das ist gewiß humaner, als die Menschen zum überdimensionalen „Rattenrennen“ zu zwingen — so nennen die Amerikaner selbst die Notwendigkeit, Kräfte und Nerven bis zum äußersten anzuspannen, um am Ball zu bleiben und nicht niederkonkurriert zu werden. Apropos Humanismus: Kann eine Gesellschaft als human angesehen werden, die nicht imstande und auch nicht so sehr gewillt ist, jedem Menschen die Möglichkeit zur Wahrnehmung seiner Grundrechte — auf Leben und auf Arbeit — zu geben?

Die Geißel der Arbeitslosigkeit und sozialen Unsicherheit treibt die unfreiwilligen Teilnehmer des „Rattenrennens“ an. Die Triebkraft der sozialistischen Gesellschaft ist das Bewußtsein, mit der eigenen Arbeit zum gemeinsamen Werk beizutragen.

Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU sagte Leonid Breschnew vor einem Jahr: „Wir wollen alle unsere Kräfte auf zwei zusammenhängen-

de Richtungen konzentrieren. Die eine ist das kommunistische Aufbauwerk, die andere die Festigung des Friedens.“

Unser Volk geht im Schaffen auf. Man darf das nicht auf die Liste von grandiosen Bauvorhaben reduzieren, wenn auch eine solche Liste im Verhältnis zur Zeit ihrer Realisierung jeden Unvoreingenommenen beeindruckt. Doch denken wir stets an das Wichtigste: den Menschen. Seinetwegen vervollkommen wir ständig das Leben im Lande. Der Fortschritt unserer ganzen Gesellschaft ist gleichbedeutend mit besserem Leben für jedes ihrer Mitglieder.

Unser Volk geht im Schaffen auf. Täglich werden sorgfältig Eigenschaften geformt, die die Menschheit morgen brauchen wird. Das gesunde schöpferische Klima fördert neue Arbeitsinitiativen der Werktätigen, und immer mehr Menschen denken und handeln aus staatlicher Sicht. Selbstverständlich ziehen wir die Trägheit der menschlichen Mentalität und alte Gewohnheiten in Betracht, auch sehen wir Resultate massierter ideologischer Einwirkung von außen. Wir bekämpfen unermüdlich die soziale Passivität, das Verbraucherdenken, das asoziale Verhalten, alles, was unser Vorankommen hindert. Wir sprechen offen über unsere Mängel, ob in der sozialen Sphäre oder der Wirtschaft, denn wir haben Lenins Worte nicht vergessen: „...die Öffentlichkeit ist ein Schwert, das die von ihm geschlagenen Wunden selbst heilt“.

Unsere ideologischen Feinde versuchen alle Schwierigkeiten und Komplikationen, die in der sowjetischen Gesellschaft vorkommen, aus der Natur des Sozialismus heraus zu erklären. Aber betrachten wir einmal ein so wichtiges Problem wie die Beschäftigung. Der Sowjetstaat löste es schon im ersten Planjahr. Dagegen weiß man in Großbritannien, den USA und anderen kapitalistischen Ländern auch heute, wie schwierig und akut dieses Problem ist.

Der XXVI. Parteitag der KPdSU entwarf ein grandioses und kühnes Programm der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, auch die konkreten Richtungen, auf die man sich konzentrieren muß. Die Sowjetbürger wissen, daß die Devise der Partei lautet: Alles für das Wohl des Sowjetmenschen, alles um des Menschen willen. Deshalb unterstützen sie vorbehaltlos die Politik der Partei. Doch wissen wir auch etwas anderes: Nichts kommt von allein. Jede Verbesserung der Lebensbedingungen kann nur in angestrengter Arbeit der Sowjetbürger selbst herbeigeführt werden. Der entwickelte Sozialismus bietet jedem Bürger sehr weite Möglichkeiten, seine Fähigkeiten zu entfalten. Es gilt, diese Möglichkeiten zu realisieren. Das seit dem XXVI. Parteitag der KPdSU vergangene Jahr hat gezeigt: Das Sowjetvolk tut das erfolgreich und geht sicheren Schrittes den von der Partei gewiesenen Weg.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 8 FEBRUAR 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIM, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Ein Jahr Schaffen	1
W. Kusnezow — Friedenswillen gegen Aggressivität	5
Zwei Wege	6
A. Stepanow — WGB-Forum: Orientierung auf die 80er Jahre	8
W. Boikow — Belgien. Pessimistisch in die Zukunft	10
R. Sánchez — El Salvador. Venceremos! (Interview)	12
A. Uswatow — Fieberhafte Aktivitäten	13
W. Lawrenow — EG. Wachsende Probleme	14
W. Dolgow — Kostarikas Haltung	15
Notizen ♦ Glossen	16
Kommunistische und Arbeiterparteien zur Haltung der IKP-Führung	18
V. Gussenkow — Frankreich. Die „Internationale“ wie die „Marseillaise“	22
V. Birjukow — USA—China. Hinter den Mauern von Chinatowns	24
A. Ljuty — Rote Sterne an den Schapkas oder ein giftsprühendes TV-Spektakel	26
D. Atamali — Nahost. Treffen in Aden	27
W. Jakowlew — UdSSR—Sri Lanka. Smaragd im Ozean	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der Internationale Moskauer Plakatwettbewerb „Das Plakat im Kampf für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit“ wurde erfolgreich abgeschlossen. Einen Sonderpreis der Redaktion unserer Zeitschrift erhielt Walther Guntram (DDR). Der Künstler sieht in der Friedenstaube nicht nur ein Hoffnungssymbol, sondern den Ausdruck des festen Willens von Millionen.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Vom 10. bis 15. Februar tagte in Havana der X. Weltgewerkschaftskongreß. Leonid Breshnew sandte eine Grußbotschaft: „Wir sind davon überzeugt, daß es unter den heutigen Bedingungen lebenswichtig und absolut vordringlich ist, konkrete Maßnahmen zur Begrenzung des Wettübens zu verwirklichen. Sie müssen den Weg in das Morgen bestimmen. Die Gewerkschaften können viel dafür tun, daß die Entwicklung ebendiesen Weg geht. Heute ist der Kampf gegen das Wettüben, für die Überführung der Rüstungsproduktion auf friedliche Gleise fest und untrennbar wie nie zuvor mit der Verteidigung der Lebensinteressen der Werktätigen, mit dem Kampf der Gewerkschaften gegen die Ausbeuterpolitik der Monopole, gegen Arbeitslosigkeit, Inflation und die anderen sozialen Gebrechen des Kapitalismus verbunden, gegen so abstoßende, vom Imperialismus hervorgebrachte Erscheinungen wie Neokolonialismus, Apartheid, Rassismus und Faschismus.“ Fidel Castro hielt eine große Rede. An dem Kongreß nahmen Delegationen aus fast 140 Ländern teil, auch eine UdSSR-Delegation unter Leitung des Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR, Alexej Schibajew. Als WGB-Vorsitzender wurde Sandor Gaspar (Ungarn) wiedergewählt, Generalsekretär wurde Ibrahim Zakarija (Sudan) (s. S. 8).

Leonid Breshnew und Fidel Castro wurden mit der Goldenen Medaille des Weltgewerkschaftsbundes ausgezeichnet.

Am 11. Februar wurde in Sofia feierlich der 25. Jahrestag des Volkskomitees für bulgarisch-sowjetische Freundschaft begangen. Leonid Breshnew richtete an das Komitee eine Grußbotschaft: „Die bewährte, auf den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus sowie auf der grundlegenden Gemeinsamkeit der Ziele und Interessen unserer Parteien und Staaten beruhende sowjetisch-bulgarische Freundschaft ist ein wichtiges Bindeglied des untrennbaren Bündnisses der Völker der sozialistischen Gemeinschaft und ein starker schöpferischer Faktor in unserem gemeinsamen Kampf für Frieden und Kommunismus.“

Am 13. Februar wurde der Glückwunsch Nikolai Tichonows an Chan Si, Mitglied des Politbüros des ZK der Revolutionären Volkspartei Kampuchas und Vorsitzender des Ministerrats der VR Kampuchea, zu dessen Ernennung zum Vorsitzenden des Ministerrats der VR Kampuchea veröffentlicht.

Am 16. Februar wurden Nikolai Tichonows Antworten auf Fragen der Redak-



Havanna. X. Weltgewerkschaftskongreß. Fidel Castro begrüßt die Kongreßteilnehmer.

Foto: S. Gurari

fion der Zeitung „Asahi“ (Japan) veröffentlicht, die die Haupttrichtungen der Entwicklung der UdSSR-Volkswirtschaft sowie die internationale Lage betreffen.

Am 9. Februar empfing Wassili Kusnezow im Kreml den Energieminister des Iran, Hassan Ghafouri-Fard, den Leiter einer iranischen Delegation, die eine Auslandsreise anlässlich des dritten Jahrestages der Revolution im Iran unternimmt. Bei dem Gespräch wurden Fragen der sowjetisch-iranischen Beziehungen berührt.

Vom 13. bis 15. Februar fand in Toronto der XXV. Parteitag der KP Kanadas statt. Das ZK der KPdSU sandte eine Grußbotschaft, in der es den kanadischen Kommunisten zum 60. Jahrestag ihrer Partei gratulierte: „Die aktive Teilnahme am Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen die vom US-Imperialismus geschürte Kriegsgefahr hat der KP Kanadas Ansehen bei den Friedenskräften ihres Landes und im Ausland eingebracht. Die sowjetischen Menschen schätzen alles, was die kanadischen Kommunisten für die Verständigung, die Zusammenarbeit und die Freundschaft zwischen dem kanadischen und dem sowjetischen Volk, für die Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Kanada und der UdSSR taten und tun.“ Der Generalsekretär der KP Kanadas, William Kashtan, hielt den Bericht des ZK. Unter den ausländischen Gästen war

auch eine Delegation der KPdSU.

In Beirut wurde die Bildung der Palästinensischen Kommunistischen Partei bekanntgegeben, der Kommunisten des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens sowie im Ausland lebende Palästinenser, Mitglieder der Jordanischen KP, angehören. In einer Erklärung des ZK der neuen Partei heißt es, es sei ihre Hauptaufgabe auf der heutigen Etappe, für den Abzug der israelischen Besatzer von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten, für die Bildung eines unabhängigen Palästinenserstaates und für die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat zu kämpfen.

Am 12. Februar traf der Außenminister Indiens, Narasimha Rao, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der SRV ein. Bei einer Begegnung mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der SRV, Pham Van Dong, bekundete Narasimha Rao die Gewißheit, daß sein Besuch in Vietnam zur weiteren Festigung der indisch-vietnamesischen Beziehungen der Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit beitragen werde. „Wir haben die engsten Beziehungen zu allen drei Ländern Indochinas und werden sie auch in Zukunft stets weiterentwickeln“, erklärte er. Der indische Minister wurde vom Vorsitzenden des Staatsrates, Truong Chinh, empfangen.

Am 12. Februar veröffentlichte das Internationale Komitee für europäische

Sicherheit und Zusammenarbeit eine Erklärung, in der es verlangt, daß das Madrider KSZE-Nachfolgetreffen seine Arbeit fortsetzt. In der Erklärung wird betont, daß die in Madrid erörterten Fragen und die unterbreiteten Vorschläge, insbesondere für die Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz, außerordentlich wichtig sind, um die Gefahr eines Nuklearkonflikts auf dem Kontinent abzuwenden.

Am 9. Februar ging in Aden eine internationale Konferenz zum Thema „Das Nahostproblem und die Gefahr des imperialistischen Wettübens“ zu Ende. An ihr nahmen an die 150 Vertreter aus 56 Ländern und von 10 internationalen Organisationen teil (s. S. 27).

Am 12. Februar ging in Tunis eine außerordentliche Ratstagung der Arabischen Liga auf Außenministerebene zu Ende. Sie wurde auf Bitte Syriens einberufen, um die Annexion der Golan-Höhen durch Israel und gemeinsame Aktionen gegen dessen aggressive Politik zu erörtern. Die Minister verurteilten die Nahostpolitik der USA, deren Schützenhilfe für den israelischen Aggressor, und verlangten von der US-Administration die Einstellung der Militär- und Finanzhilfe für Israel.

Mitte Februar begann ein Generalstreik der arabischen Bevölkerung der von Israel besetzten Golan-Höhen aus Protest gegen die Annexion.

Die Lage in Südlibanon verschlechtert sich weiter rapide. Am 10. Februar nachts drangen Banditen der von den Israelis ausgehaltenen „Armee“ des Verräters Khaddad in das Dorf Barshit ein und sprengten einige Bauernhäuser.

In Damaskus wurde eine offizielle Erklärung über die Lage in der Stadt Hama abgegeben. Dort hatte man eine Operation durchgeführt, um Waffen und konspirative Wohnungen von Banden der „Moslembrüder“ aufzudecken. Hunderte von Waffen wurden beschlagnahmt und eine Reihe von Verbrechern verhaftet, die sich vor der Justiz verbargen.

Am 10. Februar wurde in Brüssel eine gemeinsame Erklärung der Arbeiterpartei der Türkei, der Kommunistischen Partei der Türkei und der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei über die Gespräche zwischen deren Führern veröffentlicht. Es wurde beschlossen, in der Türkei eine breite demokratische Front zu gründen, basierend auf der politischen Einheit der Arbeiterklasse. In der Erklärung heißt es, ein solcher Schritt sei jetzt besonders wichtig, da die Welt einer großen Bedrohung ausgesetzt ist, die von den Kräften des

Imperialismus, vor allem des US-amerikanischen, ausgeht, und das Pentagon sich auf dem Territorium der Türkei Militärstützpunkte für die Eingreiftruppe sichern will.



Die Toryregierung bereitet sich zusammen mit den USA auf einen chemischen Krieg vor. Die Entwicklung neuer Arten chemischer und bakteriologischer Waffen wird forciert. Im Raum von Porton Down befindet sich ein Übungsgelände, auf dem die chemische Kriegführung geprobt wird. Unser Bild: Teilnehmer einer solchen Übung

Foto: „New Statesman“

Am 15. Februar begann in Ankara ein Prozeß gegen 205 Arbeiter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Sie stehen unter der Standardanklage „Zugehörigkeit zur seit 1923 verbotenen KP der Türkei und verfassungswidrige Wühlätigkeit“.

Am 7. Februar wurde in Guatemala die Bildung einer Front der nationalen patriotischen Einheit bekanntgegeben. Ihr gehören vier militärisch-politische Vereinigungen an: die Organisation des bewaffneten Volkes, die Partisanenarmee der Armen, die Aufständischen-Streitkräfte und die Revolutionären Streitkräfte der Guatemalteckischen Partei der Arbeit. Die Partisanenbewegung im Lande hat ihre Aktivitäten verstärkt. Die US-Administration ihrerseits verstärkt die militärische Hilfe für den Diktator Lucas García.

Salvadorianische Patrioten setzen ihre Kampfhandlungen gegen die proamerikanische Junta fort. Der Gegner muß große Verluste hinnehmen (s. S. 12).

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger beendete am 12. Februar eine Reise nach Saudi-Arabien, Oman und Jordanien (s. S. 13).

Am 11. Februar erkannte der Verfassungsrat Frankreichs nach der Prüfung der endgültigen Fassung des von der Nationalversammlung gebilligten Verstaatlichungsgesetzes dieses für verfassungsmäßig an. Nach der Bestätigung durch den Präsidenten der Republik wird das Gesetz in Kraft treten. Unter

Staatskontrolle gelangen 5 Industriemonopole und 2 Bank-Industrie-Konsortien (Paribas und Suez) sowie 39 Privatbanken.

Am 12. Februar fand in Portugal ein Generalstreik statt. Die Werktätigen, die 263 Gewerkschaftsorganisationen mit über zweieinhalb Millionen Mitglieder angehören — mehr als 70% aller Werktätigen des Landes — legten die Arbeit nieder. Sie verlangten die Beendigung der volksfeindlichen Politik der Rechtsparteien und den Rücktritt der Regierung. In den großen Industriebetrieben ruhte die Arbeit vollständig. Die Fischereifahrzeuge blieben in den Häfen. In der Agrarreformzone streikten Landarbeiter und Genossenschaftsbauern.

Die Kämpfe zwischen Irak und Iran hielten an. Nach einer Meldung des militärischen Oberkommandos des Irak mußten sich iranische Truppen im Raum Bostan zurückziehen. In einem Lagebericht des Stabs der iranischen Streitkräfte heißt es, daß die irakische Seite im Raum Tange-Chazzabeh schwere Verluste erlitt.

Nach einer Meldung der indischen Nachrichtenagentur UNI vom 14. Februar hat Peking ca. 500 000 Soldaten und Offiziere in Tibet konzentriert. Der Hauptteil der Armee-Einheiten ist unmittelbar an der indischen Grenze zusammengezogen.

Die Öffentlichkeit der RSA ehrte das Andenken des im rassistischen Kerker zu Tode gefolterten Bürgerrechtskämpfers und weißen Gewerkschaftsfunktionärs Neil Aggett. In den größten Industriezentren, — Johannesburg, Pretoria, Kapstadt, East London und Durban — wurde die Arbeit unterbrochen, fanden Massenkundgebungen statt. Am Tag der Beisetzung Aggotts fanden Protestdemonstrationen gegen das Rassenregime statt.



Hamburger Pädagogen protestieren gegen die sich verschlechternde Lage im Bildungswesen und gegen die zunehmende Lehrerarbeitslosigkeit in der BRD
Foto: ADN—TASS

NZ

POST

Ich las in Nr. 5/82 der NZ den Beitrag über die Haltung der IKP-Führung. Man kann nur bedauern, daß sich in dieser Partei ein offenkundiges Abgehen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus vollzieht. Ich würde gern häufiger in Ihrer Zeitschrift Artikel zu aktuellen ideologischen Fragen sehen.

R. IWANOW
Uchta, ASSR der Komi

Die Pekinger Führung unterstützt den Imperialismus mit den verschiedensten Methoden: Sie schmiedet Intrigen gegen Indien, das größte Land der dritten Welt, gegen andere friedliebende Staaten und findet sich damit ab, daß Hongkong, das zu China gehört, eine Kolonie bleibt. Was ist das, wenn nicht Unterstützung für die imperialistische Okkupation eines Teiles des eigenen Landes? Und zugleich beanspruchen die Maoisten sowjetische Territorien, die niemals zu China gehört haben.

A. D. LIYANAGE
Mount Lavinia, Sri Lanka

Die sogenannte freie Presse Großbritanniens sucht uns ständig glauben zu machen (entgegen den Tatsachen), die sowjetischen Menschen lebten unter einer schrecklichen Diktatur, wir aber, die Einwohner des Vereinigten Königreiches, hätten alle politischen Rechte und Freiheiten. Doch ich habe mich selbst davon überzeugen können, wie weit diese Behauptungen von der Wahrheit entfernt sind. Ich wurde bei der Demonstration zum 1. Mai 1981 in Glasgow von der Polizei verhaftet, weil ich Losungen zur Unterstützung der Forderungen der politischen Gefangenen Nordirlands rief. Mein Fall wurde an ein Gericht übergeben. Doch die Verhandlung wird immer wieder verlegt, um doch noch eine juristische „Begründung“ zusammenzuzimmern. Die Ordnungshüter, die sich als Verteidiger unserer Rechte und Freiheiten aufspielen, nehmen uns in Wirklichkeit eben diese Rechte und Freiheiten. Kein Wunder, daß sich in Großbritannien immer mehr Menschen der Heuchelei der „freien Gesellschaft“ bewußt werden.

Michael DUFFIELD
Glasgow, Großbritannien

FRIEDENSWILLEN GEGEN AGGRESSIVITÄT

Vor einem Jahr wurde das außenpolitische Programm des XXVI. Parteitages der KPdSU beschlossen

Wladlen KUSNEZOW

Die Wirksamkeit der Außenpolitik wird von vielen Kriterien bestimmt und an ihnen gemessen. Vor allem an dem Einfluß, den sie auf Krieg und Frieden nimmt, am Ausmaß ihrer Unterstützung in der Welt, am Grad der Auswirkung auf die andere Kraft. Von all diesen Standpunkten her besteht das vor einem Jahr vom XXVI. Parteitag der KPdSU ergänzte und weiterentwickelte sowjetische Friedensprogramm die Prüfungen durch Zeit und Praxis.

Ernste Lage

37 Jahre ohne Krieg sind das entscheidende Merkmal für die Wirkung der Friedenspolitik der UdSSR.

Der Weltfrieden ist ein hohes Gut, gehört der ganzen Menschheit, allen Völkern, wo auch immer sie leben. „Schauen Sie auf die letzten 35 Jahre zurück. Das waren bemerkenswerte Jahre des Friedens, der Prosperität und des Fortschritts.“ Ist diese Äußerung des US-Präsidenten Ronald Reagan kein, wenn auch nur mittelbares, Eingeständnis dafür, daß nicht nur der Osten, sondern auch der Westen — entgegen den Behauptungen der offiziellen US-Propaganda — die Früchte der Entspannung genießt? Wozu dann, fragt man sich, muß man über die Entspannung herfallen, warum den Ast absägen, auf dem man sitzt, und den Baum noch dazu?

Richtig, die Entspannung hat keineswegs alle Erwartungen erfüllt, die man im Westen in sie gesetzt hatte. „Die Entspannung hat in der Hinsicht nicht funktioniert“, schreibt die „Washington Post“, „daß sie nicht in der Lage war, den Kurs der UdSSR, insbesondere in der Außenpolitik, aufzuweichen, worauf viele westliche Repräsentanten gehofft hatten.“ Wenn man übermäßig viel und Unmögliches erhofft hat — die „Aufweichung“ des Weltsozialismus und den Stopp des nationalen Befreiungskampfes —, dann guckt man natürlich in die Röhre. Doch das ist noch kein Grund, sich von der Entspannung loszusagen. Der Westen braucht den Frieden nicht weniger

als der Osten, und auf den Frieden hat die Entspannung wahrlich hingearbeitet. Und tut das noch heute.

Die UdSSR hat seinerzeit alles unternommen, um aus dem kalten Krieg keinen heißen werden zu lassen. Sie war der Wegbereiter der Entspannung, die in den letzten 10 Jahren wahrhaft kolossale Möglichkeiten und Vorzüge der friedlichen Koexistenz und der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit aufdecken half. Auch heute, in der Stunde ernster Prüfungen, in einem für die Menschheit komplizierten Zeitraum, steht die Sowjetunion erneut über der Situation, im Zenit ihrer historischen Verantwortung.

Die UdSSR bewahrt Selbstbeherrschung, läßt sich nicht provozieren und pflegt sachkundig, nach allen Regeln der diplomatischen Kunst, das durch die Entspannung Errungene. Sinnvolle Verteidigung geht mit entschiedenen Offensiven in den wichtigsten Kommunikationen und Punkten der Weltpolitik einher. Die Sowjetunion blockiert die destruktiven Aktivitäten extremistischer Kräfte auf dem Weltchauplatz, indem sie deren Vorgehen zügelt, und schafft zusammen mit ihren sozialistischen Verbündeten die Voraussetzungen zur Stabilisierung der internationalen Beziehungen und zu ihrer Überführung auf ein normales Geleis, sie legt schon jetzt den Grundstein für die Erneuerung und Fortsetzung der Entspannungspolitik auf einer noch produktiveren Basis.

Immer hatte die schöpferische Außenpolitik hohe Bedeutung, die aber besonders in Zeiten, wie den jetzigen, zunimmt. „Noch niemals seit dem zweiten Weltkrieg war die Lage so ernst“, sagte Leonid Breshnew, und dieser Satz ging durch die gesamte Weltpresse, erklang als ein warnendes Signal, sich der kritischen Situation bewußt zu werden, als ein Aufruf zum Handeln, zum Widerstand gegen die Planer eines neuen Krieges.

Die Sache ging so weit, daß man aus der sozialistischen Gemeinschaft ein Land — Polen — herauslösen und es der „Interessensphäre“ des Im-

perialismus einverleiben wollte. So weit, daß man sich offen daranstellte, die zwischen der UdSSR und den USA, zwischen Warschauer Vertrag und NATO entstandene militärstrategische Parität zu beseitigen, um die militärische Überlegenheit über den Weltsozialismus zu erlangen. So weit, daß man Europa in den Schauplatz eines Kernkriegs verwandeln oder in einem Krieg mit C-Waffen vergiften will. So weit, daß man der Weltgemeinschaft eine derartige Runde des Wettrüstens aufzwingt, die unwiderruflich zu werden droht und zur Katastrophe führen muß. So weit, daß man den für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern dieses heilige Recht nehmen will, und ihnen mit der interventionistischen „schnellen Eingreiftruppe“ droht. So weit, daß Washington in einer Art vom Kernkrieg und vom Erstschatz redet, als handele es sich um ein harmloses Scheibenschießen. So weit, daß man den Kodex der Entspannung und der friedlichen Koexistenz der Völker von Ost und West durch Konfrontation, durch das Washingtoner Register von Strafen und Sanktionen ersetzen will. So weit, daß man gegen die Friedenskräfte eine militaristische Koalition schmiedet — von Washington bis Peking und Tokio, vom Brüsseler NATO-Hauptquartier bis Tel Aviv, von Karatschi bis Pretoria und bis zu manchen lateinamerikanischen Hauptstädten.

Und das ist noch keineswegs die vollständige Abrechnung, die die friedliebenden Völker und Staaten rechtmäßig den an der Anheizung der internationalen Spannungen Schuldigen vorweisen können.

Der Ernst der Lage, von dem Leonid Breshnew sprach, erfordert auch ernsthafte Präventivmaßnahmen. Alle Punkte des Friedensprogramms für die 80er Jahre, oder, wie man sie auch nennt, „Breshnews 8 Punkte“, sind international aktiv in Umlauf. Sie gehören zur Tagesordnung bilateraler wie multilateraler Verhandlungen von Vertretern aus Ost und West sowie verschiedener internationaler Foren.

Die Vitalität des Friedensprogramms des XXVI. Parteitags der KPdSU besteht auch darin, daß es mit neuen Initiativen angereichert werden konnte. Diese Aktivitäten nach dem Parteitag sehen vor:

neue Möglichkeiten zu resultativeren Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen;

die Bereitschaft der UdSSR zur Erleichterung der Voraussetzungen für die Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone in Nordeuropa;

die Verwandlung der Mittelmeerregion in eine beständige Zone des Friedens und der Zusammenarbeit;

die Aufstellung von Prinzipien und Normen oder eines Kodex der Beziehungen zu den Entwicklungsstaaten;

die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beilegung der Nahostkrise.

Neue wichtige Initiativen unternahm die Sowjetunion in der UNO. Die Vollversammlung verabschiedete eine Erklärung über die Verhütung einer Nuklearkatastrophe und billigte den Antrag zum Abschluß eines „Vertrages über das Verbot der Stationierung jeglicher Waffengattungen im Kosmos“. Angenommen wurde ferner der Resolutionsantrag der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder über das Verbot der Neutronenwaffe.

Konsens mit wem und wofür?

In letzter Zeit spricht man gern vom „strategischen Konsens“. Diesen Begriff hat Washington elegant unter die Leute gebracht. Anfangs

proklamierte es die „gleichlaufenden strategischen Interessen“ Amerikas und Chinas. Dann kam die amerikanisch-israelische „strategische Übereinstimmung“ hinzu. Jetzt scheinen wir Zeugen der Interessengleichheit Washingtons und Pretorias bei der „Eindämmung“ der nationalen Befreiungsbewegung im Süden Afrikas zu werden. Washington sucht überall nach strategischem Gleichklang, wo nur immer es auf brave Erfüllungsgehilfen hoffen kann — in Europa, in Asien, Lateinamerika und im Fernen Osten.

An und für sich ist nichts Schlechtes an einem Konsens. Dieses Prinzip des Einverständnisses war der Erzielung politischer Entscheidungen auf der Helsinki-Konferenz zugrunde gelegt und auch von anderen internationalen Foren praktiziert worden.

Die Frage ist nur, mit wem und wofür ein Einverständnis erzielt werden soll. Für die Entspannung und den Weltfrieden? Oder zur Errichtung von Bündnissen und Achsen, bei denen die selbstsüchtigen Interessen der einen Staaten gegen die Interessen anderer gerichtet sind und die objektiv der Aushöhlung der allgemeinen Sicherheit und des weitgehenden internationalen Einverständnisses in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden dienen?

Es ist jetzt an der Zeit, dem strategischen Konsens im Namen der Entspannung und der Förderung der Abrüstung nachzukommen, der in der KSZE-Schlußakte fixiert wurde. Sind diesem Konsens alle treu geblieben und halten sie ihn ein? Wohl kaum. Doch daran erinnern sich jene

Leute lieber nicht, die sich plötzlich schon des Wortes „Entspannung“ schämen, die den allgemeinen strategischen Konsens zwischen Ost und West durch Intrigen und das Ausspielen der chinesischen, israelischen, pakistanischen und anderer Karten ersetzen.

Sollen sich die Apologeten der Stärke und der „Pax Americana“ nur nicht über Schwierigkeiten beklagen, auf die sie stoßen. Die Sowjetunion war, ist und bleibt mit ihrem Friedensprogramm stets die Schranke auf dem Weg der Freunde von Konflikten und Kriegen. Sie wird immer auf der Seite derer sein, gegen die Aggressionen vorbereitet werden.

Im Unterschied zu den USA sucht die Sowjetunion nach einem strategischen Konsens mit Kräften, die gegen den Krieg kämpfen. Gestützt auf ihre politische, wirtschaftliche und militärische Stärke, auf die Festigkeit der sozialistischen Gemeinschaft, sucht sie auch die Unterstützung aller Friedenskräfte in der Welt. Friede für sich selbst, Friede für alle — lautet das Credo der Sowjetunion. Ihr Friedensprogramm trägt allgemeinmenschlichen Charakter, soll dem Weltfrieden dienen und erlangt ebendeshalb in der massierten Antikriegsbewegung seine konkrete Basis. Diese Koalition erhält keine Finanzhilfe und keine Anweisungen aus Moskau, was ihr westliche Propagandisten unterstellen wollen, aber sie entdeckt im sowjetischen Friedensprogramm etwas, was sie vergeblich in den Regierungsprogrammen der führenden NATO-Mächte suchen würde: die Bereitschaft zur Lösung grundlegen-

ZWEI WEGE

Leonid Breshnew ergänzte und entwickelte wesentlich am 3. Februar — beim Empfang der Vertreter der Sozialistischen Internationale — die sowjetische Haltung zum Problem der Reduzierung auf Europa gezielter nuklearer Mittelstreckenwaffen. Diese Position wurde dann am 10. Februar von TASS detailliert dargelegt.

Das offizielle Washington machte am 4. Februar eiligst die Erklärung, die US-Delegation habe der UdSSR in Genf den amerikanischen Vertragsentwurf über Mittelstrecken-Raketenwaffen vorgelegt. Es ging ihm offenbar darum, die Wirkung der neuen Vorschläge Leonid Breshnews auf die Weltöffentlichkeit abzuschwächen.

Moskau und Washington schlagen also eine Null-Option vor, nur daß sich leider die Null in beiden Fällen nicht deckt.

Der „Breshnew-Plan“, der im November 1981 während des Bonn-Besuchs veröffentlicht wurde, sieht die Erlösung Europas von nuklearen Mittelstrecken- sowie taktischen Waffen vor. Gemeint

ist also ein nuklearwaffenfreies Europa: im Westen und im Osten.

Die bei Abrüstungsgesprächen gemachte Erfahrung der Nachkriegsjahre zeugt aber davon, daß nicht alle und nicht immer zu weitreichenden Maßnahmen bereit sind. Als akzeptabler erwiesen sich Übereinkünfte nach dem Prinzip: vom Simplen zum Komplizierten hin. Deshalb schlägt die UdSSR verschiedene Varianten und etappenweise Lösungen vor. Wenn der Westen vorläufig zu einer radikalen Lösung nicht bereit ist, beabsichtigt die Sowjetunion eine bedeutende etappenweise Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen — auf weniger als ein Drittel — durch beide Seiten zu vereinbaren, wobei auf allen Etappen die Parität gewahrt werden soll.

Um eine Übereinkunft in Genf zu erleichtern, schlug die UdSSR vor, in kurzer Frist ein gemeinsames Dokument auszuarbeiten, das die wichtigsten Parameter des künftigen Abkommens enthalten würde. Das Abkommen soll alle

nuklearen Mittelstreckenwaffen erfassen — mit einer Reichweite von 1000 km und mehr —, die auf dem Boden Europas und in den anliegenden Meeren stationiert und zum Einsatz in Europa bestimmt sind. Es ist vorgesehen, daß jede Seite, beginnend von der heutigen Menge (etwa 1000 Einheiten auf jeder Seite), bis Ende 1985 eine Reduzierung auf 600 Einheiten und bis Ende 1990 auf 300 Einheiten vornehmen soll.

Der „Breshnew-Plan“ zeugt deutlich vom echten Streben nach einem Kompromiß auf der Grundlage der Gleichheit und gleichen Sicherheit. Er ist flexibel und praktisch, da es in ihm um akzeptable konkrete Vereinbarungen geht. Das sowjetische Projekt zeugt von gutem Willen. Ist doch die UdSSR bereit, falls während der Verhandlungen die Mittelstreckenwaffen beiderseits eingefroren werden, bereits während des Moratoriums einseitig einen Teil der Rüstungen dieses Typs in ihrem Teil Europas zu reduzieren.

Um den „Reagan-Plan“, der im November 1981 bekanntgegeben wurde, ist es ganz anders bestellt. Ihm liegen andere Motive zugrunde. Die USA sind

der internationaler Probleme, zur realen Abrüstung.

Zur Interessensphäre

In Washington spricht man gern von „Interessensphären“ der USA. Daran wäre nichts Verwerfliches, wenn diese nicht den legitimen Bestrebungen anderer Mitglieder der Weltgemeinschaft entgegenstünden. Interessensphären, die vor allem in der Möglichkeit liegen, in garantierter Sicherheit und Frieden zu leben, hat jedes Volk, jedes Land. Leonid Breschnew betont: „Die Staatsmänner müssen verstehen: Damit die Sache des Friedens triumphiert, muß man nicht nur die eigenen Interessen verteidigen, sondern auch die Interessen anderer respektieren.“

Frieden und Gerechtigkeit sind voneinander nicht zu trennende Begriffe. Und eine wirkliche Sorge um den Frieden ist natürlich mit nationalem Egoismus, mit Ansprüchen auf die Weltherrschaft unvereinbar.“

Der Egoismus Washingtons wird zu einem Egozentrismus, der nicht nur die nationalen Gefühle, sondern auch die Geschicke anderer Länder und Kontinente antastet. Sehr berechtigt erscheint die Frage des einflussreichen Politikers der Nationalen Koalitionspartei Finnlands und Bürgermeisters von Helsinki Raimo Ilaskivi: „Wenn man Probleme durch die Führung eines begrenzten Kernkriegs lösen kann, warum sollte man dann diesen Krieg nicht auf das amerikanische Territorium allein begrenzen?“

In der Sowjetunion meint man nicht, daß die Interessensphären

unseres Landes den amerikanischen diametral gegenüberstehen, sofern man darunter Sicherheit und Wohlergehen der Völker verstehen will. Blickt man auf den von der Menschheit begangenen Weg der Geschichte zurück, kann man leicht die Schlußfolgerung ziehen, daß der Versuch, die eigene Sicherheit und eigenes Wohlergehen auf Kosten anderer zu gewährleisten, noch niemals die gewünschten Ergebnisse gezeitigt hat, sondern böse Folgen für alle nach sich zog. Um so weniger zulässig, ja geradezu verbrecherisch sind solche Versuche in unserem Nuklearzeitalter, da alle Länder und Völker zum ersten Mal vom allgemeinen Untergang bedroht sind, da die Sicherheit der einen untrennbar von der der anderen ist. Einem anderen eine nukleare Grube zu graben, bedeutet unweigerlich, selbst hineinzufallen. Das ist die einfache, aber grausame Wahrheit.

Der schmale Grat

Leider ist beim offiziellen Washington kein „gefährlicher Rückgang“ der Verteidigungsfähigkeit zu beobachten (wie das Weiße Haus das versichert), sondern ein die Menschheit alarmierender Rückgang der Vernunft, eine Trübung des Blicks auf die Welt und ihre Realitäten. Die Einhaltung des fundamentalen Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit wird dort von der Jagd nach der unerreichbaren militärischen Überlegenheit abgelöst, die Zügelung des Wettrüstens in gemeinsamen Ost-West-Bemühungen von dem Versuch, schneller zu sein, die Bewahrung der strategischen Pari-

tät von Anschlägen auf sie. Man kann im Weißen Haus einfach nicht dahinterkommen, daß die Sicherheit heute nicht von der Fähigkeit abhängt, in einem nuklearen Konflikt zu siegen, sondern von der Fähigkeit, ihn zu verhüten.

Die Reagan-Administration hat anscheinend schon ihr gesamtes Instrumentarium an Druck und Erpressung im Nahen und Mittleren Osten eingesetzt. Dennoch ließen sich Iran und Libyen nicht beeindrucken. Weniger folgsam werden Ägypten und auch andere Verbündete. In der westlichen Hemisphäre ist die Politik der Stärke auch nicht mehr so stark. Nikaragua beugte sich keiner Erpressung, und auch das kämpfende Volk von El Salvador will nicht in die Knie gehen.

„Das allgemeine Weltbild sieht so aus, daß der Eindruck entsteht, Stellung und Einfluß Amerikas würden überall gleichzeitig untergraben“, äußerte der namhafte Kommentator Joseph Kraft in der „Washington Post“. Das ist der Bumerangeffekt der „Politik der Stärke“.

In eine komplizierte, wahrhaft zwiespältige Situation bringt Washington seine NATO-Partner. Einerseits müßten sie sich im Geiste der atlantischen Solidarität bewegen. Andererseits wollen sie keineswegs mit einem nicht sehr umsichtigen Führer den schmalen Grat der „Politik der Stärke“ entlangklettern, von dem man leicht in den Abgrund eines Nuklearkriegs fallen kann.

Die amerikanische Marschrichtung wird als der allgemeine Kurs der NATO hingestellt. Doch selbst in atlantischen Kreisen erinnern jene, die ihren eigenen Kopf zum Denken benutzen, mit Recht daran, daß die koordinierte NATO-Politik in der US-Hauptstadt ziemlich frei interpretiert wird. Der bundesdeutsche SPD-Vorsitzende Willy Brandt äußerte sich in der „Zeit“ folgendermaßen dazu: „Man findet bei ziemlich hochgestellten Leuten in Washington die Vorstellung, eigentlich mache man den Russen ein Geschenk, wenn man sich mit ihnen auf Rüstungskontrollgespräche einlasse. Das ist nicht die Auffassung, von der das Bündnis ausgegangen war. Das Bündnis war der Meinung, es liege im gemeinsamen Interesse, sich an Gespräche über Rüstungsbegrenzung und, wenn man Glück hat, über Abrüstung heranzuarbeiten.“ Willy Brandt meint ferner: „Für die Allianz kommt es ganz entscheidend darauf an, herauszufinden, ob die Vereinigten Staaten weiterhin auf dem Boden der vor 15 Jahren gemeinsam entwickelten Politik stehenbleiben wollen oder nicht.“ Zur gleichen Frage bemerkte der SPD-Politiker Egon Bahr,

bereit, auf die Stationierung ihrer neuen Systeme der Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu verzichten, wenn die Sowjetunion ihr Raketenpotential dieser Kategorie völlig abbaut. Dabei wollen die USA, daß ihre alten Systeme unangefastet bleiben, die in den europäischen NATO-Brückenköpfen stationiert und ein Bestandteil der gesamten nuklearen Bilanz auf dem Kontinent sind. Man kann ja aus dieser Bilanz die nuklearen Streitkräfte der NATO-Verbündeten der USA — Großbritanniens und Frankreichs — nicht streichen: Das sind immerhin gut 250 Raketen und Flugzeuge. Und das soll eine Null-Variante sein?

Moskau hat bereits mehr als einmal seine negative Haltung zum Reagan-Projekt klargestellt.

Reagans Genfer Februar-Projekt unterscheidet sich kaum von seinem November-Projekt. Auch die „New York Times“ meint, der neue Vorschlag der USA „bedeute keine wesentliche Änderung der US-Politik“. Leider! Schade ist auch, daß Washington abrupt Leonid Breschnews Vorschlag über die Reduzierung des Mittelstrecken-Raketen-

potentials auf ein Drittel und noch weniger ablehnte.

Die Haltung der USA in Genf erinnert an das Kredo des US-Präsidenten aus einer seiner Reden: „Zu streifen wäre, wenn überhaupt, nur darüber, welche Waffen wir brauchen und welche nicht, keineswegs darüber, ob wir um der Verträge und Abkommen willen auf Waffen verzichten sollen.“

Gerade so sieht die Haltung der USA in Genf aus. Sie bestätigt die Befürchtungen der wahren Abrüstungsanhänger, daß es Washington nur darum geht, die Verhandlungen hinauszuzögern, um derweilen ab 1983 die Stationierung seiner neuen nuklearen Systeme in Westeuropa durchzusetzen.

Vom Ausgang der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf hängt es nun ab, ob die Gefahr eines Nuklearkrieges vermindert wird. Die Sowjetunion ist bereit, alles zu tun, um diese Gefahr auf Null zu reduzieren. Ein Weg dazu ist ein Übereinkommen über eine gerechte und ehrlich gemeinte Null-Option.

die wichtigsten Bestandteile der Ostpolitik, die die NATO 1967 beschlossen hatte, seien Sicherheit und Entspannung.

Aber das ist es ja gerade, daß man sich in Washington nicht nur von dem lossagt, was in den sowjetisch-amerikanischen Dokumenten von Anfang der 70er Jahre fixiert ist. Dort will man auch nichts mehr von den gemeinsam gefaßten NATO-Beschlüssen wissen. Die westeuropäischen NATO-Partner hielten es für nötig, zu verstehen zu geben, daß die US-Politik nicht die Politik des gesamten Westens sein könne, meinte die Pariser „Monde“.

Das seit dem XXVI. Parteitag der KPdSU verstrichene Jahr bestätigte die Rechtzeitigkeit und Richtigkeit seiner außenpolitischen Wertungen, Schlußfolgerungen und Orientierungen. Das Friedensprogramm für die 80er Jahre gewann und gewinnt weiter breite internationale Unterstützung. In der Welt dominiert die im Friedensprogramm verkörperte Strategie der Entspannung und nicht die Strategie der Gegenentspannung.

Die sozialistische Gemeinschaft erstarkt weiter. Das ist ein Faktor erster Größe auf dem Weltchauplatz, bei der Verteidigung des Weltfriedens.

Der Imperialismus konnte das globale Kräfteverhältnis nicht zu seinen Gunsten ändern. Der Neokolonialismus konnte die Solidarität der sozialistischen Gemeinschaft mit den Völkern nicht brechen, die gegenwärtig in Mittelamerika und in der Karibik, im Nahen und Mittleren Osten, im Süden Afrikas und in der Region des Horns von Afrika, in Süd- und Südostasien direkten Angriffen ausgesetzt sind.

Aufrechterhalten wird der Ost-West-Dialog (deutliches Beispiel dafür war der Bonn-Besuch Leonid Breshnews im November v. J.). Aufrechterhalten wird die geschäftliche Zusammenarbeit (man denke nur an das gesamteuropäische Projekt Gas—Rohre), die man untergraben wollte.

So sieht die Bilanz aus, die sich die koordinierte Friedenspolitik der UdSSR und ihrer sozialistischen Verbündeten zugute schreiben kann. Ohne die aktive Haltung der UdSSR, ohne ihr konstruktives Friedensprogramm wäre die heutige Situation sehr viel düsterer und kritischer. Ohne dieses Hauptbollwerk wäre die Welt zur Passivität, zum Hineingleiten in einen Kernkrieg verurteilt. Dieses Programm wurde die überzeugende Alternative zur in den Krieg führenden Politik der totalen Konfrontation. Es verkörpert das positive, konstruktive, lebensbejahende Element in der Weltpolitik unserer Tage. ■

WGB-FORUM: ORIENTIERUNG AUF DIE 80er JAHRE

Andrej STEPANOW

Vom solidarischen Geist der Arbeiterklasse durchdrungen war dieser X. Weltgewerkschaftskongreß, der Abgesandte von mehr als 350 nationalen und internationalen Gewerkschaftszentralen versammelte, denen 260 Millionen Mitglieder angehören. Seit dem IX. Kongreß 1978 in Prag sind dem WGB, Initiator für den Kongreß in Havanna, 16 Millionen Werktätigen beigetreten. Der WGB konnte 15 neue Landesgewerkschaftszentralen begrüßen: ein Beweis für das zunehmende Ansehen dieser wahrhaft weltweiten Massenorganisation, die fest auf Klassenpositionen steht.

Was bewegt die arbeitenden Menschen heute, was macht Inhalt und Sinn ihres Kampfes aus? Darauf gibt es nur eine Antwort: der Friede natürlich, die Ächtung nuklearer und chemischer Kriege. Das wird aus dem Hauptdokument des Kongresses: „Die Gewerkschaften und ihre Aufgaben für die 80er Jahre“ deutlich.

„Für die Gewerkschaften jeder Orientierung genügt es heute nicht, sich nur um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu kümmern“, erklärte der WGB-Vorsitzende Sandor Gaspar. „Im Kampf gegen die Kriegsgefahr sind wir zur gleichberechtigten Zusammenarbeit mit allen bereit, denen der Frieden teuer ist.“

Den gleichen Gedanken brachte in seiner Ansprache vor den Delegierten auch Fidel Castro klar zum Ausdruck: „Auf dem hiesigen Kongreß sind Menschen unterschiedlicher politischer, philosophischer und religiöser Anschauungen vertreten. Es können sich verschiedene, teilweise sogar ernsthafte Widersprüche ergeben. Die Tatsache jedoch, daß in diesem Saal Vertreter von so vielen Ländern und Organisationen zusammengekommen sind, beweist, daß es einen wichtigeren und alles überwiegenden Widerspruch gibt, den Widerspruch zu denen, die die Menschen in den Krieg treiben wollen, die versuchen, sich an der schlimmen Situation in der Weltwirtschaft gesundzustößen und die verhängnisvollen Folgen der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. In dieser komplizierten und gefährlichen Situation müssen wir uns auf das

konzentrieren, was uns eint, nicht aber auf das, was uns trennt.“

Zu einem wahrhaft besorgniserregenden Zeitpunkt ist dieser Kongreß zusammengetreten. Die Politik der aggressiven Kreise des Imperialismus und seines Militär-Industrie-Komplexes führt zu einer verstärkten Gefahr eines neuen Weltkrieges. Die Kreise, die von der Weltherrschaft träumen, haben die Kriegsvorbereitung zu einem einträglichen Geschäft gemacht und wollen die Menschheit an den Gedanken gewöhnen, daß eine nukleare Auseinandersetzung unausbleiblich sei. Dieser Umstand wurde in der Grußbotschaft Leonid Breshnews besonders hervorgehoben. Von den Kongreßdelegierten wurden die Worte des sowjetischen Staatsmanns besonders beachtet, daß „die Völker verlangen, dem militaristischen Wahnsinn Einhalt zu gebieten, die internationale Entspannung zu bewahren und zu festigen und in den 80er Jahren den Kurs auf die umfassende Zusammenarbeit der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung zu steuern.“

Die Vertreter der Werktätigen in Havanna betonten einhellig, daß die Menschheit heute die gefährlichste Periode seit dem zweiten Weltkrieg durchlebe. Die Verantwortung für diese scharfe Zuspitzung der internationalen Spannungen trägt voll und ganz die jetzige US-Administration. Ihre ultrareaktionäre Orientierung zeigt sich in der Unterstützung der repressivsten volksfeindlichen und arbeiterfeindlichen Regimes in der ganzen Welt. Es ist eine Regierung, deren Hände vom Blut Zehntausender Arbeiter und Bauern befleckt sind, die von den Völkermordregimes in El Salvador und Guatemala hinterhältig umgebracht wurden, eine Regierung, die die aggressiven Pläne gegen Nikaragua und Grenada unterstützt, die eine hysterische Kampagne der Drohungen und Provokationen gegen das kubanische Volk entfesselt und gleichzeitig die über dieses Land vor mehr als 20 Jahren verhängte verbrecherische Blockade zu verhärten sucht; eine Regierung, die den Massenmord der Israelis an Palästinensern und Libanesen unterstützt, die ein enger Freund der RSA ist, wo 20 Millio-

nen Afrikaner Diskriminierung, Ausbeutung und harter Unterdrückung ausgesetzt sind, die mit allen reaktionären Tyrannen, faschistischen und rassistischen Regimes auf der Erde liiert ist. Eine solche Regierung kann in keiner Region der Welt zur Verteidigerin der Interessen der Werktätigen werden.

Die Länder des siegreichen Sozialismus stellten der Politik des

Gewerkschaften der UdSSR, Schibajew, sprach in seiner Rede von der großen Bedeutung dessen, daß der X. Weltgewerkschaftskongreß im ersten sozialistischen Land des amerikanischen Kontinents zusammengetreten ist. Dies sei das beste Zeichen der Solidarität mit seinem freiheitsliebenden Volk.

Alexej Schibajew berichtete von der vielseitigen Tätigkeit der sowjetischen Gewerkschaften. Keine einzige staatliche Frage, die die Interessen der Arbeiterklasse berührt, wird in der Sowjetunion ohne Teilnahme der Gewerkschaften, ohne Berücksichtigung ihrer Meinung, entschieden. Unsere Gewerkschaften sind eine selbständige Organisation. Das kommt darin zum Ausdruck, daß sie neben der Sorge um die Hebung der Produktion entschlossen ihre Pflicht als Interessensverteidiger der Werktätigen ausüben.

Schibajew verwies darauf, daß die imperialistischen Kreise mit allen Mitteln versuchen, die Länder der sozialistischen Gemeinschaft, das Hauptbollwerk des Weltfriedens, zu schwächen und die Idee des Sozialismus als solchen zu diskreditieren. Er entlarvte u. a. die verleumderische Kampagne des Westens um die Ereignisse in Polen. Die Kräfte der internationalen Reaktion mischen sich rücksichtslos in dessen innere Angelegenheiten und wenden Wirtschaftssanktionen an. Wie die von den polnischen Genossen veröffentlichten Dokumente beweisen, versuchen jene Kräfte, die vorher die Extremisten unterstützten, von denen die „gewerkschaftliche“ Tarnung benutzt wurde, um die historischen Errungenschaften der polnischen Arbeiterklasse zu beseitigen, heute die Stabilisierung der Wirtschaft, die Schaffung normaler Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen zu behindern. Die Lösung der Probleme in Polen ist eine Angelegenheit der Polen selbst. Die Werktätigen Polens sind bei ihren Bemühungen nicht allein. Sie haben die Unterstützung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, der internationalen Arbeiterklasse und aller Fortschrittskräfte.

In den neun Arbeitskommissionen des Kongresses währten die lebhaften Diskussionen gewöhnlich bis zum späten Abend. Es gab einen freimütigen, offenen und ausführlichen Meinungsaustausch. Die Diskussionsteilnehmer sprachen sich für die Aktionseinheit gegen das

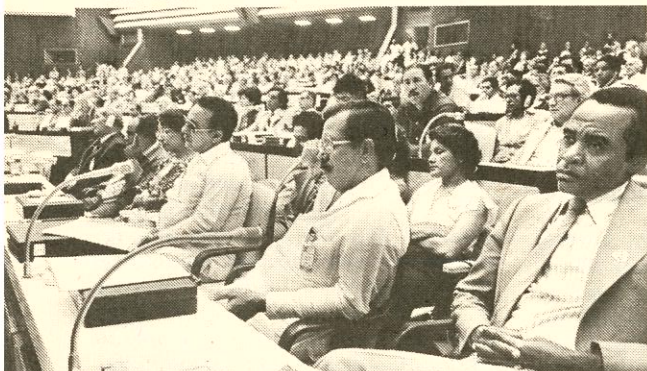
Monopolkapital aus, wobei die Vertreter der Entwicklungsländer besonders dem Kampf gegen die Übermacht der Multis Beachtung schenkten. Die mit den Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft verbundenen Schwierigkeiten möchten die imperialistischen Mächte auf Kosten der Entwicklungsländer überwinden.

Mit stürmischem Beifall begrüßten die Teilnehmer die Vertreterin des Komitees der Gewerkschaftseinheit El Salvadors, Maria López. Sie prangerte die verbrecherische Unterstützung der US-Administration für das blutige Regime in El Salvador an und brachte ihre Überzeugung vom Sieg der patriotischen Kräfte ihres Landes zum Ausdruck. Herzlich aufgenommen wurde auch der Sekretär der Konföderation der Revolutionären Arbeitergemeinschaften der Türkei, Kemal Daysan, der von der grausamen Verfolgung der Gewerkschaftsbewegung in seinem Land berichtete.

Am letzten Tag des Weltgewerkschaftskongresses wurde der Beschluß des WGB bekanntgegeben, die Goldmedaille des Bundes „Für hohe Verdienste im Dienst an den Interessen der Werktätigen“ an Leonid Breshnew und Fidel Castro zu vergeben. Diese Auszeichnung ist Ausdruck der hohen Anerkennung ihres Beitrags zum Kampf für die Konsolidierung des Friedens und der internationalen Entspannung, für Abrüstung und sozialen Fortschritt in der Welt.

Zum Abschluß der sechstägigen Arbeit des Kongresses legten dessen Teilnehmer in Schlußdokumenten den Auftrag des Forums an die Werktätigen vor. Ihr Wesen besteht darin, daß die Hauptvoraussetzung für die Gewährleistung der Rechte der arbeitenden Menschen, für die Verbesserung seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen ein dauerhafter Weltfriede ist, daß der Hauptgrund für die zunehmenden Spannungen in der Welt in der militaristischen Politik Washingtons zu suchen ist, die Friedensbewegung der Völker aber, an deren Spitze die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft stehen, untrennbar mit den grundlegenden Interessen der Werktätigen unseres Planeten verbunden ist.

Die Logik des Lebens diktiert den arbeitenden Menschen, von der Bekanntheit untereinander zu Annäherung der Positionen, von der Gemeinsamkeit der Standpunkte zu gemeinsamen weltweiten Aktionen zu gelangen. Aktuell wie nie zuvor ist in diesem Zusammenhang das Motto auf dem Emblem des Forums: „Für Aktionseinheit und Solidarität der Werktätigen des Planeten“.



Blick in den Sitzungssaal

Foto: S. Gurari

Wettrüstens und des imperialistischen Diktats ihren außenpolitischen Friedenskurs entgegen, äußerte der amtierende Generalsekretär des WGB Ibrahim Zakaria. „Die Werktätigen der Welt haben sich vor 64 Jahren klar davon überzeugt, daß die Existenz des Staates ihrer Arbeiterbrüder auch ihre eigene Errettung ist, um so mehr als das erste Dekret des Arbeiterstaats das Dekret über den Frieden war. Niemals hat die Sowjetunion ein anderes Land zu einer Kolonie gemacht, und niemals hat sie einem anderen Staat ihr Diktat aufgezwungen“, sagte er.

Auch in der jetzigen gespannten Situation hat die UdSSR mehrfach erklärt, daß sie zum Abbau der vorhandenen Rüstungen bereit sei, wenn sich die andere Seite dazu einverstanden erkläre. Damit könnten nicht nur die Schrecken eines zerstörerischen Krieges vermieden, sondern auch die für die Rüstungen aufgewendeten Mittel zur Lösung akuter sozialer Probleme verwendet werden. Ebendas fordern Millionen Werktätige in der ganzen Welt. „Wir grüßen die Sowjetunion, die uns als Bastion des Friedens gilt!“ rief Zakaria unter dem Beifall der Anwesenden aus. „Wir grüßen die sowjetischen Werktätigen, das sowjetische Volk! Wir grüßen Leonid Breshnew, dessen Name für immer mit der schöpferischen Tätigkeit und den konstruktiven und realistischen Vorschlägen zur Sicherung des Friedens verbunden ist!“

Der sowjetische Delegationschef und Vorsitzende des Zentralrats der

PESSIMISTISCH IN DIE ZUKUNFT

Wjatscheslaw BOIKOW

Die Belgier sind die größten Pessimisten der Welt. Besonders düster sehen sie ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Perspektiven. Zu diesem Schluß kam das amerikanische Gallup-Institut nach einer kürzlichen Meinungsumfrage in 24 Ländern. Manchen mag ein solcher Schluß falsch und sogar paradox erscheinen: Ist ja die Rede von einem Land, das zu den reichen und hochentwickelten Staaten gehört. Doch den Massenmedien zufolge wurden in Belgien keine Zweifel an den Gallup-Schlußfolgerungen geäußert.

„Derzeit erinnert Belgien an einen sehr gut gekleideten Mann, der große Achtung in seinem Wohnviertel genießt. An einen Mann, dem man mit geschlossenen Augen vertraut, bis man erfährt, daß er nicht nur seinen Schneider nicht bezahlt hat, sondern total verschuldet ist“, sagte Raymond Pulinx, Generaldirektor des Industriellenverbandes.

In den letzten Jahren ist dieses kleine Land mit seinen 10 Millionen Einwohnern tatsächlich ein großer Schuldner geworden. Die Gesamtschulden machen mehr als 56% seines Bruttosozialproduktes aus, während es z. B. in der BRD 15,5% und in Großbritannien 23% sind. Pro Kopf bedeutet das: Jeder arbeitsfähige Belgier schuldet 750 000 Franc.

Schon nicht das erste Jahr schließt die Handelsbilanz mit einem immer größeren Defizit ab. Der Rekord von 1980 — 210 Md. Franc — wurde der britischen „Financial Times“ zufolge bereits in den ersten neun Monaten v. J. überboten. Was zeigt das? Die belgischen Waren verlieren ihre Konkurrenzfähigkeit im Ausland. Das ist ein ernstes Symptom für eine exportorientierte Wirtschaft. Heute führt Belgien die Hälfte seiner Erzeugnisse aus. Zum Vergleich: In den USA entfallen auf die Exporte 8% und in Japan 10,5% des Bruttosozialprodukts.

Belgien liegt bei der Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft ganz vorn. Nach EG-Angaben sind mehr als eine halbe Million Belgier, ca. 13%

der arbeitsfähigen Bevölkerung, erwerbslos. Prognosen zufolge werden 1982 weitere Zehntausende ihre Stellen verlieren.

Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommt der Nationalitätenstreit. „In der Einheit liegt die Kraft“ — so lautet die Devise auf dem Staatswappen Belgiens. Doch das Problem der Einheit zwischen den im Norden des Landes lebenden Flamen, die holländisch sprechen, und den frankophonen Wallonen harrt noch seiner Lösung.

Dieses Problem wurzelt in der Geschichte. „Als die frankophone Bourgeoisie Brüssels vor 151 Jahren durch einen Aufstand in der Hauptstadt den Abzug der niederländischen Truppen erzwang und das Königreich Belgien ausrief, waren die Flamen ein Fremdkörper im eigenen Land, ein Volk der Mägde und Bauern, einer Oberschicht zu Diensten, deren Sprache sie nicht verstanden“, schrieb das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (BRD). Doch das ist Geschichte. Heute fühlt sich Flandern nicht als Aschenbrödel. An der Spitze aller Regierungen der letzten Zeit standen Flamen. „Die Flamen sind die reichsten Bürger Belgiens und haben die beste wirtschaftliche Lage“, behauptet Hugo Schiltz, stellvertretender Vorsitzender der flämischen nationalistischen Partei Volksunie.

Gewisse Gruppierungen setzen zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele weiterhin auf den Sprachenstreit. Der Brüsseler Korrespondent der „Financial Times“ konstatierte: Für einen Ausländer scheint es oft unglaublich, daß ein so seriöses und sparsames Volk wie die Belgier es zulassen kann, daß sich die Sprachenfrage negativ auf die Wirtschaft und die sozialen Beziehungen des Landes auswirkt.

Schulen, Universitäten, kulturelle Einrichtungen, einige Ministerien sowie gesellschaftliche Organisationen und Parteien — mit Ausnahme der KP — sind nach dem Sprachenprinzip getrennt. Um die Spannungen zwischen den Volksgruppen

abzubauen, wurde ein Gesetz über die administrative Teilung des Landes in zwei selbständige Regionen — Flandern und Wallonien — angenommen. Erst kürzlich kam die Bildung der Exekutivausschüsse, d. h. der Regionalregierungen, zum Abschluß. Doch diese Reform hat, wie Flamen und Wallonen übereinstimmend meinen, das Problem nicht gelöst. Die Regionalorgane (neben den Exekutivausschüssen wurden auch lokale Ratsversammlungen gebildet) haben nur sehr begrenzte Vollmachten und finanzielle Möglichkeiten. Sie verfügen, wie die größte Bankengruppe Belgiens, die Société Générale de Banque, errechnete, nur über ca. 15% des nationalen Etats. Das sei völlig unbedeutend gegenüber den 40–45%, die den Regionen in den meisten westlichen Bundesstaaten zugeteilt werden, meinen die Bankiers. Ungelöst bleibt auch die umstrittenste Frage — der Status Brüssels, einer Stadt flämischer Geschichte und Lage, deren Einwohner zu drei Vierteln französisch sprechen.

Wird Belgien, wie einige Nationalisten prophezeien, künftig in zwei unabhängige Staaten zerfallen? Kaum ein Flame oder Wallone glaubt das und strebt das an. Doch Tatsache bleibt, daß sich die Sprachdifferenzen negativ auf die Lage im Lande auswirken.

Auch die kurze Amtszeit der Koalitionskabinette schafft Probleme. In den vergangenen 37 Jahren haben sich mehr als 30 Regierungen abgewechselt. Die Parlamentswahlen vom November v. J. haben nach Meinung hiesiger Beobachter nicht zu einer politischen Stabilisierung beigetragen. Belgien ist weniger regierbar geworden — das meinte Ex-Premier Mark Eyskens, dessen Kabinett im September stürzte, zu den Wahlergebnissen. Warum?

Heute hat sich ein ungefähres Gleichgewicht der drei wichtigsten politischen Kräfte (insgesamt gibt es in Belgien mehr als 30 Parteien) herausgebildet. Die „Katholische Familie“ (so werden hier die flämischen und wallonischen Christdemokraten genannt), die im letzten Vierteljahrhundert die Regierungskoalition leitete, hat bei den Wahlen schwere Verluste hinnehmen müssen. Sie büßte 21 Mandate ein und erhielt im Abgeordnetenhaus 61 Sitze von 212. Ebenso viele Sitze errangen die Sozialisten. Die Liberalen verfügen über 52 Mandate.

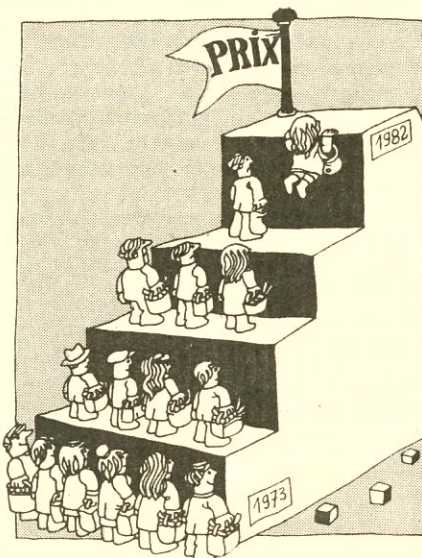
Das Mitte Dezember gebildete Kabinett Wilfried des V. — so genannt, weil Wilfried Martens bereits zum fünftenmal die Regierung leitet — besteht aus Vertretern der

beiden christdemokratischen und der beiden liberalen Parteien. Obgleich die Koalition die Unterstützung der Mehrheit hat — 113 von 212 Abgeordneten —, garantiert ihr das noch keine Stabilität. Die einflußreichen Sozialisten in der Opposition haben nicht geringe Möglichkeiten, dem Kabinett das Leben schwer zu machen. Unterstützt werden sie dabei von einem der größten Gewerkschaftsverbände des Landes, dem Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbund mit seinen mehr als 1 Million Mitgliedern. Die Regierung hat ferner in Rechnung zu stellen, daß die Sozialistische Partei in Wallonien die meisten Anhänger hat.

Einer der ersten Schritte des neuen Kabinetts war die Bitte an das Parlament um Sondervollmachten für 12 Monate. Die Parlamentarier, scherzte ein hiesiger Beobachter, wurden aufgefordert, für ihre Selbstentmachtung zu stimmen. Ihre Bitte motivierte die Regierung damit, sie wolle eine langatmige Debatte vermeiden, die ein Antikrisenprogramm nur verzögern würde.

Alle großen Oppositionsparteien wandten sich gegen Sondervollmachten, die von der Presse als „Bulldozer“ bezeichnet wurden, mit deren Hilfe die Mannschaft Martens ihrem Programm den Weg bahnen will. Wie groß der Widerstand war, zeigt allein schon die Vielzahl von Änderungen an diesen Gesetzesvorlagen. Statt der geplanten Woche zog sich die Debatte im Abgeordnetenhaus fast einen Monat hin. Kurz vor der Abstimmung tagte das Parlament sogar nachts.

Nicht zu schaffen... So kommentierte der Karikaturist der Zeitung „Drapeau Rouge“ die Teuerung in Belgien



„NEUE ZEIT“ 8-82

Letztlich konnte die Regierung Martens ihre zahlenmäßige Überlegenheit ausspielen. Am 18. Januar, um 5 Uhr morgens, erhielt sie das gewünschte Mandat. Dann wurde die Frage im Senat erörtert, der ebenfalls für besagte Gesetzesvorlagen stimmte. Allgemein ist man der Ansicht, daß es die Regierung selbst mit besagtem „Bulldozer“ nicht leicht haben wird.

Das nur in allgemeinen Zügen skizzierte Programm hat bereits nicht wenige Proteste ausgelöst. Es ruht auf den drei Säulen des Neoliberalismus — einer Steuersenkung für die Unternehmen, der Kürzung der Sozialausgaben und den „Einschränkungen“ für die Werktätigen. In einem Interview für die „International Herald Tribune“ (USA) betonte Willy de Clercq, stellvertretender Premier sowie Finanz- und Außenhandelsminister Belgiens, wichtigstes Ziel der Regierung sei es, die Industriefirmen zu stärken. „Die Firma ist die Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums ebenso wie die Familie die lebendige Zelle der Gesellschaft ist“, erklärte er.

Die Anhänger des Neoliberalismus meinen, die Senkung der Steuern, eine Verbilligung der Arbeitskräfte und andere derartige Maßnahmen würden neues Kapital in die Industrie locken, sie rentabler und konkurrenzfähiger machen. Das werde es ermöglichen, den Export auszuweiten, das Handelsdefizit zu beseitigen und die Schulden zu begleichen. Davon würden alle gewinnen: Die Arbeitslosigkeit würde abnehmen und der Wohlstand steigen. Einstweilen aber, bis zu besseren Zeiten, sollten die belgischen Werktätigen den Gürtel enger schnallen.

Die Regierung will die Lohnerhöhungen 1982 auf 3% beschränken, was zu einer Kürzung der Reallöhne der Werktätigen führen würde, da die Inflationsrate zwei- bis dreimal so hoch sein wird. Das sei nur der Anfang, warnen die Kommunisten und verweisen auf eine kürzliche Regierungsmaßnahme, die die Gewerkschaften als „Erpressung“ bezeichneten. Unternehmen mit finanziellen Schwierigkeiten — und die gibt es heute in Belgien fürwahr genug — wurden vom Kabinett Martens vor die Wahl gestellt: Entweder stimmen die Arbeiter teilweisen Entlassungen sowie einer Kürzung der Löhne um 5 bis 10% und des 13. Monatsgehalts um die Hälfte zu, oder aber ihre Betriebe verlieren die staatliche Hilfe und werden geschlossen.

Das werktätige Belgien erwartet auch von dem Regierungsbeschluß, das Haushaltsdefizit 1982 auf

200 Md. Franc zu beschränken und es so fast um die Hälfte zu kürzen, nichts Gutes. Die von der Regierung benötigten Mittel werden den „unproduktiven“ Bereichen des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie der Wissenschaft entzogen. Die Rotstiftoperation wird zu wachsender Arbeitslosigkeit führen.

Die Linkskräfte, die es ablehnen, daß nur die Werktätigen Opfer bringen sollen, betonen: Die Arznei, mit der das Kabinett Martens die kranke Wirtschaft heilen will, ist nicht nur unwirksam, sondern auch gefährlich — siehe „Reaganomie“ und „Thatcherismus“. In Großbritannien, konstatierte „Drapeau Rouge“, gibt es heute 3 Millionen Arbeitslose. Die USA stecken in einer tiefen Rezession, die sogar die Wallstreet beunruhigt — das ist das Ergebnis der Politik Thatchers und Reagans. Eine solche für Belgien selbstmörderische Politik sei entschieden abzulehnen, betonte die Zeitung.

Je klarer die Details der Regierungspolitik werden, desto lauter erhebt die Opposition ihre Stimme, desto entschlossener wird Widerstand geleistet. Die Sozialisten werden, wie Gui Spitaels, Vorsitzender der frankophonen Sozialistischen Partei erklärte, nicht abseits stehen, wenn die Arbeiter zum Kampf gegen die Regierung antreten.

Die Werktätigen haben bereits mit Demonstrationen begonnen. In die Streiks reihten sich die Arbeiter von etwa einem Dutzend Betrieben der Hüttenindustrie, des Schiffbaus, der Textil- und der petrochemischen Industrie ein.

Auf einen Appell der Gewerkschaften fand ein 24stündiger Generalstreik aus Protest gegen die Offensive der Monopole und der Regierung statt. Im Zentrum Brüssels kam es zu einer Großkundgebung. „Nein zur Arbeitslosigkeit!“, „Verhindern wir eine Kürzung der Löhne!“, „Fort mit den Sondervollmachten“ und der Politik des Gürtelengerschnallens!“ und „Hebt die Steuern für die Bosse, nicht aber für die Arbeiter an!“ — das stand auf den Plakaten der Demonstrationen.

Belgien stehen schwere Zeiten bevor.

Brüssel

EL SALVADOR: VENCEREMOS!

Im Februar hielt sich Ruben SÁNCHEZ, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP El Salvadors, Vertreter der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ und der Revolutionär-Demokratischen Front von El Salvador, auf Durchreise in Moskau auf. Er beantwortete Fragen des NZ-Korrespondenten Alexander Baryschew.

Welche Rolle spielte die von den Patrioten El Salvadors im Januar v. J. entfaltete große Offensive bei der militärisch-politischen Entwicklung im Lande? Welche neuen Züge weist diese inzwischen auf?

Die von der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ (FMLN) am 10. Januar 1981 eingeleitete Offensive hat die militärisch-politische Situation in El Salvador radikal verändert. Unsere militärische Aufgabe bestand darin, von örtlichen Kämpfen gegen die Kräfte der Diktatur zu vereinigten Handlungen aller Fronten im Landesmaßstab überzugehen. Wir mußten das Hinterland der revolutionären Volksarmee festigen und die Angriffsoperationen der Juntatruppen gegen unsere Stützpunkte durchkreuzen.

Das politische Ziel war es, die Volksmassen für die Volkswehr zu gewinnen, um die Entscheidungsschlacht um die Macht zu beginnen.

Durch die Januaroﬀensive verlor die Diktatur die absolute politische und militärische Kontrolle über das Land und die Überlegenheit auf dem Schlachtfeld. Wir erreichten das militärische Gleichgewicht und demonstrierten die Möglichkeiten der revolutionären Streitkräfte. Die erfolgreichen Handlungen der regulären Truppen der aufständischen Armee, der Partisanentruppen und der FMLN-Volkswehr brachten die Regierungstruppen in eine gefährliche Lage. Sie erlitten schweren Schaden. Ihnen konnte nur eine US-Einmischung helfen.

Wie gestaltet sich die gegenwärtige Etappe des Kampfes des salvadorianischen Volkes, wie ist jetzt die Strategie und Taktik der Patrioten?

Nach den Januarereignissen wurde bewaffneter Kampf zur wichtigsten Form der Aktionen des Volkes gegen die Unterdrücker. Die Situation im Sommer v. J. auswertend, bereiteten die revolutionären Kräfte die Kampagne vom Juli und August 1981 vor. Es galt, die ständigen Überfälle auf unsere Lager zu verhindern, das Vorgehen unserer Verbände bes-

ser zu koordinieren und dem Gegner die militärische Initiative zu entreißen. Zudem wollten wir zeigen, daß wir keineswegs zerschlagen waren, wie die Junta behauptete.

Eine spezifische Aufgabe der neuen Kampagne bestand darin, verhältnismäßig kleine operativ-taktische Einheiten des Gegners aufzureiben. Dabei zeigten die FMLN-Truppen ein hohes Können. Für ihre Kampfoperationen wählten sie den Raum von Perquín und San José Guayabal aus. Nach einem 48stündigen Gefecht wurde Perquín besetzt. Die Regierungstruppen, die von dort aus hätten den Raum kontrollieren sollen, ergaben sich. Das gleiche geschah in San José Guayabal.

Der Erfolg der Operationen wurde dadurch gesichert, daß unsere anderen Truppen den Gegner auf den Zufahrtsstraßen zu diesen beiden Orten blockiert hielten und die Beförderung von Verstärkungen verhinderten.

Aus den Kämpfen im Juli und August gingen wir mit neuen Erfahrungen, stärker und kampffähiger hervor. Es wurde eine genauere Koordinierung der Handlungen unserer Kräfte erreicht.

Könnten Sie kurz über die Lage in den FMLN-kontrollierten Gebieten berichten?

Die Front kontrolliert rund ein Fünftel des Landesterritoriums. Hier wirken schon Organe der Volksmacht. Der Boden wird bestellt, damit die Bevölkerung die nötigen Lebensmittel hat. Wir sorgen für medizinische Hilfe, überwinden das Analphabetentum. In den Schulen wird unterrichtet, die Kirchen und Kulturstätten sind eröffnet. Die Menschen treiben Sport. Es wurden politische Grundschulen und militärische Ausbildungszentren organisiert.

In einem unserer Gebiete, in Morazán, befindet sich der FMLN-Sender „Radio Ven-

ceremos“. Gesendet wird zweimal am Tage im Kurzwellenbereich. Der starke Sender informiert das Volk über den Verlauf des Kampfes, er ist in allen zentralamerikanischen Ländern und in Mexiko zu empfangen. Demnach ist das Schweigekomplotz um den Kampf des salvadorianischen Volkes gebrochen.

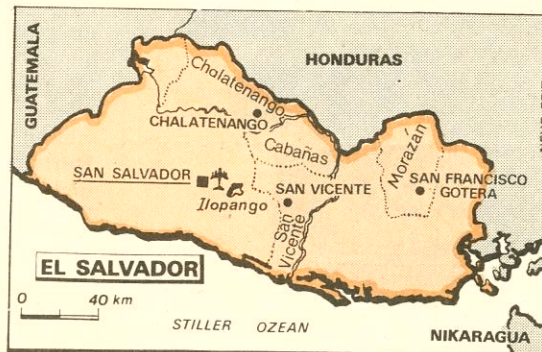
Welche neuen Züge hat im Vergleich zur Carter-Linie die Reagan-Administration in die Lage in El Salvador gebracht?

Im Interesse der militanten imperialistischen Kreise setzt sich die gegenwärtige US-Administration das Ziel, die revolutionären Kräfte El Salvadors auf militärischem Wege zu vernichten. Reagan und seine Umgebung betrachten Mittelamerika als ihre strategische Interessensphäre und wollen um jeden Preis eine Schwächung ihrer Positionen hier verhindern.

Carter war bestrebt, den Verlauf der Revolution in Nicaragua irgendwie zu beeinflussen, Reagan aber will den revolutionären Prozeß in El Salvador niederhalten. Mehr noch, er stellt sogar einen Zusammenhang zwischen dem Schicksal ganz Lateinamerikas und den gegenwärtigen Ereignissen bei uns her.

Nach den Januarereignissen arbeitete die Junta zusammen mit der Reagan-Administration einen „Befriedungsplan“ aus: die revolutionären Kräfte im Laufe von 6 Monaten, auf jeden Fall bis August 1981, zu zerschlagen. Für den März 1982 planen sie dann Wahlen und die Wiederherstellung ihrer Herrschaft über unser Land.

Gegen unsere Partisanenstützpunkte wird nun das ganze Potential an Menschen und Material geworfen, das der Regierung zur Verfügung steht und durch Lieferungen von US-Waffen noch aufgefüllt wird. An der Leitung von Operationen beteiligen sich US-Militärberater. Gegen die Aufständischen wurde ein von US-Offizieren nach dem Programm der „grünen Barette“ ausgebildetes Sonderbataillon eingesetzt, das besonders brutal vorgeht. Zwischen Mai und Dezember 1981 führte der



Gegner 18 große Angriffsoperationen durch. Doch scheiterten sie alle. Im Juli und August wurden die Juntatruppen in Guazapa zurückgeworfen, im September in San Agustín geschlagen. Im Oktober erlitten sie eine schmachvolle Niederlage in San Vicente, Jucuarán und Chalatenango, im November war es in Cabañas der Fall. Im Dezember konnten die Juntatruppen ihre Ziele in Morazán wiederum nicht erreichen.

In den letzten 6 Monaten erlitt die faschistische Armee bedeutende Verluste: über 2100 Tote, es gibt auch Gefangene. Über 100 Einheiten Militärtechnik (Kfz, Flugzeuge, Hubschrauber, Patrouillenboote usw.) wurden vernichtet bzw. außer Gefecht gesetzt. Der wichtigste Fliegerstützpunkt des Gegners in Ilopango wurde fast völlig vernichtet.

Wie ist jetzt das politische Kräfteverhältnis im Lande? Auf wessen Unterstützung rechnet die Junta?

Die an der Macht befindlichen politischen Gruppierungen können weder eine militärische noch eine politische Stabilisierung herbeiführen. Sie haben die Kontrolle über das Land verloren und verlieren allmählich den Krieg. Das Lager jener, die immer das oligarchische proimperialistische Regime unterstützt haben, ist gespalten, das Bündnis der Rechten zerfallen. Sie gehen in Rivalitäten und Machtkämpfen auf.

Vor den Wahlen haben sich die alten Rechtsparteien belebt, neue sind entstanden. Eine davon, die sogenannte Partei der Volksorientierung, wird von Jorge Alberto Medrano, ehemaliger Chef der repressiven Nationalgarde und CIA-Agent, geleitet. Einer anderen („Republikanische Nationalunion“) steht der notorische Faschist und Terrorist Major Roberto D'Aubusson vor. Er hat seinerzeit die „Todesschwadron“ organisiert und trägt die Verantwortung für den Mord an Erzbischof Romero.

Von 6 politischen Rechtsgruppierungen, die sich konstituiert haben, setzen sich gegenwärtig 5 offen für eine noch härtere Diktatur in El Salvador ein.

Wie schätzen Sie die jetzt in der ganzen Welt, auch in den USA, entfaltete Kampagne der Solidarität mit den salvadoria-

nischen Patrioten ein? Auch würde uns Ihre Meinung über die französisch-mexikanische Position zur salvadorianischen Frage interessieren.

Jetzt zweifelt kaum jemand in El Salvador oder im Ausland mehr daran, daß die FMLN und die FDR vom Volk unterstützt werden. Was wir jetzt dringend brauchen, ist breite internationale Anerkennung. Bekanntlich wurde in der französisch-mexikanischen Erklärung vom August 1981 betont, daß diese beiden Organisationen „die politischen Kräfte sind, die das salvadorianische Volk vertreten“. Heute gewinnt diese Erklärung besondere Bedeutung, weil sie eine Position widerspiegelt, die auf internationaler Ebene der Politik des US-Präsidenten entgegengesetzt ist. Sehr wichtig für uns ist, daß die UNO-Vollversammlung am 16. Dezember 1981 eine Erklärung mit der Forderung billigte, den salvadorianischen Konflikt durch Verhandlungen unter Teilnahme der FMLN und der Revolutionär-Demokratischen Front beizulegen. Sie lehnte die von der Junta vorgeschlagene Idee der Wahlen ab.

Sowohl die französisch-mexikanische Erklärung als auch die Abstimmungsergebnisse in der UNO zeugen zweifelsohne davon, daß unser Kampf eine breite internationale Solidarität genießt. In der ganzen Welt wächst die Bewegung für das salvadorianische Volk an. Sie trägt antiimperialistischen Charakter und tritt der interventionistischen Politik Washingtons entgegen. Für den Schutz unseres Volkes vor dem Genozid setzen sich Menschen verschiedener politischer Tendenzen und Konfessionen ein.

Vor einem Jahr bezweckte diese Bewegung nur den Schutz der Menschenrechte in unserem Land. Jetzt unterstützen ihre Teilnehmer die FMLN und die FDR als maßgebende Organisationen, die vorschlagen, eine politische Lösung des salvadorianischen Konfliktes zu finden, dem Krieg ein Ende zu setzen und eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten, die den Interessen des Volkes entspricht.

NZ KOMMENTAR

FIEBERHAFTE AKTIVITÄTEN

Die arabischen Länder verurteilen die Nahostpolitik der USA und deren Schützenhilfe für die Aggressionspolitik Israels, das die syrischen Golan-Höhen annektiert hat. Das ist das Hauptergebnis der am 13. Februar in Tunis beendeten außerordentlichen Ratstagung der Arabischen Liga auf Außenministerebene. Die Bildung eines Ausschusses wurde beschlossen, der die Frage der Beziehungen der arabischen Staaten zu den Ländern prüfen soll, die den Aggressor unterstützen. Unter den sieben Ausschußmitgliedern sind Jordanien und Saudi-Arabien.

In diese beiden Länder (neben Oman) reiste etwa zur gleichen Zeit US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger, um „angesichts der sowjetischen Bedrohung“ die „gemäßigten“ arabischen Regimes zu engeren militärischen Beziehungen mit den USA zu bewegen.

Bekanntlich wünschen die Führer der Länder dieser Region, vielleicht mit Ausnahme allein des Sultans von Oman, nicht die ihnen aufoktrozierte „Partnerschaft“ der USA und erklären, die Gewährleistung der Sicherheit ihrer Öregion sei einzig und allein Sache der Golfstaaten.

Doch Washington gibt keine Ruhe. Ausländischen Korrespondenten zufolge waren die Gespräche des Pentagonchefs in Er-Riad „durch grundlegende Differenzen erschwert“. Die saudische Militärführung gab zu verstehen, sie wolle nicht, daß ihr Land „eng mit der US-Eingreiftruppe assoziiert wird“. Weinberger vermochte nicht, Kronprinz Fahd zu einem USA-Besuch zu überreden. Nichtsdestoweniger wurde in Er-Riad vereinbart, einen amerikanisch-saudischen Ausschluß für Verteidigungsplanung zu bilden. Jedoch weigerte sich die saudische Seite, das in dem gemeinsamen Kommuniqué bekanntzugeben.

In Amman ging Weinberger mit Lieferungen neuester US-Waffen (nach Pressemeldungen Hawk-Luftabwehrraketen und F-16-Jagdbomber) hausieren. Später erklärte Weinberger, er appelliere an Präsident Reagan, Jordanien mehr Waffen zu verkaufen, und der „New York Times“ zufolge „wird er das tun, obgleich König Hussein selbst diese Bitte nicht offiziell geäußert hat“.

Friß, Vogel, oder stirb!

So brutal verfährt das Pentagon, um so viele arabische Länder wie möglich an sich zu ketten.

A. USWATOW

WACHSENDE PROBLEME

Wladimir LAWRENOW

Nicht das erste Jahr werden fruchtlose Diskussionen über den Haushalt der EG und eine Reform ihrer Agrarpolitik geführt. Auch die Außenminister kamen auf ihrer Konferenz Ende Januar einem Kompromiß nicht näher. Der Grund ist, daß der „Neuen Ruhr-Zeitung“ (BRD) zufolge das Londoner Gipfeltreffen (November 1981) einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen hat.

Diese Scherben sind nicht leicht zu kitten. Die Wirtschaftskrise in den EG-Ländern zwingt diese, die Etats u. a. für die EG-Behörden, zu kürzen. Vom Rotstift wird seit langem gesprochen, doch in letzter Zeit hat dieser Streit auch politische Züge angenommen. Vor allem die BRD trat für Einsparungen ein: Sie verlangte, daß der EG-Haushalt nicht so schnell wächst wie in den vorangegangenen Jahren und der Beitrag Bonns nicht die gebilligten Limits überschreitet.

Ein neues Duett

Bonns Stimme wurde lauter, als sich London ihm anschloß, das eine Kürzung seiner Beiträge zum EG-Haushalt durchsetzen will. Das neue Duett versucht, alle Stimmen im Chor der Zehnergemeinschaft zu übertönen, die die Unannehmbarkeit der Forderungen der Briten und der Bundesdeutschen zu beweisen suchen.

Nach Meinung Bonns ist der alljährlich um 23% wachsende Gemeinschaftshaushalt aufgebläht. Besonders groß sind die Ausgaben für die Agrarpolitik: Sie verschlingen ca. 70% aller Ausgaben. Bonn will diese Lage nicht weiter dulden, bei der es oft mehr in die Gemeinschaftskasse einzahlt als es aus ihr erhält. Nach Berechnungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt hat 1981 das Negativsaldo 4 Md. D-Mark erreicht.

London schlägt noch höhere Töne an: Es verlangt die Schaffung eines Korrekturmechanismus. So soll jenes Zugeständnis, auf das sich die EG 1980 durch die Kürzung der britischen Beiträge für 1980/81 eingelassen hat, juristisch verankert werden. Dem Plan des Thatcher-Kabinetts zufolge würde dieser Mechanismus zumindest für 7 Jahre (bis 1989) eingeführt werden, dann könnte er

je nach den Umständen geändert werden. Diesem Plan zufolge werden die Länder, in denen das Nationaleinkommen unter dem Durchschnitt liegt (Griechenland, Irland und Italien) sowie die Staaten, deren Beitragshöhe bedeutend die von ihnen aus dem EG-Haushalt erhaltenen Summen überschreitet (BRD und Großbritannien), von zusätzlichen Beiträgen befreit. Dann müßten die übrigen EG-Mitglieder — Frankreich, Dänemark, Belgien, die Niederlande und Luxemburg — alljährlich Großbritannien über 1 Md. Dollar zahlen. Natürlich wurde der britische Plan kategorisch abgelehnt.

Die EG-Kommission und die Januar-Tagung der Außenminister versuchten, eine andere Lösung zu finden. Insbesondere wurde vorgeschlagen, die Laufzeit des Korrekturmechanismus auf 4 Jahre zu verkürzen und die Ausgaben Londons nicht aus dem EG-Haushalt, sondern durch direkte Zahlungen der Partnerländer zu kompensieren. Doch Großbritannien wies diesen Kompromißvorschlag zurück, wodurch es die übrigen Gemeinschaftsmitglieder gegen sich aufbrachte.

Ministerpräsidentin Margaret Thatcher sagte seinerzeit, sie wolle „ein festes Gebäude errichten, das Unbilden überstehen und in den Stürmen, die uns erwarten, standhalten würde“. Diese Worte sind jetzt offenbar mit der kompromißlosen Haltung Londons unvereinbar. Dem Pariser „Monde“ zufolge geht Großbritannien an den Konflikt „von einer so groben Position heran, die entschieden die Notwendigkeit ignoriert, an die Zukunft der EG zu denken“.

Zerstörung der Grundlagen

Diese Pressestimme bringt ziemlich genau die Unruhe bei den Anhängern einer westeuropäischen Integration zum Ausdruck. Nicht von ungefähr erklärte der neue Vorsitzende des Europäischen Parlaments, Pieter Dankert, kürzlich: „Wenn jedes Land anfängt, sich Zahlungen und Leistungen im Rahmen des EG-Haushaltes auszurechnen, wird dies das Ende der Gemeinschaft bedeuten.“

Als Ausweg schlug Pieter Dankert vor, die Beitragszahlungen zum Ge-

meinschaftshaushalt über die Mehrwertsteuern zu erhöhen. Jedes EG-Land führt jetzt 0,85% seiner Mehrwertsteuern an die Gemeinschaftskasse ab. Noch weiß man nicht, wie Dankerts Ideen die Haushaltslöcher stopfen könnten. Deshalb blieben die Kompromißvorschläge der EG-Kommission von 1981 zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik in Kraft. In einigen Fällen besteht da eine deutliche Diskrepanz zum Römischen Vertrag von 1957. Die Vorschläge müssen als Anschlag auf das Allerheiligste der westeuropäischen Integration, als das bislang das „grüne Europa“ galt, gesehen werden.

Die Vorschläge der EG-Kommission laufen darauf hinaus, das Produktionsvolumen zu beschränken sowie die landwirtschaftlichen „Überschüsse“ zu beseitigen oder zu verringern, für deren Lagerung und subventionierten Absatz die EG nicht geringe Mittel aufbringt. Diese „Überschüsse“ sind sehr bedingt, da sie weitgehend durch die nachlassende Kaufkraft der Bevölkerung und dadurch hervorgerufen wurden, daß unter Umgehung des Prinzips der Handelspräferenzen Agrarprodukte aus Nichtgemeinschaftsländern in die EG eingeführt werden. Hierbei verliert die EG-Kasse jährlich durch den zollfreien Import diverser Agrarprodukte an die 23 Md. französische Franc — ca. ein Drittel des gesamten Agrarhaushalts.

Die EG-Kommission erachtet es für notwendig, die Erzeugerpreise zu senken und die Großhandelspreise in der Gemeinschaft in den Jahren 1983—1988 auf den Stand der Weltmarktpreise zu drücken, die jetzt nur ein Drittel bzw. die Hälfte der EG-Preise erreichen. Eine spürbare Senkung der Aufkaufpreise würde unweigerlich die Interessen aller Bauern berühren. Sieht ja für die Öffentlichkeit die EG auch ohnedies der Zeitung „Unità“ zufolge wie ein „Verkaufsstand“ aus, „an dem sich zehn Händler absolut nicht über die Preise für ihre Waren einigen können: Milch, Wein, Früchte und Mittelmeergemüse“.

Tatsächlich ist in allen EG-Ländern ein mehr oder weniger schnelles Wiederaufleben des Protektionismus zu beobachten, wodurch die Grundlagen des Römischen Vertrages, der freie Handel mit Industrie- und Agrargütern, zerstört werden. Fast ohne Atempause wird der italienisch-französische „Weinkrieg“ geführt. Als Frankreich 1981 an der Grenze ca. 100 Mio Liter Wein festhielt, bezichtigte der italienische Land- und Forstwirtschaftsminister Giuseppe Bartolomei das Nachbarland sogar des „psychologischen Terrorismus“.

In Paris und in den anderen Hauptstädten der EG-Länder re-

agierte man seinerseits heftig auf die von Großbritannien eingeführten Beschränkungen wegen der „Newcastle-Krankheit“, eine Art Hühnerpest. Sie sehen das nur als Vorwand, um die Einfuhr von Puten und Küken vom Festland zu blockieren. Auch die britischen Farmer bringen den Partnern wenig Vertrauen entgegen. So wenden sie sich gegen die „Energiesubventionen“ für die Treibhausbesitzer in den Niederlan-

kaufen. Deshalb veranstalten die demokratischen Parteien und die Bauernverbände jedes Frühjahr, wenn im Brüsseler EG-Hauptquartier die Agrarpreise erörtert werden, Protestkampagnen gegen die Politik der Eurokraten.

Nicht leicht wird der Kampf auch in diesem Jahr sein. Die EG-Kommission schlug vor, die Erzeugerpreise für die Saison 1982/83 durchschnittlich um 9% zu erhöhen, während die weitaus meisten Bauern angesichts der Inflation und zunehmender Unkosten 16,3% verlangen.

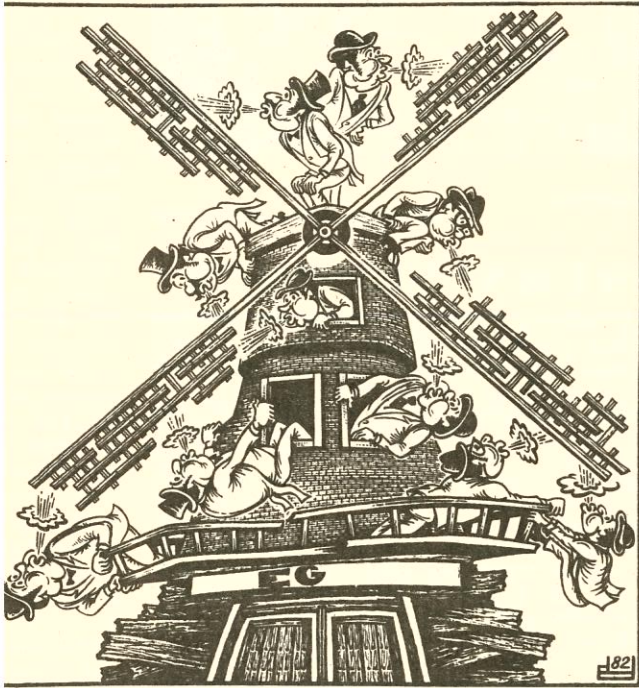
So erzeugt jeder zweite französische Bauer Milch. Eine unzureichende Anhebung der Aufkaufpreise für Milch würde zu einer weiteren Senkung der Einnahmen der Bauern führen. Sie sind auch ohnedies im Grunde bereits Sklaven der agrar-industriellen Monopole geworden. Von je 100 Franc, die die französischen Viehzüchter für ihre Erzeugnisse erhalten, müssen sie 77 an die Konzerne zahlen.

Nicht besser ist die Lage auch in anderen EG-Ländern, wo die Einnahmen der Bauern selbst offiziellen Angaben zufolge seit 1974 um 10% gefallen sind. So haben in Dänemark die teuren Kredite und

die Inflation zu einem starken Rückgang der Bauerneinnahmen geführt. Allein 1981 kletterten die Produktionskosten hier um 20% und die Steuern um 11%. 1981 sind 1300 bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe in Dänemark bankrott gegangen.

Eine weitere Ruinierung und soziale Differenzierung der Landbevölkerung vollzieht sich auch in der BRD, wo in den letzten 30 Jahren die Zahl der Bauernwirtschaften ständig abnimmt, die durchschnittliche Hofgröße aber von 8 auf 15,3 ha zugenommen hat. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbandes sind die Einnahmen einer Bauernfamilie 1980/81 gegenüber dem Landwirtschaftsjahr 1975/76 um 30% zurückgegangen.

Die Bauernmassen in den EG-Ländern wollen sich nicht mit einer Verschlechterung ihrer Lage durch die von Brüssel aufgezwungenen Bedingungen der Agrarintegration abfinden, die nur für die Großbourgeoisie vorteilhaft sind. Sie erwarten nicht nur eine Antwort von ihren Regierungen und den Brüsseler Eurokraten. Sie kämpfen.



Zeichnung: W. Tschakiridis

den, da es die billigere Wärme den holländischen Bauern ermögliche, den Briten bei Früchtomaten und -gurken zuzusetzen. Den britischen Fischern macht die Konkurrenz der stärkeren Fischfangflotten der BRD, Frankreichs, Dänemarks und Belgiens zu schaffen. Es gibt ungezählte Streitfragen...

Der britische Ex-Premier Heath nannte die ständigen Zusammenstöße zwischen den EG-Ländern bei Haushalts-, Agrar- und Fischereifragen einen „Kleinkrieg“.

Doch sind die Differenzen wirklich so gering?

Bauern gegen Eurokraten

Hinter den ständigen Konflikten der EG-Länder stehen letztlich die Interessen der nationalen Monopole, vor allem der agrarindustriellen Konzerne und der Großbauern.

Die Pläne der EG-Kommission für die Senkung der Erzeugerpreise ermöglichen es den Giganten der Lebensmittelindustrie, billig Rohstoffe aufzukaufen und die Fertigprodukte mit großem Profit zu ver-

NZ

KOMMENTAR

KOSTARIKAS HALTUNG

Die Reagan-Administration sucht mit allen Mitteln Kostarika in das Pentagon-Programm für Mittelamerika hineinzuziehen. Unter Ausnutzung der schweren Wirtschaftsprobleme des Landes will Washington die Republik, die seit 1948 keine Streitkräfte mehr hat und deshalb nicht dem Mittelamerikanischen Verteidigungsrat angehört, zur Aufrüstung zwingen. Hierbei mußte der abgeleierte Vorwand einer Kostarika angeblich drohenden „Wühlätigkeit des Weltkommunismus“ herhalten.

Bereits 1981 hatte Mrs. Jeane Kirkpatrick, ständige USA-Vertreterin bei der UNO, erklärt, Kostarika müsse amerikanische Militärhilfe [obgleich es gar nicht darum bittet] gewährt werden und die USA sollten bereit sein, jegliche Unterstützung bei der Ausbildung von Repressionskräften zu geben. Dieser direkte Anschlag auf die nationale Souveränität wurde von der Öffentlichkeit Kostarikas mit Empörung aufgenommen. San Jose protestierte in Washington.

Trotzdem gelang es im Januar, Kostarika in ein widernatürliches Bündnis zu locken — in die „Mittelamerikanische demokratische Gemeinschaft“ — zusammen mit El Salvador, wo die Junta wütet, und mit Honduras. Diese Gruppierung ist, wie die lateinamerikanische Presse konstatierte, vor allem gegen Nikaragua gerichtet.

Angesichts des früher traditionell friedliebenden Kurses Kostarikas ist es von großem Interesse, welche Haltung die neue Führung der Republik nach den Wahlen vom 7. Februar einnehmen wird. Der neue Präsident, Luis Alberto Monge Álvarez, von der sozialdemokratischen Partei der Nationalen Befreiung legte seine Auffassungen zu den wichtigsten außenpolitischen Fragen dar. Pressemeldungen zufolge wies er die Vorschläge für eine US-Aufrüstung Kostarikas zurück und kritisierte die „Mittelamerikanische demokratische Gemeinschaft“, wobei er auf die Widersprüche zwischen den wahren Zielen und den angeblichen demokratischen Prinzipien dieses Bündnisses verwies. Der Präsident bekundete die feste Absicht, normale Beziehungen zum Brudervolk Nikaraguas zu unterhalten.

Die progressive Öffentlichkeit Mittelamerikas hofft, daß diese Postulate der Außenpolitik der neuen Regierung Kostarikas zugrunde liegen werden.

W. DOLGOW

ZIEL NUMMER...

„Unser Ziel Nr. 1 ist Kuba“, erklärte Sergio Mayea, Leiter eines von kubanischen Konterrevolutionären in der Ortschaft San Bernardino (US-Bundesstaat Kalifornien) eingerichteten paramilitärischen Lagers.

Die Ziele Nr. 2, 3 und 4 stehen der „Chicago Tribune“ zufolge ebenfalls fest: Nikaragua, Angola und Polen. „Wir haben bereits neben Dutzenden Nikaraguanern ehemalige vietnamesische Soldaten und polnische Antikommunisten angeworben.“ Die „Fremdenlegion“ der Emigranten bereitet sich, wie ihre Organisatoren sagen, verstärkt auf einen Krieg gegen den „Weltkommunismus“ und die „Aufständischenbewegungen“ vor. Die Zahl der „Legionäre“ auf US-Territorium hat bereits 1000 erreicht. „Wir wollen hohe Persönlichkeiten kidnappen oder in unsere Gewalt bringen... Wir können alle für uns erforderlichen Waffen erlangen und sie in die nötige Weltregion schaffen“ (Mayea).

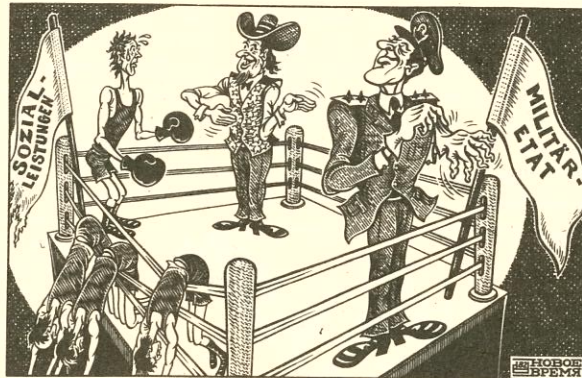
Waffen sind stets zur Hand — selbst bei den Übungen setzten die „Legio-

näre“ bis vor kurzem scharfe Munition und MPis ein. Bis sich dann herausstellte, daß dies ein Gesetz des Bundesstaats verletzte. Von jetzt an verwenden Mayeas Leute richtige Schußwaffen nur bei zuvor abgesprochenen Schießübungen.

Die künftigen Terroristen brechen nicht nur Vorschriften Kaliforniens. Die Existenz ihrer Lager steht im Widerspruch zu dem Bundesgesetz, das die Nutzung von US-Territorium als Stützpunkt zur Vorbereitung militärischer Operationen gegen ein Land verbietet, das sich nicht im Kriegszustand mit den USA befindet. Doch die Behörden, die die buntscheckige „Legionäre“-mannschaft hochpöppeln, scheuen sich wenig um die Gesetze.

„Militärische Aktionen der USA in Mittelamerika bleiben nach wie vor eine politische Variante.“ Diese Worte gehören nicht einem philosophierenden Terroristen. Das hat kürzlich Außenminister Alexander Haig gesagt.

G. SIDOROWA



Im US-Budgetring

Zeichnung: W. Tschakiridis

GENERALSSORGEN

Die USA haben auf eigene Rechnung mit Arbeiten zur Vertiefung des Wasserbeckens des kenianischen Hafens Mombasa begonnen. Woher das plötzlich! Will etwa Washington Kenia selbstlose Hilfe leisten!

Keineswegs, behauptet der AP-Korrespondent. Der eigentliche Grund ist, daß Kriegsschiffbesatzungen in letzter Zeit häufiger nach Mombasa kommen, um sich nach langen Patrouillenfahrten im Indik zu erholen. Doch um das Ufer zu erreichen, müssen die Seeleute nicht nur einige Stunden an der Reede Schlange stehen, sondern auch eine ermüdende Fahrt über die stürmische Brandung machen. Und alles, weil die riesigen Schiffe nicht an der Pier anlegen können. Ein hochgestellter Amerikaner sagte allen Ernstes dem Korrespondenten, die Arbeiten zur Vertiefung des Hafens würden zur Verbesserung der „Gesundheit und des moralischen Zustandes“ der Besatzungen der US-Kriegsflotte beitragen. Allerdings ließ er sich nicht darüber aus, wozu die im gleichen Hafen im Bau befindlichen Munitionsarsenale dienen sollen.

Nein, nicht um die Gesundheit der Untergebenen sorgt man sich im Pentagon. Die Generale denken nur daran, wie man sich in dieser Region fester einnisten kann.

M. SARIPOW

DIE HE MACHEN

Die Regie Fortschritt bei den Posten zugeordnet. Die Beförderung beweis

Gefängnis nach wie vor locken der Rechte und wurde durch ausgelöst, in niger oder lernt, den Maulkorb a hundert Chil von durchge richteten, wa

Das kam gezeichnet z daß sich irge te“ störend dem Pinoche Ben Herren wenn sie a jochen, son. Und deshalb ge „kleine S nachsehen. E US-Außenmin und humanitä Pressekonfer Journalisten Maßnahmen“ legenden „V schenrechtssi bringen suc

Die Henke noch schnell das Washing

...UND KEIN AUSWEG

Offenbar kommt der Beruf des Wirtschaftswissenschaftlers in den USA ganz aus der Mode. Bereits Mitte der 70er Jahre ließ man an ihnen kein gutes Härchen — damals konnten sie nicht nur die tiefe zyklische Krise nicht vorhersagen, sondern kamen auch nicht auf einen Ausweg. Ganz zu schweigen von der chronischen Inflation — da wissen die bekanntesten Professoren schon seit langem keinen Rat. Die Wirtschaftspolitik der Administration wurde von Journalisten „Reaganomie“ getauft.

Kein Wunder also, daß die Journalisten in den USA auf die Wirtschaftswissenschaftler pfeifen — wie die „Business Week“ — die sich schwarz auf weiß über den „Grad der intellektuellen Rückständigkeit eines Berufes ausließ, der selbst in der Stellung von Fragen zum Ausdruck kommt, die eilige Antworten verlangen“.

Anlaß für den Ruffel war nicht irgendeine weitere konjunkturelle Fehlprognose, sondern die Tagung der Amerikanischen Ökonomischen Vereinigung, die die namhaftesten Jün-

ger dieser „Wissenschaft“ zusammenführte.

„Eine Liste der bei diesem Treffen nicht behandelten vordringlichen Fragen erschüttert zutiefst“, klagt die Wochenzeitung. Kein einziger Vortrag zu Fragen des niedrigen wirtschaftlichen Wachstumstemplos des Westens, zum Stand der Beziehungen zwischen Ost und West oder zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern wurde gehalten. Zu wenig war auch von der „großen Herausforderung Japans“ die Rede. Ferner versuchte man nicht einmal zu klären, wie sich die

riesigen Staatsdefizite auf die Wirtschaft auswirken.

„Business Week“ wird von einem anderen Blatt des Big Business unterstützt, „Fortune“. Es wirft den Wirtschaftswissenschaftlern vor, über sie würden ständig Witze gerissen. Zum Beispiel der folgende: Zwei Wirtschaftswissenschaftler gerieten in eine tiefe Grube und zerbrachen sich lange den Kopf, wie sie da herauskommen könnten. Schließlich sagte der eine: „Stellen wir uns zunächst einmal vor, wir hätten eine Leiter.“

P. ANDREJEW



KER FORTSCHRITTE

ng Chiles hat einen den ... Menschenrech- is will der „Washington die Reagan-Administra-

und KZ sind in Chile berfüllt. Doch das Froh- fechter demokratischer iheiten im Weißen Haus bestimmte Nachrichten ile foltere man jetzt we- e doch zumindest ge- fern einen „besseren“ legen. Während 1980 n der Weltöffentlichkeit chten Folterungen be- es 1981 nur 68.

US-Administration aus- itten. Sie möchte nicht, welche „Menschenrech- die Freundschaft mit jime oder mit den wei- storias auswirken, die, die Afrikaner unter- och prima Kerle sind. ne man ihnen ja eini- en“ bei der Apartheid Abrams, Assistent des rs für Menschenrechte fragen, hielt sogar eine ab, auf der er den pekt vor den „aktiven storias zu einer grund- esserung“ der Men- on in der RSA beizu-

achen also Fortschritte, Fortschritte aber macht r Pharisäertum.

I. MONITSCHEW



„NEUE ZEIT“ 8.82

DIE PROBLEME DER BOBBIES

„Rassismus und die ihn be- gleitende Gewalt sind nichts Neues für das Londoner East End“, schrieb der „Guardian“. Nichts Neues ist das auch für jede andere Einwanderungsregion Englands.

Jalil, ein Immigrant aus Pakistan, gehört zu den zahlreichen Rassenopfern. Er hat immer noch eine Schramme am Kopf, als Folge eines auf ihn geworfenen Steins. „Ich kann schon nicht mehr zählen, wie oft wir neue Fensterscheiben einsetzen mußten... Unser Haus ist für uns wie ein Gefängnis, die Kinder leben wie in Handschellen. Doch warum sollten wir in eine andere Stadt umziehen — dort würde das gleiche beginnen“, berichtete er.

Die Einwohner einiger Viertel Ostlondons, die es schon aufgegeben haben, bei der Po-

lizei Schutz vor den faschistischen Rowdys zu finden, haben Selbstverteidigungstrupps aufgestellt.

Und die Gesetzeshüter! Haben sie den freiwilligen Helfern ihren Dank ausgesprochen? Nichts dergleichen. Sie schaffen nach Meinung der Polizei nur „Probleme“. So aber gäbe es dieses Problem halt nicht.

Die Haltung der Polizeiführung ist nicht gerade originell. Bekanntlich sind die Bobbies, wenn es Exzesse der Faschisten zu beenden gilt, nicht gerade aktiv. Dafür agieren sie viel professioneller, wenn Demonstrationen von Farbigen aufgelöst oder wenn einem von ihnen eine Lehre erteilt werden soll.

Ein 29jähriger Student, der zu seinem Unglück aus Nigeria zum Studium nach England

kam, fuhr im Wagen seines Freundes mit. Eine Polizeistreife stoppte, dem „Observer“ zufolge das Auto, zertrümmte den Studenten heraus, warf ihn zu Boden und prügelte ihn. Und zwar so brutal, daß ein sofortiger chirurgischer Eingriff nötig wurde. Parallel dazu begann eine andere Operation, um die Handlungen der Polizisten zu decken. Sie verlief erfolgreich. Obgleich die völlige Unschuld des Opfers ermittelt und ihm sogar eine gewisse Entschädigung zugesprochen wurde, stiegen zwei der Polizisten, die ihn krankenhaushausreif geschlagen hatten, auf der Karriereleiter empor. Ebenso wie der Polizeibeamte, der die Untersuchung geleitet und die unbequemen Fakten geschickt verschleierte hatte. Die Bobbies haben also keine Probleme.

W. KSENIN

ALLE NAHMEN

Die Bestechungsaffäre um die japanischen Beamten, die sich vom US-Konzern Lockheed schmieren ließen, beschäftigt bereits fünf Jahre ein Tokio-er Gericht. Das zweite Urteil wurde nun gefällt. Tokujiri Wakasa, Aufsichtsvorsitzender der japanischen Luftfahrtgesellschaft Zeniku, und seine Helfershelfer wurden für schuldig befunden. Wakasa erhielt von Lockheed 160 Mio Yen dafür, daß Zeniku statt japanischer US-Maschinen gekauft hatte.

An der Schuld Wakasas und seiner Kollegen zweifelte in Japan kaum jemand, ebenso wie daran, daß das Urteil milde sein würde. Diese Erwartungen trafen ein: Die Schmiergeldempfänger wurden

„auf Bewährung“ verurteilt.

Als die Journalisten Premierminister Zenko Suzuki, Kiichi Miyazawa, Generalsekretär des Kabinetts, und LDP-Generalsekretär Suzuki Nikaido (der selbst in die Affäre verwickelt ist) mit der Frage bestürmten, ob das Urteil denn nicht in himmelschreiendem Widerspruch zur „politischen Moral“, die von den LDP-Führern verkündet wird, stehe, weigerten sich alle drei kategorisch, das Urteil zu kommentieren.

Ihre Unlust, sich mit der Moralfolge eingehender zu befassen, fand einige Tage später eine Erklärung, als die „Akahata“ meldete: 47 Parlamentsabgeordnete, u. a. Kabinettsmitglieder, nahmen während des Wahlkampfes Bestechungsgelder von den Monopolen.

L. MLETSCHIN

Seine Fotos findet man oft in den Zeitungen. Und nicht immer ist klar, in welcher Rolle ihn die furchtlose Kamera fixiert hat: als Parlamentsabgeordneten oder als Angeklagten!

Kakuei Tanaka, ehemaliger Premier und Angeklagter im Lockheed-Fall (links auf dem Bild), verbindet unermüdlich die Rollen des Gesetzgebers, des Premiers und des Angeklagten. In diesem Jahr soll das Gericht sein Urteil fällen. Das demonstrative Selbstbewußtsein Tanakas zeigt, daß er nichts Schlimmes erwartet: Wenn schon keinen völligen Freispruch, dann doch zumindest ein Urteil auf Bewährung. Dann wird er statt der Anklagebank wieder einen Parlamentssessel drücken.

Foto: „Mainichi“ (Japan)

GEFÄHRLICHE KUNST

William Whitehurst, Kongreßabgeordneter vom US-Bundesstaat Virginia, brachte im Kapitol eine Gesetzesvorlage zur Übergabe von in den USA gelagerten „Kunstwerken“ an die Bundesrepublik ein. Nach dem Krieg hatten die Amerikaner aus dem besiegten Nazideutschland über 6000 Bilder, Zeichnungen, Lithographien und Skulpturen, die die „historische Großtaten des Führers“ verherrlichten, herausgeschafft. Sie lagerten diese Machtwerke sorgfältig, studierten und restaurierten sie. Über Jahrzehnte fanden sie Betrachter in Offiziersklubs, in Pentagon-Amtsstuben und selbst in Kongreßräumen.

Fast die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung wurde nach 1945 geboren. Für die Jugend, behauptete Whitehurst, sei es jetzt gerade die rechte Zeit, die Nazi-„Kunstwerke“ kennenzulernen.

Leute wie Whitehurst wußten bereits damals, 1945, als sie die braunen Werke retteten, was sie taten. Heute kann man die Nazikunst zum Einsatz bringen. Um so mehr, da in den USA befürchtet wird, in Westeuropa könne man tatsächlich an eine friedliche Koexistenz mit dem Osten gläuben.

Die Bundeswehr solle von „nationalem Patriotismus“ ergriffen werden, tönt der US-Parlamentarier. Ihre Divisionen sollen stets bereit sein, zusammen mit den GIs eine „sowjetische Aggression“ abzuwehren.

P. NEGOIZA

KOMMUNISTISCHE UND ARBEITERPARTEIEN ZUR HALTUNG DER IKP-FÜHRUNG

Die polemische Haltung der IKP-Führung gegenüber den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR und den anderen Ländern des realen Sozialismus haben in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung starke Reaktionen ausgelöst.

„Trybuna Ludu“, Organ des ZK der PVAP: „Uns erstaunt und verblüfft, daß die Führung einer großen westeuropäischen Partei — der IKP — in jüngster Zeit eine Haltung bezogen hat, die das Wesen der Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder in Zweifel stellt und, wenn man es deutlich sagen will, negiert, sich gegen die verschiedenen Aspekte ihrer inneren Systeme und die von ihnen praktizierten Formen des sozialistischen Aufbaus wendet. Uns polnische Kommunisten betrifft das in erster Linie, da die IKP-Führung zum Ausgangspunkt ihrer Erwägungen und Wertungen, die nicht nur Probleme der laufenden Politik betreffen, sondern auch Anspruch auf theoretische Verallgemeinerungen erheben, die Ereignisse der letzten Wochen in Polen genommen hat...“

Allem Anschein nach will die IKP-Führung die Fakten nicht bemerken. Sie übersieht bewußt die Ursachen, die von der Notwendigkeit zeugen, Entscheidungen zur Verhütung der schlimmsten Folgen zu fällen, übersieht die Interessen des Staates und vor allem die Notwendigkeit, die sozialistische Ordnung in Polen zu retten. Nimmt man die Haltung der IKP-Führung, würde den polnischen Kommunisten nichts anderes übrigbleiben, als sich mit der unvermeidlichen, schicksalsbedingten Entwicklung der Ereignisse abzufinden und das Schlimmste abzuwarten, d. h. die faktische Aufhebung der Verträge und Bündnisse Polens, die dessen staatliche Existenz garantieren. Eine solche Entwicklung der Ereignisse aber hätte, wie das von westlichen Staatsmännern vor und nach dem 13. Dezember 1981 mehrfach betont wurde, unberechenbare und gefährliche Folgen für Polen wie für den stabilen Frieden in Europa.

Nicht zu dulden und entschiedensten Protest herausfordernd ist die Erklärung der IKP-Führung über eine angebliche Einmischung der UdSSR und anderer Warschauer Vertragsstaaten in die Entwicklung der Ereignisse in Polen. Diese verleumderischen Erfindungen hören wir heute von den imperialistischen Kreisen, aus Washington und dem NATO-

Hauptquartier. Wir dürften wohl von Kommunisten eine realistischere, den Fakten entsprechende und vor allem klassenmäßige Beurteilung erwarten. Um so mehr, als niemand im Westen Unterlagen für eine solche ‚Einmischung‘ vorweisen kann...“

Angeichts der heute von den aggressiven imperialistischen Kreisen entfesselten antipolnischen Kampagne, die sich gegen den Weltsozialismus richtet, rechnen wir besonders mit der Solidarität der Kommunisten. Die Haltung der IKP-Führung weicht von der solidarischen Linie ab“, unterstreicht die „Trybuna Ludu“ abschließend.

Das Mitglied des Politbüros des ZK der KP Kubas, Carlos Rafael Rodríguez, erklärte in einem AFP-Interview: „Wir können uns nicht mit gewissen Ansichten der italienischen und der spanischen Kommunisten bezüglich der historischen Rolle der UdSSR in der heutigen Zeit einverstanden erklären, gar nicht zu reden von dem Charakter des in der Sowjetunion herrschenden Systems. Man braucht nur zu vergleichen, in welchem Widerspruch die Haltung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, des Genossen Breshnew, in wichtigen Fragen von Krieg und Frieden zu den Gedanken steht, die Präsident Reagan in den Vereinigten Staaten vertritt, um zu erkennen, was mit der Welt geschähe, wenn es die Sowjetunion nicht gäbe oder die UdSSR eine andere Haltung bezöge.“

Die ungarische **„Népszabadság“** veröffentlichte einen Artikel unter dem Titel: „Zur Haltung der Italienischen KP“. Darin heißt es unter anderem: „Die bürgerliche Presse der NATO-Länder verbirgt nicht ihre Freude über die Haltung der IKP-Führung. Gleichzeitig löst diese Haltung in vielen Presseorganen der Linkskräfte, in der Presse der sozialistischen Länder höchstes Befremden und Besorgnis aus...“

In den ersten Tagen nach Einführung des Ausnahmezustands in Polen erklärten einige westeuropäischen Staatsmänner, es handle sich um eine innere Angelegenheit Polens. Und erst nachdem Washington die Verhängung des Ausnahmezustands in Polen als sowjetische ‚Einmischung‘ betrachtete, folgten sie unlustig der amerikanischen Linie. Die IKP dagegen hat sofort ohne Zögern die polnischen Kräfte des Sozialismus verurteilt, als sie gegen Konterrevolution und Anarchie auftraten und den Weg des entschlossenen Handelns einschlugen...“

Wie kam es, daß die Führer der IKP

die PVAP in einem Augenblick angriffen, als die Partei einen aufopferungsvollen, aller Achtung werten Kampf zur Verteidigung des sozialistischen Polen und des Friedens auf dem europäischen Kontinent aufnahm?

Die ungarischen Kommunisten stellen diese Frage und haben das Recht dazu, weil die USAP 1956 ebenfalls eine ernste Krise durchgemacht hat. Wir erinnern uns sehr gut, wie nötig wir die wirksame Solidarität der internationalen kommunistischen Bewegung, der westlichen Bruderparteien, darunter der IKP und Palmiro Togliattis persönlich, brauchten...“

Die IKP-Führer greifen den realen Sozialismus an, setzen dessen historische Errungenschaften, die entscheidenden Einfluß auf die Geschichte der Menschheit nehmen, herab und leugnen sie sogar teilweise.

Die italienischen Kommunisten sind mit Recht stolz darauf, daß sie in den letzten Jahrzehnten gegen die Verschwörung der äußeren und inneren imperialistischen Kräfte auftraten und die italienische bürgerliche Demokratie retten konnten. Wäre das aber möglich, ohne die Existenz der Welt des Sozialismus, ohne den realen Sozialismus? Von der heutigen italienischen Demokratie könnte keine Rede sein, wenn im zweiten Weltkrieg der Faschismus nicht zerschlagen worden wäre, wobei die Sowjetunion die Hauptrolle gespielt hat. Die fortschrittlichen Kräfte Italiens könnten ihre Fahnen nicht entfalten, wenn der Sozialismus Schulter an Schulter mit der antiimperialistischen Weltbewegung den internationalen Imperialismus nicht abwehrte.

Niemand leugnet, daß die sich wandelnde Welt und die eigene Entwicklung den realen Sozialismus vor immer neue Aufgaben stellt, daß der Sozialismus einer ständigen Erneuerung bedarf. Wie aber läßt sich die Vervollkommenung eines politischen Systems denken, wenn man ihm das Recht nimmt, seine legitime Existenz mit legitimen Maßnahmen zu schützen? Wie kann man diese legitime Selbstverteidigung so beurteilen, wie das die IKP-Führer im gleichen Atemzug mit Reagan tun, der mit einem Federstrich 14 000 Fluglotsen arbeitslos machte, die nach besseren Löhnen verlangten, und ihre Gewerkschaftsführer mit Handschellen ins Gefängnis werfen ließ? Das alles ist ein tragischer Verlust des Gefühls für alles Maß...“

Die IKP-Führer setzen die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten den NATO-Ländern gleich, die nicht nur die

Politik des Wettrüstens betreiben und den Frieden bedrohen, sondern versuchen auch, den Sozialismus als eine 'friedensuntergrabende' Macht hinzustellen.

Obwohl die sozialistischen Länder mit unerhörter Geduld und Ausdauer immer wieder Vorschläge zur Abrüstung in Europa, zur Beseitigung der die Menschheit bedrohenden nuklearen Gefahr machen, erblickte die IKP darin keine neuen Initiativen. Wenn die sozialistischen Staaten es der anderen Seite nicht gestatten, Überlegenheit in militärischer Hinsicht zu erlangen, wenn sie sich an das Gleichgewicht der Kräfte halten, dann schlagen sie damit — gemäß der eigenartigen Logik der IKP — angeblich einen Weg ein, der den Frieden bedroht. Vielleicht brächten die sozialistischen Länder der Sache des Friedens mehr Nutzen, wenn sie sich auf rein abstraktes Wunschdenken für den Frieden beschränkten? Vielleicht ist Kapitulation der Weg, der zur Festigung des Friedens führt? Wie viele historische Beispiele ließen sich anführen, um zu beweisen, daß Kapitulation noch niemals zum 'guten Willen' aggressiver Kräfte oder zu ihrer 'Befriedung' geführt hat. Im Gegenteil, sie hat nur die Abenteuerlust des Aggressors verstärkt.

Diskreditierung und Verhetzung der sozialistischen Länder dürfte kaum eine Garantie dafür sein, daß es jemandem gelingt, in seinem Land einen 'besseren, demokratischeren' Sozialismus aufzubauen", äußert „Népszabadság“.

„Nicht nur im bürgerlichen Italien, sondern auch in anderen kapitalistischen Ländern hört man heute Lob für die Führung der IKP“, schreibt das Organ des ZK der KPTsch „Rudé Pravó“. „Mit Lob sparen auch viele bürgerliche Politiker nicht, darunter Führer sozialdemokratischer, opportunistischer und reformistischer Parteien und Bewegungen der politischen Szenario des Westens, wie auch extrem reaktionäre Zeitungen.

Womit hat sich die IKP diese Beachtung verdient?

Sie verabschiedete ein Dokument, in dem sie sich gegen die Anstrengungen des polnischen Volkes zur Herstellung von Ruhe und Ordnung im Lande wendet und den Beschluß des Staatsrats über die Verteidigung des Sozialismus in Polen verurteilt. . .

Es drängt sich der Gedanke auf, daß die IKP-Führung die Ereignisse in Polen nicht aufmerksam verfolgt hat und vollständig das Wirken der konterrevolutionären Kräfte ignorierte, weshalb sie nicht in der Lage ist, eine objektive Analyse vorzunehmen und wirklich kommunistische Schlußfolgerungen zu ziehen. Die IKP-Führung hat einen groben Fehler begangen und bezieht heute eine Haltung, die der Wirklichkeit vollkommen widerspricht. In dem Augenblick, da über den Herren des polnischen Hauses das Dach in Flammen aufging, forderte sie die Führung der italienischen Kom-

munisten statt kameradschaftliche Hilfe zu leisten, auf, den Brand nicht zu löschen, nichts zu unternehmen und das Haus auf 'demokratische' Weise abbrennen zu lassen.“

Das Organ der slowakischen KP „Pravda“ [Bratislava] schrieb in einem Kommentar: „Die IKP-Führung hat unter dem Vorwand, die Ereignisse in Polen zu beurteilen, faktisch gegen den realen Sozialismus Stellung genommen. Ohne alle Ursache erklärte sie, alle Leistungen und die bisher gesammelten Erfahrungen im Kampf für den Aufbau des Sozialismus seien wertlos. Das Organ des ZK der KPdSU „Prawda“ erteilt diesen Erfindungen eine entschlossene und prinzipielle Antwort. Einige Führer der IKP jedoch sehen den Artikel der „Prawda“ nicht als Beispiel für eine freundschaftliche Diskussion an. Deshalb haben die böswilligen Anschuldigungen der KPdSU, der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten gegenüber noch stärkere Formen angenommen. Die Genossen aus der IKP-Führung müssen jedes Maß verloren haben, wenn sie die wahrhaft freundschaftliche Diskussion nicht empfinden. Eigenliebe treibt sie zu einer immer sinnloseren Demagogie, die ihrem Inhalt nach den propagandistischen Tricks der Bourgeoisie näher steht als den Traditionen der kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Jeder Kommunist, jeder Kämpfer gegen Imperialismus, Reaktion und Krieg stellt sich in diesen Tagen die besorgte Frage, ob die IKP-Führung zu einer normalen Diskussion imstande ist oder ob sie, vom Marxismus-Leninismus abweichend, die Welt von heute schon nicht mehr real, von Klassenpositionen beurteilen kann?

Die Haltung der IKP-Führung bedeutet eine direkte Unterstützung des Imperialismus, der Jahrzehnte auf eine Schwächung des Sozialismus abzielt, eine Unterstützung des Antikommunismus und aller dem sozialen Fortschritt feindlich gesinnten Kräfte überhaupt.“

Das Organ des ZK der SED „Neues Deutschland“ schreibt:

„Die Leitung der Italienischen Kommunistischen Partei hat auf dem Januar-Plenum ihres Zentralkomitees einen Beschluß angenommen, der in allen entscheidenden Fragen im Gegensatz zur Politik der Hauptkräfte des Friedens steht. In Reden und Beschlüssen des Plenums wird die jahrzehntelange Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, der doch die Völker Europas in entscheidendem Maße die längste Friedensperiode des Jahrhunderts auf unserem Kontinent verdanken, faktisch negiert.

Mehr noch: Auf dem Plenum des ZK der IKP wurde die ungeheuerliche These entwickelt, daß sich die Außenpolitik der Sowjetunion und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages nicht von der der USA und der NATO unter-

scheide. Irrsinniger geht es nicht mehr. Damit wird entgegen allen Tatsachen und Erfahrungen der Völker ein Gleichheitszeichen zwischen dem NATO-Langzeitprogramm für die Hochrüstung und dem Friedensprogramm des Sozialismus gesetzt. Der Brüsseler NATO-Beschluß von 1979, nach dem auch Italien als Startrampe für die Stationierung neuer, auf die Länder des Sozialismus gerichteter USA-Atomraketen mittlerer Reichweite ausgebaut werden soll, wird auf eine Stufe gestellt mit den konstruktiven Vorschlägen des Warschauer Vertrages. Zwischen dem erklärten Streben der USA nach Erringung militärischer Überlegenheit und dem unermüdlichen Einsatz der Sowjetunion für die Bewahrung des an nähernden militärisch-strategischen Gleichgewichts auf immer niedrigerem Niveau wird keinerlei Unterschied gemacht.

Die haarsträubende Gleichsetzung der entscheidenden Friedenskraft der Gegenwart mit dem aggressiven imperialistischen Militärpakt richtet sich gegen die Grundlagen des Kampfes der Völker für internationale Sicherheit und friedliches Zusammenleben. Eine solche Haltung gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern steht nicht zuletzt auch im Widerspruch zur Erfahrung der italienischen Antifaschisten. Unter ihnen ist der entscheidende opferreiche Beitrag des Sowjetlandes zum Sieg über den Faschismus heute noch ebenso lebendig wie die Überzeugung, daß der erste sozialistische Staat, der mit Lenins Ruf zum Frieden ins Leben trat, in unserer Zeit die stärkste Bastion gegen imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik ist.

Zum Anlaß für die Ausarbeitung ihrer Plattform hat die Führung der IKP die tragischen Ereignisse in Polen genommen, wobei sie ebendas kritisiert, was sie in den anderthalb Jahren zuvor stets gefordert hat: die Bewältigung der polnischen Probleme durch die Polen selbst. Dabei mischt sie sich mit einer Reihe von Forderungen in grober Weise in die Angelegenheiten der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ein, obwohl sie für sich stets das selbstverständliche Recht jeder Partei in Anspruch nimmt, über ihre Politik selbst zu bestimmen. . .

Kommunisten pflegen gesellschaftliche und politische Erscheinungen stets vom Klassenstandpunkt danach zu beurteilen, wem sie nutzen. Geringschätzung der sozialistischen Staaten und ihrer unbeirrbareren Friedenspolitik kann nur dem Imperialismus nutzen, der in der Schwächung des realen Sozialismus, der kommunistischen Parteien und der Friedensbewegung sein wichtigstes Ziel sieht, um seine Politik der atomaren Hochrüstung und der militärischen Überlegenheit voranzubringen, um die Völker seinen Profit- und Machtinteressen zu unterwerfen. Die Völker messen Politiker und Parteien in der gegenwärtigen internationalen Situation nicht an ihren

Fähigkeiten, die sozialistischen Länder zu verleumden, sondern an ihrem Einsatz für Frieden und Entspannung", heißt es in dem Artikel.

Eine prinzipielle Haltung bezogen auch die meisten kommunistischen Parteien in der kapitalistischen Welt. Viele hielten es für nötig, erneut die welthistorische Bedeutung der von der Großen Oktoberrevolution eingeleiteten Epoche sowie die Rolle der UdSSR und der Länder der sozialistischen Gemeinschaft bei der Verteidigung von Frieden und Fortschritt in der Welt, hervorzuheben.

Auf dem kürzlich abgehaltenen XXIV. Parteitag der Französischen KP erklärte deren Generalsekretär **Georges Marchais**: „Einer unserer Genossen schrieb unter der Rubrik ‚Diskussionstribüne‘, der Gegner versucht zu erreichen, daß wir Kommunisten uns von einer solchen ‚Last‘ wie die sozialistischen Länder befreien und einfach ein Kreuz dahinter machen. Das würde zweifellos einen ungeheuren Erfolg des Gedankens gewährleisten, der so eine wichtige Rolle im Klassenkampf spielen kann, des Gedankens, dem zufolge der Sozialismus nicht existiert oder nur ein unerfüllbarer Traum ist.“

Dieser Genosse hat recht. Ob man das will oder nicht, der Klassenkampf trägt weltweiten Charakter. Und die sozialistischen Länder spielen dabei eine wichtige Rolle. Mit ihrem Gewicht und Einfluß gestatten sie es den Kriegsanstiftern nicht, ein nukleares Abenteuer zu entfesseln, es ist ihnen nicht ohne Mühe gelungen, die friedliche Koexistenz in den internationalen Beziehungen zu erreichen. Folglich sind sie die Garantie für den Frieden. Gleichzeitig können die Völker durch den Ausbau der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Kultur nur gewinnen. Und schließlich sind sie der Stützpunkt für den Befreiungskampf in der ganzen Welt, insbesondere für den nationalen Befreiungskampf.

Eine der Grundlagen unserer Strategie besteht eben im internationalen Realismus, in der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten von Sozialismus, Unabhängigkeit und Frieden.

Das zu vergessen und zu versuchen, unseren Kampf von dem Kampf anderer in der ganzen Welt gegen Kapitalismus und für Sozialismus kämpfenden Kräfte zu isolieren, wäre Selbstmord.“

In einem Artikel **des DKP-Organ**s „Unsere Zeit“ heißt es u. a.:

„Die Positionen, die die Führung der Italienischen Kommunistischen Partei im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Volksrepublik Polen eingenommen hat, sind in den imperialistischen Ländern von Reaktionären aller Schattierungen mit Jubel aufgenommen worden...“

Die Entschließung des ZK der IKP und andere Verlautbarungen zeigen mit aller Deutlichkeit ein weiteres Abrücken von den Ideen von Marx, Engels und Lenin, vom real existierenden Sozialis-

mus, insbesondere von der Sowjetunion, sowie vom revolutionären Klassenstandpunkt...“

Das klassenindifferente Herangehen der Führung der IKP zeigt sich insbesondere an der zentralen Frage Krieg—Frieden und in der Beurteilung der sowjetischen Friedenspolitik. Es liegt für jeden nachprüfbar auf der Hand, daß seit dem Friedensdekret der jungen Sowjetmacht gilt: Frieden und Sozialismus sind eins. Das hat auch der XXVI. Parteitag und der kürzliche Besuch Leonid Iljitsch Breschnew bei uns in der Bundesrepublik eindrucksvoll unterstrichen. Zahllos sind die konkreten Friedensvorschläge der Sowjetunion. Es gibt kein Land außer der Sowjetunion, die seit ihrem Bestehen so viel zum nationalen Befreiungskampf der Völker der Erde beigetragen hat...“

Es wundert uns Kommunisten aus der Bundesrepublik nicht, daß die Positionen, die die IKP-Führung einnimmt, von Reaktionären und Arbeiterfeinden aller Schattierungen ausgeschlachtet werden. Die Reaktion hat schon immer nach dem Motto gehandelt, alle Erscheinungen, alle Prozesse, die sich gegen die Sowjetunion, gegen den gemeinsamen Kampf der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung richten, für ihre Zwecke auszunutzen.

Wir Kommunisten sehen uns bei diesen Vorgängen in unserer prinzipiellen Haltung bestätigt... Wir lassen uns nicht abdrängen von unserer klassenmäßigen Freundschaft zu den Völkern der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.“

Der Vorsitzende der KP Österreichs, Franz Muhri, erklärte auf einem außerordentlichen Kongreß der KPÖ: „Und wenn einige Vertreter des ‚Eurokommunismus‘ jetzt ebenfalls von einem ‚dritten Weg‘ sprechen, so befinden sie sich in Wirklichkeit bereits auf einem Weg in Richtung einer politisch-ideologischen Anpassung an die Sozialdemokratie. Die ‚Kombination von Sozialismus und Freiheit‘ ist eine Grundidee des Kommunismus... Doch in der Deutung und in der konkreten politischen Praxis einiger Vertreter des ‚Eurokommunismus‘ ist mit dieser Formel eine absolute Demokratie und Freiheit gemeint, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt. Die Fragen der Freiheit und Demokratie sind untrennbar mit den Klassen-, mit den wirtschaftlichen und staatlichen Machtverhältnissen und mit dem Klassenkampf verbunden. Die Befreiung der Arbeiterklasse setzt den gemeinsamen Kampf für die Entmachtung des Kapitals, für die Aufhebung der Freiheit voraus, andere Menschen ausbeuten zu können. Und in Polen hat es sich gezeigt, daß die Freiheit für die Scharfmacher der ‚Solidarność‘ zur Freiheit für die Konterrevolution wurde, die sich bereits anschickte, die Kommunisten aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschalten und durch einen Putsch die Regierung zu stürzen. Der entschiedene

Kampf gegen die antisozialistischen Kräfte in Polen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung einer breiten sozialistischen Demokratie.“

In der „Prawda“ und der Zeitschrift „Kommunist“ veröffentlichte Artikel über die Haltung der jetzigen IKP-Führer fanden auch in der Presse der KP Dänemarks breiten Widerhall. In der Parteizeitung „Land og Folk“ findet sich ein Artikel des Mitglieds des Exekutivkomitees und Sekretärs des ZK der KP Dänemarks, Genossen Ib Nörlund, in dem die „Hauptkonzeptionen“ der Verfechter eines „dritten Weges“ in einigen westlichen kommunistischen Parteien kritisiert werden. Der Autor betont die entscheidende Rolle der kommunistischen Bewegung und der Länder des realen Sozialismus beim Schutz des Friedens und der Verhinderung eines neuen Krieges.

Zur Bedeutung der Erfahrungen der weltweiten kommunistischen und Arbeiterbewegung bemerkt der Verfasser, daß „die kommunistische Bewegung — die wichtigste politische Bewegung der Gegenwart — stets die Notwendigkeit betont hat, aus diesen Erfahrungen zu lernen. Besonders wesentlich ist das in unserer Zeit, da der ideologische Druck des Imperialismus gleichzeitig mit seinen Kriegsvorbereitungen zunimmt, was ein Kettenglied in seinem internationalen Klassenkampf ist... Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß die Führungen einiger westeuropäischer kommunistischer Parteien dem Druck der ideologischen Kampagnen des Imperialismus nachgeben und einige seiner Erfindungen wiederbeten... Wenn sich solche Angriffe gegen die allgemein anerkannten Standpunkte der kommunistischen Bewegung wenden oder sie direkt verzerren, so muß man dem ein Halt entgegenrufen. Wie früher schon, werden diese Angriffe im Namen einer ‚Erneuerung‘ unternommen, bei näherer Betrachtung aber ist überhaupt nichts Neues an ihnen. Sie sind aus der bürgerlichen Propaganda und den verstärkten Attacken gegen die kommunistische Bewegung bekannt.“

In der „Land og Folk“-Ausgabe vom 30./31. Januar schreibt der politische Kommentator Michael Seidelin, daß „nicht einer dieser Standpunkte neu ist, und ebenso wenig ist neu, daß diese Ansichten gewöhnlich von der Parteiführung unterstützt werden, während die Parteibasis und die Führung der örtlichen Parteiorganisationen große Zurückhaltung an den Tag legen... Mit den politischen Demonstrationen und dem Jonglieren mit Begriffen sowie auch mit dem Verzicht auf ein Minimum wissenschaftlicher Methoden bei der Analyse der Erfahrungen der sozialistischen Länder macht die IKP-Führung eine Diskussion und einen Dialog in der kommunistischen Bewegung unmöglich. In dieser Hinsicht ist von nicht geringer Bedeutung, daß eine andere große

westeuropäische Partei — die KP Frankreichs, der man keine unkritische Einstellung zu den sozialistischen Ländern zuschreiben kann, auf ihrem Parteitag in der kommenden Woche ein umfangreiches Dokument mit nuancierten, aber sehr positiven Einschätzungen der Entwicklung in den sozialistischen Ländern auch in den letzten Jahren vorlegen wird.“

„Der Revisionismus war und ist keine kritische Überprüfung oder eine mögliche Umbewertung der Standpunkte“, heißt es in der gleichen Ausgabe der Zeitung. „Er ist eine Absage an die Philosophie des Marxismus, an sein Geschichtsverständnis, seine ökonomischen Theorien und an sein klassenmäßiges Herangehen.“

„Viele von denen, die in den Frühnachrichten des Rundfunks die Meldung von der neuen Haltung der IKP hörten, wollten ihren Ohren nicht trauern“, schrieb die finnische „Tiedonantaja“. „Der Wortlaut war nicht allzu neu, denn der Tod des Marxismus-Leninismus wurde schon öfter in voreiligen Traueranzeigen gemeldet. Verblüffend war etwas anderes. Warum gerade jetzt, da Polen aus aller Kraft versucht, aus seiner komplizierten Situation herauszukommen, warum gerade jetzt, da die Geschicke der Entspannung auf der Waagschale liegen, warum gerade jetzt verkündet die IKP ihre antipolnische Haltung und greift offen die sozialistischen Länder überhaupt und die Sowjetunion und die KPdSU im besonderen an?“

Viele, die jetzt ihrem Erstaunen Ausdruck geben, fragen, welchen Sinn es gehabt hätte, die Fortsetzung des Streiks zu ermöglichen, und die Wirtschaft des Landes in einen noch stärkeren Wirbel zu ziehen als den, in dem sie ohnehin schon steckte? Ihrer Ansicht nach wäre es auch sinnvoll, herauszufinden, was die ‚Solidarność‘ mit ihrer Politik des Chaos und der Unruhen tatsächlich erreichen wollte. Nur die Antworten auf diese Fragen — sofern diese Antworten positiv wären — würden die so scharfe Haltung der IKP rechtfertigen.

Es muß Bedauern auslösen, daß die IKP zunächst darauf besteht, Polen könne die Art und Weise, in der es seine inneren Angelegenheiten entscheide, selbst wählen, und Polen dann, wenn es das auch tut, erbarmungslosen Angriffen aussetzt. Und nicht nur Polen, sondern mit ihm werden ja auch die Sowjetunion und die KPdSU, die sozialistische Oktoberrevolution und obendrein der gesamte Marxismus-Leninismus einem noch stärkeren offensiven Druck ausgesetzt.

Die IKP verkündet den Anfang eines ‚dritten Weges‘. Bis jetzt gibt es noch keine genauen Angaben darüber, was dieser ‚dritte Weg‘ darstellt und was er beinhaltet... Anscheinend verlangt der ‚dritte Weg‘ das Eingeständnis einer Krise des Kommunismus und daß beispielsweise der Leninismus nicht zur Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus gehört. Laut dem ‚dritten Weg‘ hat der

Marxismus-Leninismus in Europa nichts zu suchen und sein Einfluß hier ist keineswegs günstig.

Dem kann man selbstverständlich nicht beipflichten, und diese Haltung findet nicht die Unterstützung der KP Finnlands.

Die KP Finnlands hat auf ihrem XIX. Parteitag eine sehr klare Haltung für den Marxismus-Leninismus bezogen. Der ‚Eurokommunismus‘ und der ‚historische Kompromiß‘ können bei der KP Finnlands keine Unterstützung finden. Natürlich mag es einzelne Fälle und einzelne Parteimitglieder geben, denen der ‚historische Kompromiß‘ gefällt. Unsere gemeinsame Basis aber ist der wissenschaftliche Sozialismus. Wenn man sich nach wie vor fest daran hält, können die Lehren der Italiener die Finnen nicht allzu sehr erschüttern und sowohl in den staatlichen Beziehungen unserer Länder wie auch in den Parteikontakten mit unseren östlichen Nachbarn keine Schwierigkeiten schaffen.“

Die argentinische Zeitung „Qué Pasa“ brachte einen Artikel, in dem es u. a. heißt: Inhalt und Stil des von der bürgerlichen Presse verbreiteten italienischen Dokuments, das den realen Sozialismus einschätzt, lassen die konkreten Umstände der polnischen Krise völlig außer acht. Es enthält keine Beurteilungen des Wütens der Konterrevolution, die eine ungeheure Bedrohung für die sozialistischen Errungenschaften in Polen darstellte. Gleichmaßen fehlt völlig eine Einschätzung der Rolle Polens in der sozialistischen Gemeinschaft und seiner Bedeutung für die Sicherheit in Europa... Der Aufruf zur Solidarität mit den polnischen Arbeitern und die gleichzeitige Verurteilung des sozialistischen polnischen Staats und der von ihm ergriffenen Maßnahmen halten keiner Kritik stand. Im Klassenkampf ist die Machtfrage die entscheidende Frage.

In einem Interview für Interpress Service erklärte der Sekretär des Nationalrats der KP Indiens, N. K. Krishnan:

„Die von der IKP-Führung dargelegten Standpunkte hinsichtlich der Situation in Polen kommen einer groben Einmischung in dessen innere Angelegenheiten gleich. Die Behauptung der IKP-Führung, die kürzlich von der PVAP ergriffenen Maßnahmen seien das Ergebnis eines Drucks seitens der KPdSU, sind absolut haltlos und entbehren aller Tatsachen.“

Die Erklärung der IKP zur Lage in Polen verletzt die brüderlichen Verhaltensnormen, die die Beziehungen zwischen den der internationalen kommunistischen Bewegung angehörenden kommunistischen Parteien bestimmen.

In der Vergangenheit hat die IKP mehrfach erklärt, fremde Einmischung in die Angelegenheiten des polnischen Volkes sei unzulässig und die Polen müßten ihre Angelegenheiten selber entscheiden. Ebendas tut jetzt die Führung der PVAP in Polen.

Die PVAP-Führung hat detailliert die verlogenen Behauptungen der Reagan-Administration und der Regierungen anderer NATO-Länder widerlegt, daß die kürzlichen Maßnahmen in Polen das Ergebnis eines ‚Diktats‘ der Sowjetunion seien. Es ist bedauerlich, daß die IKP-Führung diese Verleumdung wiederholt und damit Öl ins Feuer der US-Kriegsbrandstifter gießt.

Die Führung der KPdSU hat mehrmals ihren Wunsch deutlich gemacht, daß die Polen selbst, ohne fremde Einmischung, ihre Angelegenheiten regeln mögen.

Die KP Indiens versteht voll und ganz, daß die kürzlich von der PVAP-Führung ergriffenen Maßnahmen nur die Niederwerfung der Kräfte der Konterrevolution zum Ziel haben. Diese Kräfte haben ausführliche Pläne für einen bewaffneten Putsch in der zweiten Dezemberhälfte ausgearbeitet, mit dem die polnische Regierung gestürzt und die Macht ergriffen werden sollte, was schlimme Folgen nicht nur für das polnische Volk, sondern für den Frieden in ganz Europa gehabt hätte.“

Das Organ der SEW, „Die Wahrheit“, verurteilte in ihrem Artikel „Die Zukunft gehört dem Marxismus-Leninismus“ die Versuche der IKP, die auf die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit gerichtete Außenpolitik der Sowjetunion zu verleumden und die Politik der UdSSR und der NATO auf eine Stufe zu stellen, und schreibt:

„Ob die Führung der italienischen Kommunisten das will oder nicht, objektiv gerät sie damit an die Seite Washingtons und der NATO-Spitze und deren antikommunistischer Tiraden. Das aber ist zugleich ein Schlag gegen die Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, die nationalen Befreiungsbewegungen und die weltweite grenzüberschreitende Friedensbewegung. Man kann deshalb die Attacken der IKP-Führer nur so verstehen, daß sie die tragischen Vorgänge in Polen zum Vorwand nehmen, ihr seit längerem vorhandenes Abgehen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus nun mit dem Überbordwerfen der ganzen Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus krönen.“

Die gesellschaftlichen Veränderungen in der Welt seit 1917 sind der beste Beweis dafür, daß der Atem der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution immer neue Volksmassen zum Kampf gegen den Imperialismus und für den gesellschaftlichen Fortschritt, für den Sozialismus inspiriert. So erweist sich, daß die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus in ihrer Schöpferkraft lebendiger und unbesiegbarer denn je ist. Ihr gehört die Zukunft. Die SEW sieht in den Ländern des realen Sozialismus die unerschütterliche Bastion für jeden Fortschritt in der Welt. Das bestimmt ihr brüderliches Verhältnis zur KPdSU, zur SED und zu allen marxistisch-leninistischen Parteien.“

DIE „INTERNATIONALE“ WIE DIE „MARSEILLAISE“

Vitali GUSSENKOW

Die Pariser und die ausländische Presse kommentieren weiterhin die Ergebnisse des kürzlichen XXIV. FKP-Parteitag, der im Februar im Vorort Saint Ouen stattfand. Die ganze Atmosphäre des Forums war bemerkenswert — rote Fahnen mit Hammer und Sichel neben der französischen Trikolore, Plakate mit dem Bild „Die Erbauer“ des kommunistischen Künstlers, Fernand Léger, das die Arbeiterklasse preist.

Fünf Tage erörterten im Sportpalast mehr als 2000 Delegierte, die die 710 000 französischen Kommunisten vertraten, die Lebensfragen der Partei und des Landes. Ist ja die FKP durch tausendfache Bande mit den Werktätigen, mit den Problemen verbunden, die heute die Nation bewegen. Sie ist eine bedeutende und einflußreiche Kraft des heutigen Frankreich, auf deren Stimme aufmerksam gehört wird.

Der Parteitag verlief in einer besonderen Atmosphäre. Nach dem Sieg bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen übernahmen die Linkskräfte die Leitung des Staates. Zu diesem Sieg hat die FKP ihren Beitrag geleistet. Kommunistische Minister gehören der Regierung eines bedeutenden westlichen Landes an. Doch zugleich ist die Lage widersprüchlich. Bei den Wahlen mußte die FKP eine empfindliche Niederlage einstecken.

Die Fragen der Stärkung der Partei, der Ausweitung ihres Einflusses gehörten auf dem Parteitag zu den zentralen, entscheidenden. Davon war sehr überzeugend im Bericht des FKP-Generalsekretärs Georges Marchais die Rede. Davon sprachen auch die Delegierten. Sie konstatierten, wie wichtig die Festigung der Verbindungen zu den Massen und die Arbeit der Kommunisten in den Industriebetrieben ist, die jetzt zur Hauptarena des Klassenkampfes zwischen den Werktätigen und dem Kapital wurden. Auf dem Parteitag hieß es, daß die Partei hier in letzter Zeit in ihrer Arbeit nachgelassen und einige Hundert Betriebsgruppen verloren hat. „Die Kommunisten müssen alle vorhandenen Möglichkeiten zur Ausweitung ihrer Positionen nützen“, betonte der Delegierte des

Departements Seine-Maritime, Serge Laloyer. „Doch an allererster Stelle müssen unsere Aktionen in den Betrieben stehen. Das geringste Nachlassen unserer Tätigkeit in diesem Bereich verursacht schweren Schaden.“ Der Parteitag betonte,



Während des Meetings in Villejuif
Foto: TASS

daß es die erste Aufgabe für die ganze Partei ist, die Schlacht in den Betrieben zu führen und zu gewinnen.

Die Delegierten treten ans Rednerpult: der Arbeitslose aus Savoie, der Bauer aus dem Süden, der Eisenbahner aus der Region Paris und viele andere. Sie berichten von ihren Sorgen, den harten Klassenauseinandersetzungen und den Schwierigkeiten bei den demokratischen Umgestaltungen, die Millionen Franzosen erwarten. Die Kommunisten kämpfen, wie der Parteitag zeigte, mitten in den Massen. In der Regierung, im Parlament und in den lokalen Selbstverwaltungsorganen sind sie die konsequentesten und entschiedensten Verteidiger der Interessen der Werktätigen.

Die FKP trat stets für die Einheit der Volkskräfte ein. Sie erblickt in

ihr die Gewähr für die Verwirklichung demokratischer Umgestaltungen. Das Bündnis der Linkskräfte ist keine Idylle, sondern Kampf. Kommunisten und Sozialisten sind gemeinsam daran interessiert, den Weg der Reformen voranzuschreiten. Doch es gibt auch Differenzen. Kommunisten und Sozialisten vertreten verschiedene Strömungen der französischen Arbeiterbewegung. Und die FKP denkt nicht daran, wie auf dem XXIV. Parteitag betont wurde, von der revolutionären Wahl abzugehen, die ihre Gründer 1920 getroffen haben. Sie ist fest entschlossen, ihr Gesicht, ihre Klassenprinzipien zu bewahren.

Die französischen Kommunisten messen dem Kampf für den Sozialismus unter den Bedingungen

ihres Landes große Aufmerksamkeit bei. Der Sozialismus ist, wie Georges Marchais betonte, die einzige Alternative zur derzeitigen bürgerlichen Ordnung. „L'Humanité“ schrieb, daß die von der FKP vertretene Strategie des Übergangs zum Sozialismus nichts gemein hat mit der rosigten Konzeption eines Vormarsches ohne Hindernisse, bei der es zur Erreichung des Sozialismus genügen würde, sich alle 5 oder 7 Jahre zur Wahlurne zu begeben, sonst aber eine ruhige Kugel zu schieben.

Und eine weitere wichtige Besonderheit. „Der Sozialismus in den Farben Frankreichs“, „Der Sozialismus auf französisch“ ist, wie auf dem Parteitag betont wurde, keineswegs der „dritte Weg“, den gewisse Funktionäre der kommunistischen Bewegung hartnäckig den Werktätigen aufzuoktroieren suchen. Er ist auch nicht „das Modell des westeuropäischen Sozialismus“. Gemeint ist ein Sozialismus, der sich auf die französischen Realitäten

stützt und in sich die reichen Erfahrungen der revolutionären Bewegung aufnimmt.

Ihre nationalen Aufgaben sehen die Kommunisten Frankreichs — und das kennzeichnete ebenfalls den XXIV. Parteitag — in untrennbarer Verbindung mit den internationalen Aufgaben. Festigt ja jeder Schritt nach vorn, jeder neue Abschnitt, der im Kampf gegen das Kapital, für Demokratie und Sozialismus genommen wird, die Gesamtpositionen der Friedens- und Fortschrittskräfte. Und umgekehrt: Jede Festigung von Frieden und Sozialismus schafft günstige Voraussetzungen für die Lösung der vor den kommunistischen Parteien stehenden nationalen Aufgaben. Diese Wechselbeziehung wurde sehr deutlich auf dem Parteitag, der die Festigkeit der internationalistischen Positionen der FKP nicht nur bewahrte, sondern sogar stärkte. Als Antwort auf die Frontaloffensive des Imperialismus, der das globale Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten verändern und die Menschheit in die Zeiten des kalten Krieges zurückwerfen will, wächst der Widerstand der Kommunisten, aller Friedenskräfte gegen diese abenteuerliche Politik. Maxime Gremetz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der FKP, sprach in seiner Rede vom Engagement der FKP für den Frieden: „Der Frieden ist das erste Menschenrecht, das wertvollste Gut jedes Menschen, jedes Volkes.“ Die FKP ist im Geiste der ruhmreichen Traditionen der demokratischen und Arbeiterbewegung Frankreichs, die mit den Namen Jean Jaurès, Henri Barbusse, Romain Rolland, Frédéric Joliot-Curie, Paul Langevin und Maurice Thorez verbunden sind, fest entschlossen, ihren Beitrag zum Kampf gegen die Kriegsgefahr, für ein Europa ohne Nuklearwaffen, für eine konstruktive, unabhängige Außenpolitik Frankreichs zu leisten.

Internationalistische Solidarität — davon war immer wieder im Sportpalast von Saint Ouen die Rede. 112 ausländische Delegationen, so viele wie nie zuvor, nahmen am XXIV. Parteitag teil. Diese Delegationen repräsentierten vollständig die heutige, sich schnell wandelnde Welt. Hier waren die Bruderparteien der sozialistischen Länder vertreten, die das gigantische Werk des Aufbaus der neuen Gesellschaft leiten; die kommunistischen und Arbeiterparteien des nichtsozialistischen Teils der Erde, die unter verschiedenen Bedingungen gegen das Kapital kämpfen; Parteien und Bewegungen, die für die nationale und soziale Befreiung kämpfen, sowie erstmals auch Vertreter einiger sozialdemokratischer Parteien.

Die bürgerliche Presse mußte das politische Gespür der Delegierten konstatieren. Und, wollen wir ergänzen, auch die Reife der französischen Kommunisten. Vieles zeugt davon, u. a. der stürmische Beifall des Parteitages für die Delegationen Polens, Kubas, Vietnams, Kampuchreas, Afghanistans, Nikaraguas, El Salvadors, Chiles und der PLO. Die Länder und Völker, die sie vertreten, stehen in vorderster Reihe des Kampfes gegen die Umtriebe des Imperialismus, für Sozialismus, Unabhängigkeit und Freiheit.

Den brüderlichsten, herzlichsten Empfang bereitete der Parteitag der KPdSU-Delegation unter Konstantin Tschernenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU. Das Meeting der internationalistischen Freundschaft, das im Romain-Rolland-Theater im Pariser Vorort Villejuif stattfand, gestaltete sich zu einer Manifestation der kämpferischen Solidarität der KPdSU und der FKP. FKP-Generalsekretär Georges Marchais schätzte in seiner Antwort auf den brüderlichen Gruß der sowjetischen Kommunisten an den XXIV. Parteitag die Errungenschaften der Sowjetunion, ihren entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus und zum Friedenskampf hoch ein und betonte die Bedeutung der sowjetischen Hilfe für die Völker, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen. „Nichts, absolut nichts erlaubt die Behauptung, die Völker, die den Sozialismus aufbauen, seien in eine Sackgasse geraten, könnten nicht mehr voranschreiten und seien außerstande, die bestehenden Probleme mit eigenen Kräften, entsprechend ihren Ansichten zu lösen.“

Unter den heutigen Bedingungen, da die imperialistische Propaganda eine wilde Kampagne gegen den realen Sozialismus führt und manche Leute auch in der Arbeiterbewegung absichtlich oder nicht ihr zuspiesen, ist diese Position von großer Bedeutung. Sie ist aktuell, auch weil die Massenmedien in Frankreich den Sozialismus verleumden und den Franzosen ein Zerrbild von ihm suggerieren wollen. Dieser Verleumdungs- und Haßkampagne haben sich leider auch einige Politiker der Sozialisten angeschlossen.

Während des Parteitages, und das keineswegs zufällig, erlaubte sich Jacques Huntzinger, Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, in einem Interview für den „Matin“, dessen antisowjetisches und antikommunistisches Kredo allgemein bekannt ist, grobe Ausfälle gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder. Er

verstieg sich zu der Behauptung, der Sozialismus in diesen Ländern bestehe gar nicht. Es dürfte sinnlos sein, mit Monsieur Huntzinger zu polemisieren. Der Sozialismus besteht, er schöpft neue Kräfte, ihm gehört die Zukunft. Was aber den Autor des „Matin“-Interviews angeht, so sollte er in seinen Äußerungen Zurückhaltung und Verantwortung zeigen, Eigenschaften, die jeder Politiker braucht — um so mehr der Vertreter einer regierenden Partei.

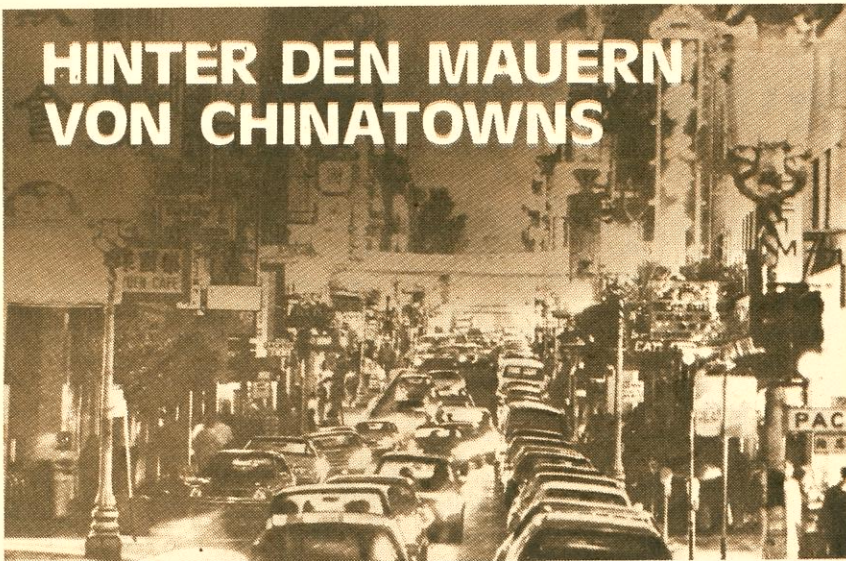
Im Bericht Roland Leroy, Mitglied des Politbüros und politischer Direktor von „L'Humanité“, in den Auftritten vieler Delegierter wurden die wahren Absichten der massiven antikommunistischen und antisozialistischen Kampagne in Frankreich entlarvt. Sie sollen die Zusammenarbeit der Linkskräfte in der Regierung aufbrechen und Hindernisse bei der Verwirklichung der Politik demokratischer Reformen schaffen. Bereits lange vor dem XXIV. Parteitag hatten die bürgerliche Propaganda und pseudolinke Blätter („Matin“, „Nouvel Observateur“) der FKP die verschiedensten Probleme prophezeit. Zum wievielten Mal schon in ihrer Geschichte wurde der FKP der „unausweichliche Untergang“ vorhergesagt. Doch die politischen Realitäten stoßen immer wieder solche Prophezeiungen um.

Der XXIV. Parteitag hat den offensiven Geist und die Geschlossenheit der Kommunisten demonstriert. Einstimmig wurden die Leitungsorgane gewählt — ZK, Politbüro und Sekretariat. Der Saal nahm die Wiederwahl von Georges Marchais zum FKP-Generalsekretär mit lang anhaltendem Beifall auf. Am nächsten Tag mußten jene, die mit „Problemen“ spekuliert hatten, die Stabilität der FKP-Führung und die Einheit der Kommunisten enttäuscht eingestehen. Sie mußten auch die Tatsache hinnehmen, daß die FKP die wahre Partei der Arbeiterklasse ist. Sind ja 66 Prozent der ZK-Mitglieder Arbeiter, Ingenieure und Techniker, die unmittelbar in der Produktion tätig sind. Wohl kaum eine andere Partei in Frankreich kann sich einer so beeindruckenden Vertretung der werktätigen Schichten rühmen.

Als der XXIV. Parteitag zu Ende ging, stimmten Delegierte und Gäste in die „Internationale“ und die „Marseillaise“ ein. Vor den französischen Kommunisten stehen große Aufgaben. Doch die Partei schaut optimistisch in die Zukunft. Darin liegt die Gewähr ihrer Erfolge.

Paris—Moskau

HINTER DEN MAUERN VON CHINATOWNS



Valeri BIRJUKOW

Die Chinesenviertel („Chinatown“) im unteren Teil Manhattans, in denen über 100 000 Personen chinesischer Herkunft leben, haben ihre eigene Atmosphäre. Dort sind viele Betriebe der Konfektion, der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie und Cafés konzentriert. Die unzähligen kleinen Läden bieten die herkömmlichen chinesischen Andenken, Ansichtskarten und Amulette feil. Im dichten Passantenstrom kann man keinen Schritt tun, ohne daß starke Ventilatoren einem die verlockenden Düfte der Sichuaner, der Schanghaier oder der Pekingr Küche ins Gesicht bliesen. Über den Restaurants leuchten Hieroglyphen.

An der Ecke Mott Street (Hauptstraße der Chinatown) und einer Querstraße lassen zwei junge Händler bunte mechanische Vögel in die Lüfte steigen. Sie ziehen mit hellem Zwitschern ein paar Kreise über den Köpfen der Passanten und Auto-dächern und fallen mitten in eine Touristengruppe, die die überraschende Attraktion genießt und die Spielsachen ihren Besitzern zurückgibt.

Für die Touristen ist diese ganze kleine Welt mitten in New York eine ungewöhnliche Attraktion. Für die meisten Chinesen dagegen ist die Chinatown ihr Wohnviertel, das einzige in der Stadt, in dem sie ihren Unterhalt verdienen können. Dieses Leben allerdings wird müßigen Gästen mit höflichem Lächeln vorenthalten.

Die magische 36

Ritualglöckchen, die die bösen Geister fernhalten sollen, erklan-

gen melodios über der Tür, und ein junger Chinese betrat das Restaurant. Er setzte sich nicht erst an einen Tisch, sondern kam direkt auf den Besitzer zu und sagte ihm, leicht vorgebeugt, mit höflichem Lächeln: „Wissen Sie, sehr verehrter Herr Wang, mein bester Freund ist krank und gegenwärtig im Krankenhaus. Ich möchte ihm helfen, habe jedoch kein Geld. Könnten Sie mir bitte 360 Dollar leihen?“ Im Gesicht des Besitzers zuckte es, doch fing er sich schnell und drückte auf eine Taste des Kassensapparats. Eine Lade schob sich hinaus, er entnahm ihr die nötige Summe. Sobald der Unbekannte „360“ gesagt hatte, wußte er, daß vor ihm einer aus der Geheimgesellschaft „Triada“ stand, deren Kennzeichen die Zahl 36 ist. Nur gut, daß der Mann vor ihm nicht 3600 Dollar verlangt hatte. Hätte der Verwalter nicht mit beliebiger geforderter Summe herausgerückt, die mit 36 anfängt, so könnte ihm etwas zustoßen, wie z. B. Herrn Lee, dem Besitzer einer Bäckerei und eines Restaurants. Er hatte sich geweigert, den Leuten aus der gefährlichsten Bande der Chinatown, „Gespensterschatten“, Geld zu geben, und vor dem Gericht gegen den Bandenchef Nicky Louie ausgesagt. Und wie endete das? „Mangels Beweise“ war der Bandit entlassen worden, und der unglückselige Restaurantbesitzer, der es mit den „Gespensterschatten“ aufgenommen hatte, wurde eines — übrigens helllichten Tages von einem jungen Mann namens Allan Pan besucht, der Lee vor den Augen der Gäste das Messer in den Bauch stach. All diese Gedanken rasten Herrn

Wang durch den Kopf. Er gab dem Erpresser das Geld und dachte zugleich, daß die Verbrecher auch zu einer anderen Rache greifen, z. B. in seinem Restaurant mit ihren Konkurrenten abrechnen können. Die „Gespensterschatten“ sind ja nicht die einzige Bande, die die New-Yorker Chinatown terrorisiert. Es gibt noch „Fliegende Drachen“, „Weiße Adler“, „Schwarze Adler“. Ab und zu berichten amerikanische Zeitungen über bewaffnete Zusammenstöße zwischen den chinesischen Banden bald in dem einen, bald in einem anderen Restaurant wie über eine Sensation. Zahlreiche Gäste und Verbrecher kommen dabei ums Leben, das Restaurant verliert seinen guten Ruf und seine Einkünfte. Schlimmeres kann es für den Besitzer nicht geben.

Kriminalität ist ein nicht heilendes Geschwür des Chinesenviertel in allen US-Großstädten. Sie begann Mitte der 60er Jahre zu wachsen, als die USA neue Einwanderungsgesetze verabschiedeten und Menschen massenweise aus China kamen, um den maoistischen Experimenten zu entgehen. Es kamen ferner „Flüchtlinge“ aus den Ländern Südasiens. Im Ergebnis einer in Peking dirigierten Kampagne, die in Washington volles Verständnis fand, wanderten rd. 400 000 vietnamesische, laotische und kampucheanische Huaqiao in die USA aus. Im Jahre 1979 erreichte die Zahl der Chinesen in den USA 2 Millionen gegenüber 235 000 im Jahre 1960.

Dieser Zustrom verschärfte die sozialökonomischen Probleme der Chinatowns. Unfähig, sich in der amerikanischen Gesellschaft zurechtzufinden, ohne Verbindung mit ihren Familien, schlossen sich viele junge Leute allerlei Banden an, hinter denen geheime Gesellschaften standen.

Diese entstanden schon im 18. Jahrhundert und waren eine Art Prototyp der heutigen amerikanischen Gangs. Die Gesellschaft „Hip Yee“, die in der Chinatown von San Francisco seit 1882 besteht, schmuggelte Frauen aus China für Bordelle der USA ein. Die „Bruder-Assoziation“ an der Ostküste der USA spezialisierte sich auf Raub und Mord. Eine weitere Verbrechergesellschaft, Hip Sing, kontrollierte die Spielkasinos in der Chinatown von San Francisco. Und so weiter. Jede solche Organisation hatte ihre eigene Einflußzone. Viele Amerikaner älterer Generation erinnern sich noch gut an blutige Auseinandersetzungen zwischen den chinesischen geheimen Gesellschaften in den Chinatowns in den 20er und 30er Jahren.

Sie florieren bis heute und bereichern sich enorm am Drogenge-

schäft. Die Rauschgifte kommen in die USA über Hongkong, London, Toronto und New York. Bekannt ist z. B., daß eine New-Yorker geheime Gesellschaft, On Leong, in den 70er Jahren mit der italienischen Mafia zusammenarbeitete. Junge chinesische Gangster beförderten dabei das Heroin aus Kanada in die USA.

Ein weiteres Geschäft der geheimen Gesellschaften wurden die illegalen Spielhöhlen in den Kellergeschossen der Chinatowns. Aber dieses Unternehmen war weniger erfolgreich. In Atlantic City zogen nämlich amerikanische Gangs, die eine Stufe höher standen, 1978 eine ganze Industrie von Glücksspielen auf. Die Chinesen wurden niederkonkurriert und wandten sich der altbewährten Erpressung zu. Und wiederum stehen den geheimen Gesellschaften junge Halsabschneider zur Verfügung, die chinesische Laden- und Restaurantbesitzer höflich bitten, ihnen doch 36, 360 oder auch 3600 Dollar zu leihen. Als Gegenleistung für den Schutz vor amerikanischen Gangs.

Dabei hat es nicht sein Bewenden. In den letzten Jahren besteht in den USA eine politische pekinghörige Mafia. Über Vertreter des chinesischen Bevölkerungsteils wenden sich Maos Nachfolger an die USA-Machthaber: Ihr seid von der UdSSR bedroht, China ist bereit, sich für die amerikanischen Interessen einzusetzen. Das will jedoch bezahlt werden: mit Wirtschafts- und Finanzhilfe, mit Lieferungen moderner Waffen und moderner Technik.

Erinnert dies nicht an die Drehs eines Erpressers? Nur daß es diesmal ohne Zusammenstöße abgeht: Beide Seiten haben „gemeinsame Interessen“.

Eine Gans, die goldene Eier legt

Die chinesische Gemeinde der USA ist politisch bunt. Bis auf den heutigen Tag hat z. B. die pro-Taiwaner Lobby tiefen Wurzeln und starken Einfluß.

Auch sozial und in der Vermögenslage sind die Chinesen sehr unterschiedlich. Die Chinatowns bestehen hauptsächlich für die verarmten Chinesen, für die ein Dach über dem Kopf und eine Schale Reis ihr Leben lang ein Problem bleiben. Aber wie schwer sie es auch haben, dürfen sie gegen das ungeschriebene Huaqiao-Gesetz nicht verstoßen, das ihnen vorschreibt, Geld in die Heimat zu senden. Der chinesische Außenminister Huang Hua stellte auf einer Beratung die Aufgabe, „mehr Geldüberweisungen aus dem Ausland zu

bekommen“. Niemand weiß um den wirklichen Umfang der Mittel, die Peking aus den USA über diesen Kanal erhält. Aber indirekte Angaben berechtigen zu der Annahme, daß es sich zumindest um 60–80 Mio Dollar jährlich handelt.

In Pekings Plänen wird besonders Vermögenden Beachtung geschenkt. Die Bourgeoisie der chinesischen Gemeinden verschiedener Länder wird häufig eine goldene Eier legende Gans genannt. Laut Angaben von Mitte der 70er Jahre gehörten Personen chinesischer Abstammung in den USA über 13 000 Betriebe mit einem Jahreseinkommen von insgesamt mehr als 4 Md. Dollar. An der USA-Wirtschaft gemessen ist das natürlich nicht allzuviel. Aber für China mit seinen begrenzten Valutavorräten ist die Möglichkeit, das Geld der Huaqiao zu nutzen, wohl doch verlockend.

Damit enden jedoch die Dienste nicht, die die Führung der VR China von den Chinesen in Übersee erwiesen haben möchte. Die Huaqiao in den USA, heißt es in Peking, müßten die Brücke der Freundschaft zwischen dem amerikanischen und dem chinesischen Volk schlagen. Über diese Brücke wollen die Pekinger Führer von den USA — möglichst zu Vorzugspreisen und ohne überflüssigen Lärm — alles bekommen, um das Land zu militarisieren. Nach dem Motto: Man nutze die wirtschaftlichen, militärischen und politischen USA-Ressourcen als Gegenleistung für den chinesischen Antisowjetismus — und dann wolle man weitersehen.

Etwa 100 000 Ingenieure, Wissenschaftler, Fachleute, Lehrer und Ärzte chinesischer Nationalität sind in Forschungs- und Industriestätten der USA tätig. Über sie bekommt Peking Zutritt zur wissenschaftlich-technischen Information und zur Technologie in den Bereichen Kernphysik, Physik fester Körper, Hydro- und Aerodynamik, Lasertechnik, Elektronik, Flugzeug- und Raumfahrttechnik usw.

So entdeckte das USA-Einwanderungsamt in den 70er Jahren Chinesen aus den Reihen illegaler Einwanderer (davon dringen bis zu 5000 jährlich in die USA ein) in einer Elektronikfirma, die Pentagon-Aufträge ausführte, und im Labor für Raumforschungen; in einem kalifornischen Werk für den Bau von BOMARC-Raketen; in der Militärakademie West Point. Etwa 5000 bis 7000 Huaqiao sitzen in verschiedenen Ämtern des Verteidigungsministeriums. Tausende chinesische Wissenschaftler sind führende Experten im Bereich der Kernenergie, Mitarbeiter der NASA, verschiedener Forschungszentren der amerika-

nischen Armee, Luftwaffe und Flotte. Viele sind in Privatfirmen beschäftigt, die für ihre Verbindungen mit dem Militär-Industrie-Komplex bekannt sind: bei der Monsanto, der ITT, der Dow Chemical, der Textron, der Boeing, der Honeywell, der IBM, der General Electric, in den Wang Laboratories usw.

Einige Beobachter äußern ihr Befremden über die politische Sorglosigkeit der USA-Regierung. Solche Befürchtungen wurden u. a. auf ei-



Zusammenstoß zwischen Huaqiao-Gruppen in San Francisco

Foto aus: „Meizhuouri huaqiao ribao“

nem vertraulichen Seminar zum Ausdruck gebracht, das der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten Ende 1981 organisierte. Fachleute rieten, die militärischen Kontakte mit China nicht zu weit zu treiben. Es gebe keine Garantien, daß bei einer Ablösung der gegenwärtigen wenig stabilen chinesischen Führung die neuen Politiker die früheren Beziehungen zu den USA unterhalten würden. Aber wegen ihres fanatischen Antisowjetismus und in dem Bestreben, China in der internationalen Politik gegen die UdSSR auszuspielen, stehen die herrschenden USA-Kreise nachsichtig zum verdächtigen Treiben eines Teils der chinesischen Gemeinde.

Inzwischen appelliert die Pekinger Propaganda weiterhin an das nationalistische Empfinden der Auslandschinesen. Die pro-Pekinger Lobby aktiviert sich, Geschäftsleute und Financiers werden in kommerzielle und wirtschaftliche Beziehungen zu China einbezogen. Alle Seiten verfolgen dabei natürlich ihre eigenen politischen, ideologischen und sonstigen Ziele. Nur der einfache Huaqiao, der gezwungen ist, von seinem Elendslohn jährlich 100 Dollar abzuwickeln, um sie ins „Land der Ahnen“ zu überweisen, hat keine Hoffnung. Das Leben in den Chinatowns der USA hat seine eigenen Gesetze.

ROTE STERNE AN DEN SCHAPKAS ODER EIN GIFTSPRÜHENDES TV-SPEKTAKEL

George Kennan, der bekannte amerikanische Historiker und Diplomat, früher US-Botschafter in Moskau, schrieb vor kurzem über eine sich im offiziellen Washington und den US-Massenmedien gefährlich breitmachende, verhängnisvolle Praxis, das sowjetische Volk und seine Führung zu „enthumanisieren“. Für eine Großmacht sei es zumindest unwürdig, das Volk eines anderen großen Landes mit reicher Geschichte und Kultur als „Bösewichte und Halunken“ darzustellen.

Der Artikel dieses Nestors der amerikanischen Diplomatie wurde in vielen großen Zeitungen veröffentlicht, auch in so soliden wie der „Boston Globe“ und der „Baltimore Sun“. Selbst wenn jene, an die sich Kennan wandte, den Artikel lasen, waren die gerechtfertigten Bemerkungen des Politologen ihnen keine Lehre. Es ist kein Grundsatz der US-Propaganda, die Wahrheit über die UdSSR und ihr Volk zu verbreiten. Schon seit Jahrzehnten vermittelt sie dem Durchschnittsamerikaner das Stereotyp des fauchenden russischen Bären, der seine schwere Pranke drohend über die USA erhebt. Im jetzigen militaristischen und antikommunistischen Hexentanz schlagen die Asse der US-Propaganda aber alle Rekorde in Zügellosigkeit und Unverfrorenheit.

Diese Gedanken kamen mir zwangsläufig, als an einem der letzten Sonntage die US-Fernsehgesellschaft NBC den zweiteiligen Reißer mit dem neugierig machenden Titel „Der dritte Weltkrieg“ zeigte. Lange vorher hatten alle möglichen Reklamespots buchstäblich eingehämmert: „Diesen heißen Politthriller nicht zu sehen, ist ein Verbrechen!“ Alles, was zu einem Thriller gehört, gab es tatsächlich in diesem Film — eine Verschwörung, Schießereien, Nervenkitzel, sogar eine kleine Liebesgeschichte. Nicht schlechte Schauspieler machten mit und gaben sich Mühe. Nur eines war nicht vorhanden — ein Mindestmaß an Wahrheit, elementarem Taktgefühl und Anstand. Sollte einmal der „Oskar“ für den abgeschmacktesten antisowjeti-

schen, militaristischen Film verliehen werden, dann gehört „Der dritte Weltkrieg“ sicher zu den Hauptanwärtern.

...Endlose Schneeweiten Alaskas. Nichts, scheint es, stört die eisige Stille. Nur der kalte Wind wirbelt hier und dort den Schnee auf. Aber wird es immer so still und sicher an unserer Nordgrenze sein? Das fragen die Filmautoren in Gedanken den Zuschauer, den schon der Titel auf eine unerwartete dramatische Zuspitzung vorbereitete. Sind Alaska und seine Reichtümer wirklich für die Feinde Amerikas so unerreichbar?

Die Regisseure lassen nicht viel Zeit zum Nachdenken. Die nächste Einstellung: die von der Kamera aus dem Dämmer der über dem Schnee hängenden düsteren Wolken entrisse- nen Umrisse eines militärischen Transportflugzeuges. Noch eine Minute, und über Alaska entfalten sich die Schirme von Fallschirmjägern in weißen Tarnanzügen mit MPis in den Händen. Schon kriechen sie über amerikanischen Boden. Interventen in Alaska. Wer sind sie? Man braucht nicht lange zu raten. Die Pelzschapkas der bösen Eindringlinge zieren große rote Sterne. Zwecks eindringlicher Überzeugungskraft prangen diese Sterne auch auf den Schulterstücken des Halbpelzes, den der Truppkommandeur trägt.

Wie das? Was tat das gepriesene Luftabwehrsystem NORAD, das den Himmel über den USA und Kanada schützen soll? Alles ganz einfach. Auch dort waren die Russen. Als „eigene“ getarnt, erschossen sie zum geplanten Zeitpunkt, als auf den Radarbildschirmen ein unbekannter Punkt zu blinken begann, die Funken und Lotsen und gaben den Diver- santen so grünes Licht.

Langsam bewegt sich hinter dem Jeep die Reihe der Okkupanten auf Skiern. Nichts ist für sie ein Hindernis — weder der schneidende Schneesturm noch amerikanische Wachposten. Geschickt und ohne Verluste, nur Blut spritzt auf den Schnee, werden sie umgebracht. Seht nur,

was das für grausame, heimtückische und erbarmungslose Robotermen- schen sind, wird dem Fernsehzu- schauer suggeriert. Was ist z. B. der Truppkommandeur Woroschin wert, der seine Opfer erschießt? Er tut das mit einem kaum verborgenen Lächeln auf seinem steinernen, von einem Schmiß durchzogenen Ge- sicht. Seine hervorstehenden Augen sind ausdruckslos. Welche Gefühle soll er auch zeigen, hat man ihm doch in Moskau klar gesagt: „Woro- schin, Sie müssen den Auftrag er- füllen, sonst ist das Ansehen Ihrer Familie hier bedroht...“ So geht das also!

Was haben die russischen Intriganten im Kreml geplant? Kein Viertel des ersten zweistündigen Teils vergeht, und die Autoren stellen schnell alles klar. Moskau hat beschlossen, Amerika durch die Eroberung eines Teils der Alaska-Pipeline zu erpressen. Ziel ist, mit der Drohung, diese wichtige Arterie zu sprengen, Washington zur Auf- hebung des Getreideembargos und anderer Sanktionen gegen die UdSSR zu zwingen.

Während Woroschin und die Fall- schirmjäger das Feuer auf die weniger werdenden Verteidiger eines einsam stehenden Bohrturms richten, ist man in Washington verwirrt. Der Präsident und seine Berater machen kein Auge zu und quälen sich mit dem Dilemma: Wie ist die Welt vor einer gefährlichen Konfrontation und gleichzeitig die nationale Würde Amerikas zu be- wahren, ohne daß den Russen er- laubt wird, ihren Willen zu diktie- ren? Der Herr des Weißen Hauses ist geradezu rührend in seiner Sorge um das Schicksal der Menschheit. Der arme Präsident weicht nicht vom „roten Telefon“ und hofft immer noch auf jenen wertvollen Anruf des Kreml, der die gefähr- liche Spannung beendet. Er mahnt, er bittet, er fleht. Aber was soll das? Wollen die Russen etwa Frie- den?

Eigentlich brauchen sie auch die Alaska-Pipeline gar nicht. Das war sozusagen nur der Vorwand. Der Clou ist, die Spannung bis zum äußersten zu treiben und zum pas- senden Zeitpunkt den atomaren Erst- schlag gegen Amerika zu führen. Schon steigen die strategischen Bomber mit den Sternen am Heck auf, und im Persischen Golf greifen sowjetische Kriegsschiffe US-Tor- pedobootzerstörer an. Die Handlung geht rasch der Lösung entgegen: In penetrant feierlicher Atmosphäre beschließt man im Kreml, auf den

Knopf zu drücken und den dritten Weltkrieg auszulösen...

Ein primitives Sujet. Wenn ich ein Amerikaner irgendwo in der Provinz wäre, würde ich mir nach dem Anschauen des „Dritten Weltkriegs“ unbedingt einen privaten Atom-bunker anschaffen. Obwohl die Filmhandlung in einer unbestimmten Zukunft verläuft, näherten die Macher dieses pseudokünstlerischen Reißers sie maximal an das Heute an, um den Zuschauer frech und unverfroren auf den Gedanken zu bringen: Der Atomkrieg ist nicht nur denkbar und zulässig, sondern auch nicht mehr fern. Natürlich nur, wenn Amerika weiter ab-, und die Russen weiter aufrüsten.

„Vergessen Sie es, wenn Ihnen jemand sagt, unsere ‚unabhängigen‘ TV-Gesellschaften seien wirklich von der Regierung unabhängig“, sagte ein amerikanischer Journalist, mit dem ich einen Tag später den Film diskutierte. Es wäre tatsächlich naiv anzunehmen, der „Dritte Weltkrieg“ sei nur das Produkt einer reichen Phantasie von Szenaristen und Dramaturgen von NBC. Es springt in die Augen, daß diese TV-Show in wenigen Wochen fabri-

ziert und auf den Bildschirm während eines antikommunistischen und militaristischen Anfalls gebracht wurde, von dem die Reagan-Administration erfaßt wurde. Urteilen Sie selbst: Eine Woche, bevor der „Dritte Weltkrieg“ lief, zeigte man den Amerikanern das billige Telespektakel „Laßt Polen Polen sein“, das ebenso antipolnisch wie antisowjetisch war. Und buchstäblich zum gleichen Zeitpunkt, da NBC seinen militaristischen Thriller zeigte, tauchten in der Presse — mit Hilfe der Administration natürlich — die ersten Angaben über den Umfang des Militärhaushalts im kommenden Finanzjahr 1983 auf.

Zuerst sollte es 245 Md. Dollar ausmachen. Dann wurde es „präzisiert“ und größer: 255 Md. Jetzt aber kamen die Karten auf den Tisch: 263 Md., nicht mehr und nicht weniger. Eine derartige Steigerung kannte Amerika noch nicht — um fast 20% übertraf das Pentagon den Rekord des jetzigen Finanzjahrs. Verteidigungsminister Caspar Weinberger erklärt unumwunden, das neue Budget sei auf die Erringung der militärischen Überlegenheit über die Sowjetunion gerichtet. Er schildert ein Szenarium, das haar-

genau dem des „Dritten Weltkriegs“ gleicht.

Nein, die Sendung dieses Films gerade jetzt ist nicht zufällig, und er wurde nicht nur von NBC-Szenaristen verfaßt. Hauptautor dieses Machwerks ist die Administration, die mit den heuchlerischen Rufen „Die Russen kommen!“ versucht, den Krach der Pentagon-Maschine zu übertönen, die auf immer größere Touren kommt.

... Indes waren sogar die bezahlten Hofdichter der Administration nach Ansicht des Streifens verwirrt — zu grob schien ihnen die Arbeit der antisowjetischen Propagandamacher. Nicht eine positive Rezension konnte ich lesen.

Wie mir der bekannte US-Experte, der Konteradmiral i. R. Gene Laroque sagte, hat die Administration mit dieser billigen Produktion vielleicht selbst, ohne es zu wissen, nur dazu beigetragen, daß sich die Amerikaner noch stärker der Gefahr bewußt werden, wohin deren Politik führt. Es bleibt zu hoffen, daß dem so ist.

A. LJUTY
TASS-Korrespondent,
speziell für NZ

Washington

NAHOST

TREFFEN IN ADEN

In der VDR Jemen fand vom 6. bis zum 9. Februar auf Initiative des Weltfriedensrates eine internationale Konferenz über das „Nahostproblem und die Gefahr des imperialistischen Wetttrübens“ statt. Die Hauptstadt begrüßte die Konferenzteilnehmer mit hellem Sonnenschein und antimilitaristischen Plakaten. Die neuerlichen Umtriebe der USA und Israels haben im Nahen Osten neue Spannungen bewirkt. So kamen 150 Vertreter von 56 Ländern und 10 internationalen Organisationen nach Aden, um die Situation zu erörtern. Die Diskussion hat gezeigt, daß die fortschrittliche Öffentlichkeit das Abkommen über die strategische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel und die darauffolgende Annexion der Golan-Höhen als zusammenhängende Aktionen qualifiziert, die bezwecken, eine umfassende Regelung des Nahost-Konfliktes und die Schaffung von Friedens- und Sicherheitsgarantien in dieser Region zu hintertreiben.

Die Konferenz lehnte entschieden die These von der „sowjetischen Gefahr“ ab, mit der die USA und Israel ihre aggressive Allianz rechtfertigen wollen, und unterstützte die sowjetischen Vorschläge zur Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz unter Beteiligung aller interessierten Seiten, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Ein wichtiges Fazit des Adener Treffens ist der Appell

an alle arabischen Völker, sich auf der Grundlage der Aktionseinheit zu vereinigen, um die Pläne der Reagan-Administration in dieser Region zu vereiteln. Die Unterstützung der Konferenzteilnehmer für den Kampf der friedliebenden Kräfte Israels für die unabdingbaren Rechte des palästinensischen Volkes fand großes Echo.

Die Verstärkung der US- und der NATO-Präsenz im Nahen Osten darf nicht isoliert, als eine rein regionale Erscheinung betrachtet werden. Sie ist Bestandteil der US-amerikanischen Globalstrategie, die die internationale Situation auf jede Weise zuspitzt.

Die Teilnehmer des Forums waren besonders über die Tatsache besorgt, daß die USA den Nahen Osten neben Europa als einen potentiellen Kriegsschauplatz ansehen. Im Appell heißt es unter anderem: „Die Kriegsgefahr wird im Nahen Osten und über seine Grenzen hinaus mit jedem Tage größer... Wir rufen dazu auf, kollektive Maßnahmen zu ergreifen, im Interesse des Friedens, der Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Völker des Nahen Ostens und zur Verminderung der allgemeinen Kriegsbedrohung.“

Die fortschrittliche Öffentlichkeit des Nahen Ostens, Europas und anderer Kontinente hat die Aufgabe, den aggressiven Kurs der USA und ihrer Verbündeten entschieden zu bekämpfen. Die Konferenz hat gezeigt, daß die Friedenskräfte wachsam und bereit sind, die Gefahr abzuwenden.

Aden—Moskau

D. ATAMALI

SMARAGD IM OZEAN

(Erinnerungen eines Botschafters)

Das Gedächtnis versetzt mich in jene weit zurückliegenden Tage im Februar 1957, als die Zeitungen in Moskau und Colombo den Beschluß der UdSSR und Ceylons, wie Sri Lanka damals hieß, veröffentlichten, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Zwei Monate später landete das Flugzeug mit den Mitarbeitern der sowjetischen Botschaft auf dem Flughafen Katunayake bei Colombo. Beim Überfliegen der Insel, die im Grün von Palmen, Teeplantagen und Reisfeldern von oben wie ein in den weißen Schaum der Ozeanbrandung gefaßter Riesensmaragd wirkte, waren wir sehr aufgeregt. Was erwartete uns, die ersten Sowjetbürger, in diesem Land mit seiner fremdartigen Sprache, eigenständigen Kultur und seinen Gepflogenheiten? Wie stark war seine nationale Unabhängigkeit in Wirklichkeit? Damals war der Inselstaat ja noch keine souveräne Republik, sondern noch immer ein britisches Dominion. Doch beruhigte uns die Tatsache, daß wir Abgesandte der sozialistischen Großmacht waren, die auch in diesem Fall keine eigenützigen Berechnungen hatte und keine einseitigen Vorteile suchte. Unser Land schuldete diesem Volk nichts aus der Kolonialzeit, wir kamen mit offenem Herzen, in der Mission der Freundschaft, folglich bestand kein Grund, uns beklommen zu fühlen.

Die Stewardess öffnete die Tür, uns schlug die mit der Feuchtigkeit eines nächtlichen tropischen Regengusses gesättigte heiße Luft entgegen. Wir stiegen die vibrierende Gangway hinunter. Pflützen glitzerten auf dem Flugfeld, die Erde dampfte.

Menschen kamen uns entgegen. Sie trugen Transparente: „Unseren Gruß den Abgesandten der Sowjetunion!“, „Es lebe die ceylonesisch-sowjetische Freundschaft!“.

Die Sympathien für das revolutionäre Rußland haben in Sri Lanka tiefe historische Wurzeln. In Moskauer Archiven entdeckte ich seinerzeit aufschlußreiche Aufzeichnungen eines russischen Konsuls in Colombo von 1917: „Ganz Indien und Ceylon

begrüßen die Revolution in Rußland.“ Und etwas anderes: „Das britische Publikum bedauert, daß es dort überhaupt zur Revolution gekommen ist.“ In der schweren Zeit des Krieges des Sowjetvolkes gegen Nazideutschland entstand in Colombo die Gesellschaft „Ceylonesisch-Freunde der UdSSR“. Ihr gehörten Menschen unterschiedlicher politischer Ansichten an, darunter Kommunisten, der heutige Präsident Sri Lankas, J. R. Jayewardene, und andere Vertreter der Öffentlichkeit. Die Zeitschrift der Gesellschaft „Lanka-Soviet Journal“ schrieb: „Wir müssen uns an der sowjetischen Willensstärke und Ausdauer ein Beispiel nehmen, die die faschistische Gefahr vom Orient abwenden und uns helfen werden, unsere Freiheit zu erringen.“

An der Quelle der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern stand der Vorsitzende der damals an der Macht befindlichen Freiheitspartei, Ministerpräsident Solomon Bandaranaike, der im Oktober 1959 einem Attentat der Gegner seiner fortschrittlichen Ansichten erlag. Außenpolitisch steuerte das Land den Kurs der Nichtpaktgebundenheit, an dem Bandaranaike stets als aktives Prinzip die Treue zur Sache des Friedens und der Völkerfreiheit hervorhob. Er sagte: „Vor allem brauchen wir heute Frieden... Wir können jetzt nicht in Kategorien des Krieges denken. Ein Krieg wäre der Untergang für die gesamte Menschheit.“ Das von Bandaranaike gelegte Fundament der Außenpolitik bleibt in der Hauptsache bis heute unerschütterlich. Auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sind Tradition geworden. Im Einklang mit den Bestrebungen der patriotischen Kräfte des Landes sah Bandaranaike in der Aufnahme zwischenstaatlicher

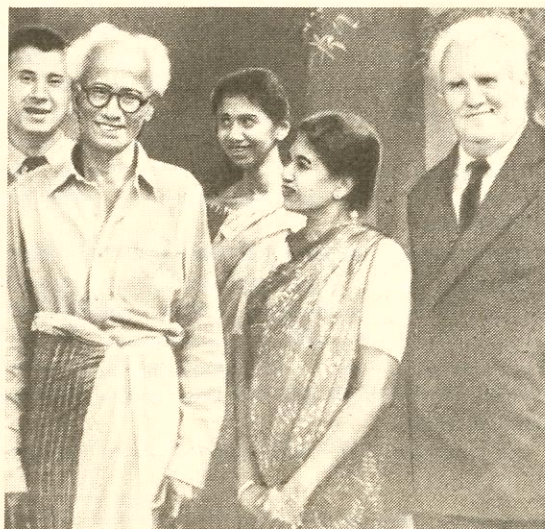
Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern eine Stärkung der unabhängigen Position seines Staates im Dialog mit Großbritannien und anderen westlichen Ländern.

Mein erstes Treffen mit dem Ministerpräsidenten fand am 2. Mai, bald nach meiner Ankunft in Colombo, statt. Ein nicht sehr hoch gewachsener Mann im europäischen Anzug erhob sich vom Sessel, kam mir entgegen und drückte mir fest die Hand. Seine große Hornbrille zurechtrückend, schaute er mich forschend an und lud mich mit einer Handbewegung ein, Platz zu nehmen. Nachdem er die Beglaubigungs-urkunden des Obersten Sowjets der UdSSR zur Kenntnis genommen hatte, lächelte er etwas verlegen. Gemäß den völkerrechtlichen Normen waren sie an die britische Königin als Oberhaupt des Dominions gerichtet. Nach einem sekundenlangen Schweigen drückte er die Überzeugung aus, daß der Botschaftsaustausch die Annäherung zwischen Ceylon und der UdSSR fördern würde. Das Gespräch verlief dann weniger offiziell. Bandaranaike fragte, wie die Botschaftsmitarbeiter den Flug überstanden hatten, wie sie im Hotel untergebracht waren. Auch sagte er, der Einladung der Sowjetregierung unbedingt folgen zu wollen: Sobald er Zeit habe, werde er Moskau besuchen. Ein einfacher und unmittelbarer Ton war charakteristisch für meine späteren Zusammenkünfte mit diesem hervorragenden nationalen Politiker. Davon, daß er zutiefst demokratisch war, zeugen sowohl seine Äußerungen als auch sein Wirken.

Er hatte in Oxford studiert und betonte in seinen autobiographischen Aufzeichnungen, daß er seit den

Nikolai Tichonow bei Martin Wickremasinghe (1958)

Foto des Verfassers



ersten Tagen in England die Grenze zwischen ihm und dem aristokratischen Kreis der weißen Studenten empfunden hatte. Später verurteilte er öffentlich die Lebensweise und die politischen Grundlagen der bürgerlichen britischen Gesellschaft. Er schrieb: „Das britische System ist im Grunde eine durch demokratische Phrasen verhüllte Diktatur.“ Bandaranaike betonte, daß die Oktoberrevolution in Rußland eine „neue Epoche“ in der Geschichte der Menschheit, die eine „Übergangsperiode“ durchmache, eingeläutet hat. Aber für sein Land suchte er nach einem nationalen, „dritten“ Entwicklungsweg. Das Leben konfrontierte ihn mit brennenden und schwierigen Problemen. Damals mußte Sri Lanka vor allem die Reste der politischen Abhängigkeit von Großbritannien beseitigen und eine unabhängige Wirtschaft aufbauen, und dies bei praktisch fehlender eigener Industrie.

Der Status eines Dominions beschränkte die außenpolitische Freiheit, im Lande bestanden noch britische Militärstützpunkte: der Flottenstützpunkt in Trincomalee und der Fliegerstützpunkt in Katunayake. Die Regierung forderte den Abzug der Engländer, vor allem die Liquidierung des Stützpunktes Trincomalee, dessen Befestigungsanlagen sich in den Felsen der natürlichen tiefen Koddiiar-Bucht, am Golf von Bengalen, befanden. Der Hafen konnte von großen modernen Schiffen angelaufen werden. Jahrhundertlang schalteten und walteten dort abwechselnd portugiesische, holländische und schließlich britische Kolonialisten. Von Trincomalee ist es ein Katzensprung nach Indien und anderen Ländern Süd- und Südostasiens. Der Geograph aus Sri Lanka de Silva schrieb über die Bedeutung Trincomalees: „Wenn Ceylon einem Gegner mit mächtigen Flieger- und Flottenstützpunkten in die Hände fällt, werden dessen Kräfte den ganzen Indischen Ozean kontrollieren können.“

Als ich 1958 Trincomalee besuchte, war es eine stille Gegend: stillgelegte Erdöllager, leere Kasernen, spielende Affen an den Mauern der Befestigungen aus Eisenbeton. An der grauen, von dunklem Moos bewachsenen Mauer eines Bunkers konnte man noch den von britischen Soldaten hinterlassenen Satz entziffern: „Wir sind in die Heimat zurückgekehrt.“ Darunter standen die Worte: „Kommt nie wieder!“ und die Unterschriften von Einwohnern Sri Lankas. Es war nicht leicht, die Briten zur Heimkehr zu bewegen, und doch gingen sie. Das war im Herbst 1957. „Unsere Unabhängigkeit ist erreicht!“ rief Solomon Ban-

daranaika damals auf einer Kundgebung aus. Diese in erster Freude gesprochenen Worte waren wohl etwas verfrüht. Es galt noch, eine republikanische Verfassung anzunehmen und unaufschiebbare Aufgaben zu lösen: die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen und die durch die 400jährige koloniale Plünderung verursachte Zurückgebliebenheit zu überwinden.

Bei der Lösung dieser Aufgaben zeigte sich die wichtige Rolle der Zusammenarbeit mit der UdSSR immer deutlicher. Allerdings wurde sie durch einen heftigen Kampf politischer Gruppierungen um die Frage nach dem Entwicklungsweg und durch scharfe Konflikte zwischen Singhalesen und Tamilen gestört. Es gab auch nicht wenig direkte Gegner der Zusammenarbeit, die eng mit der britischen und amerikanischen Botschaft verbunden waren. All das erschwerte die Ausarbeitung und Unterzeichnung von Abkommen zwischen der UdSSR und Sri Lanka.

Im Januar 1958 wurde schließlich in Colombo ein Abkommen über kulturelle Kontakte und im Februar eines über die Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft und Technik sowie über sowjetische Kredite unterzeichnet. Diese Dokumente schufen die Grundlage für zwischenstaatliche Beziehungen. Die ersten Ergebnisse unserer Zusammenarbeit waren das Hüttenwerk in Oruwela und das Reifenwerk in Kelaniya. Beide Betriebe bildeten die Basis des staatlichen Wirtschaftssektors, sind rentabel und tragen zur Lösung des Problems der Beschäftigung bei. Das Werk in Oruwela wird mit sowjetischer Hilfe erweitert, eine neue Stahlgießerei kommt hinzu. Die Erzeugnisse des Reifenwerks sind durchaus exportfähig.

In den 60er Jahren, als die kapitalistischen Erdölmonopole als Antwort auf die Nationalisierung der Betriebe von Shell, Esso und Caltex, die in Ceylon den Treibstoffhandel an sich gerissen hatten, der Regierung Sri Lankas den Boykott erklärten, half die UdSSR durch Verkauf von Erdölprodukten an das Land, diesen Boykott zu durchkreuzen.

Lebt man jahrelang in einer wohlwollenden Atmosphäre inmitten eines Volkes von alter und origineller Kultur, so lernt man die Schätze seines schöpferischen Genius schätzen. Wir besuchten buddhistische architektonische Denkmäler in Anuradhapura und Polonnaruwa, die in unvorstellbaren Zeiten gebaut waren, sahen uns die temperamentvollen Kandy-Tänze und die anmutigen Ruhuna-Tänze an.

Das Land hat nicht wenig talentierte Maler. Sie bewahren und pflegen die Traditionen der unbekannten Meister, die vor 14 Jahrhunderten die Felsenfresken am Sigiriya-Berg geschaffen haben.

Schon in den ersten Monaten in Colombo hatte ich das Glück, den Klassiker der singhalesischen Literatur Martin Wickremasinghe kennenzulernen. Dieser Forscher des Schaffens von Tschechow, Dostojewski, Tolstoi und Gorki und Verehrer der russischen Literatur war immer bestrebt, mit Menschen aus dem Land zusammenzukommen, das er damals nur aus Büchern kannte, aber schon in sein Herz geschlossen hatte. Martin Wickremasinghe rief mich an und besuchte mich dann zu Hause. Er war schon beinahe 70, aber seine klaren und lebhaften Augen blieben jung, wie übrigens seine ganze Art. Bei unseren freundschaftlichen Zusammenkünften überschütteten er und seine reizende Frau Prema mich mit — bisweilen naiven — Fragen nach dem Leben in der UdSSR, nach Büchern, die noch nicht in englischer Übersetzung erschienen waren. Aber wie sollte ich die rein beruflichen Fragen eines hervorragenden Schriftstellers beantworten? Unerwartet hatten wir jedoch Glück. Im Jahre 1958 kam der Dichter Nikolai Tichonow nach Sri Lanka. Diesen ausgezeichneten Kenner des Orients führte ich denn auch sofort mit Wickremasinghe zusammen, indem ich Tichonow nach Bandarawela, dem Wohnort des singhalesischen Schriftstellers, fuhr. Martin erzählte von seinen Büchern, fragte nach literarischen Neuheiten in Moskau. Die beiden unterhielten sich über Tschechows Briefe über Ceylon, wo dieser 1890 gewesen war, über eine Novelle Bunins, die der Autor ironisch „Brüder“ genannt hatte. Die Rede ist darin von einem jungen Rikschakuli und seinem Kunden, einem Briten, der „die Rikschakulis bis zum Todesröcheln antrieb“. Die Novelle und seine Gedichte über Ceylon hatte Bunin nach einem Aufenthalt auf der Insel 1914 geschrieben.

Schließlich ging Martins Traum in Erfüllung. Zusammen mit Prema war er mehrmals in der UdSSR. Sein Buch „Aufblühen des Sowjet-

landes“ ist das eines großen Freundes des Sowjetvolkes.

Die sowjetische Sri-Lanka-Forschung, die die Traditionen des weltbekannten Buddhisten Fjodor Stscherbatski, des Orientalisten Iwan Minajew, des Botanikers Andrej Krasnow und des Ehepaars Merwart fortsetzt, entwickelte sich merklich. Zahlreiche Mitarbeiter des Instituts für Orientalistik der AdW der UdSSR und anderer Forschungsstätten erforschten Sri Lanka. An sowjetischen Hochschulen werden qualifizierte Fachkräfte für dieses Land herangebildet. Über 400 junge Vertreter Sri Lankas mit sowjetischen Diplomen arbeiten in ihrem Heimatland.

Kurzum, in unseren beiden Ländern ist eine mannigfaltige, nunmehr regelmäßige Arbeit im Gange, die die gegenseitige Verständigung, Freundschaft und kulturelle Bereicherung unserer Völker fördert. An diesem wichtigen Werk beteiligen sich aktiv die Massenorganisationen, vor allem die Freundschaftsgesellschaft „UdSSR — Sri Lanka“ in Moskau und die Liga der Freundschaft zwischen Sri Lanka und der UdSSR in Colombo.

Im Mai 1972 wurde in Ceylon eine souveräne Republik unter dem alten Namen Lanka ausgerufen; der singhalesische Buchstabe Sri steht davor als Zeichen von Achtung und Ehrerbietung.

Mit dem Dominion, dem letzten Attribut der politischen Abhängigkeit, wurde also Schluß gemacht, aber viele Probleme blieben, einige wurden sogar noch akuter: Inflation, Arbeitslosigkeit und die wachsenden Schulden bei den USA und anderen westlichen Ländern. Die Republik ist von der imperialistischen Politik, besonders von den USA, ins Visier gefaßt. Deren globale Politik besteht darin, unter Ausnutzung der Schwierigkeiten der Entwicklungsstaaten ihnen neue, mitunter vergoldete Fesseln anzulegen. Am 23. Januar 1980 hieß es in einer Botschaft des damaligen USA-Präsidenten direkt: Washington „erwägt die Möglichkeit, Zutritt zu Militärobjekten“ in Südasien „zu erlangen“. Neben Pakistan und einigen anderen Ländern wurde auch Sri Lanka erwähnt. Nichts läßt darauf schließen, daß das Pentagon diesen Plan aufgegeben hätte. Im Gegenteil, immer wieder kommen Signale, daß es jetzt die Kontrolle über Trincomalee anstrebt. Nicht von ungefähr hielten sich dort vor einigen Monaten der US-Vizeadmiral Albert Trost und Admiral Robert Long, Befehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik, auf. Diese Besuche und Äußerungen der USA-Presse des Sinnes, Sri Lankas Häfen

könnten einen idealen Liegeplatz für USA-Kriegsschiffe abgeben („Washington Post“), haben sowohl in Sri Lanka als auch in Indien und anderen Ländern am Indischen Ozean Besorgnis ausgelöst. Die „Times of India“ schrieb vor kurzem, daß im Entwurf des Berichts des Pentagon für 1980/81 direkt auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, den ehemaligen britischen Flottenstützpunkt in Trincomalee in einen USA-Militärstützpunkt zu verwandeln.

Aber Sri Lanka ist eine harte Nuß für die Imperialisten. Das Land strebt nach wahrer Unabhängigkeit. Seine Regierung erklärte wiederholt, daß Colombo sich in seiner Politik nach wie vor an die Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit hält und zu der Verpflichtung steht, die UNO-Deklaration über die Erklärung des Indischen Ozeans zu einer Friedenszone zu erfüllen. Sri Lanka hat viele echte Freunde, die ihm Unabhängigkeit und Prosperität wünschen. Zu ihnen gehört auch die UdSSR, die, wie Leonid Breschnew erklärte, sich dagegen wendet, daß Herrschaft oder Hegemonie, in welchen Formen auch immer, über die jungen Staaten errichtet oder daß diese Staaten in die „Interessensphäre“ einer Großmacht einbezogen werden.

Ich erinnere mich, wie ich am 4. Oktober 1957 zusammen mit meinen Freunden aus Sri Lanka auf der Wiese vor dem Hotel Mount Lavinia an der Küste des Indischen Ozeans stand und wie wir einen hellen Stern, der schnell am nächtlichen Himmel über der Insel dahinzog, verfolgten. Das war der erste sowjetische Sputnik. Man gratulierte uns Sowjetbürgern, drückte uns die Hand, und wir fühlten uns an der Großtat unserer Heimat beteiligt.

Seitdem ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Auf dem Wege des allseitigen Fortschritts ist die UdSSR weit vorangekommen; auch Sri Lanka hat trotz Schwierigkeiten und Hindernisse viel erreicht.

Wir begehen den 25. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in einer komplizierten, für die Geschichte der Zivilisation gefährlichen internationalen Lage. Unter diesen Umständen gewinnt die feste Freundschaft zwischen dem sozialistischen Sowjetstaat und dem hervorragenden Teilnehmer der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit Sri Lanka nicht nur für diese beiden Länder, sondern auch für die gesamte Weltgemeinschaft besonders große Bedeutung.

Wladimir JAKOWLEW



Berichten Sie bitte etwas über die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen.

W. DSHARIANY
Tbilissi, Georgische SSR

Unter den nichtstaatlichen internationalen Gremien, die sich für die Beschleunigung der Verhandlungen über die Eindämmung der Aufrüstung einsetzen, nimmt die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen einen besonderen Platz ein. Sie hat sich das Ziel gesetzt, für die für 1982 anberaumte 2. Sondertagung der UNO-Vollversammlung über Abrüstung die notwendigen Empfehlungen zu erarbeiten.

Der von Olof Palme, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, geleitete Kommission gehören namhafte Vertreter unterschiedlicher politischer Kräfte, Wissenschaftler und Diplomaten aus 17 Staaten an. Darunter Cyrus Vance, ehemaliger US-Außenminister, Egon Bahr, ehemaliger SPD-Bundessekretär und Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung des BRD-Bundestages, David Owen, ehemaliger Außenminister Großbritanniens, Georgi Arbatow, Mitglied der AdW der UdSSR.

Die konstituierende Versammlung dieses Gremiums fand am 11.—12. September 1980 in Wien statt, wo es auch seinen Sitz hat.

Die Arbeitstagungen der Internationalen Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen werden regelmäßig abgehalten. Im Juni voriges Jahres fand ihre turnusmäßige Tagung z. B. in Moskau statt, während derer es zu einer Unterredung zwischen L. I. Breschnew und O. Palme kam. Auf der letzten Tagung des Gremiums (Januar, Bonn) wurden unter anderem Probleme der nuklearen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, das Verbot von chemischen Waffen und die Gewährleistung der Sicherheit in unterschiedlichen Regionen der Welt sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen der Hochrüstung erörtert. In einer angespannten Lage haben die Beratungsteilnehmer der Weiterführung des Ost-West-Dialogs eine besondere Bedeutung beigemessen. In der Schlußrede würdigte O. Palme die große Bedeutung der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf und die Notwendigkeit der Wiederaufnahme des SALT-Prozesses im Jahre 1982.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich bin Maler, habe jedoch lange bei einer Zeitung gearbeitet. Bei uns schreibt man, die kommunistischen Länder hätten keine Selbständigkeit in der Außenpolitik, sie kopierten die Sowjetunion und handelten nach Schablone. Ich kann nicht umhin, dem zuzustimmen.

J. GONZALES

Rio de Janeiro, Brasilien



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktions-
kollegiums
Irina
TROFIMOWA

Sie sind Maler, Herr Gonzales, und wissen sicher besser als ich, wie viele Künstler beispielsweise von der Gestalt der Madonna inspiriert wurden. Das gleiche Sujet bei Rafael, Murillo, Botticelli und vielen anderen. Niemandem fällt jedoch ein zu behaupten, sie hätten einander kopiert. Jeder schuf ein eigenständiges Werk, und der Experte erkennt fehlerfrei, von wem das jeweilige Bild stammt. Obwohl dieses Beispiel unserem Gesprächsgegenstand ziemlich fern liegt, ist es vom Standpunkt der Logik durchaus angebracht. In der Außenpolitik der sozialistischen Länder gibt es ebenfalls, bildlich gesprochen, gemeinsame und inspirierende Sujets: Koexistenz, Abrüstung, Entspannung, Frieden. Das jedoch ist kein Grund zu der Behauptung, daß man nur nach Schablone für eine solche Politik wirken könne.

Die Außenpolitik jedes sozialistischen Landes wird von dessen Regierungspartei oder Regierungsparteien und der Regierung bestimmt. Nur von ihnen. Das ist ein Axiom. Doch es gibt auch ein anderes. Steht die Regierungspartei auf marxistisch-leninistischen Positionen, ist es natürlich, daß ihre Politik im wesentlichen mit der Politik anderer regierender marxistisch-leninistischer Parteien übereinstimmt. Nehmen wir das Friedensprogramm der KPdSU. Es wurde einmütig von unseren sozialistischen Verbündeten unterstützt. Etwa nur deshalb, weil es aus Moskau kam? Der Grund liegt viel tiefer. Die Unterstützung erklärt sich aus der Gemeinsamkeit der Aufgaben bei der Festigung des Friedens, dem Schutz der revolutionären Errungenschaften, der Schaffung günstiger äußerer Voraussetzungen für den kommunistischen und sozialistischen Aufbau.

Die Arbeiterklasse jedes Landes ist eine schöpferische Klasse. Die Ludditenbewegung, die zu Beginn der Industrierevolution dazu führte, daß Werkfä-

ihre Maschinen zerstörten, war anomal. Wer materielle Werte schafft, kann sich nicht mit deren Vernichtung, mit dem Untergang der Zivilisation abfinden. Und in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die Macht ergreift, wird die Verteidigung des Friedens Staatspolitik. Der Humanismus der sozialistischen Gesellschaft besitzt tiefe Wurzeln. In ihr gibt es keine Schichten, die sich am Rüstungsgeschäft gesundstoßen könnten, keine Gruppen, die am Wetrüsten interessiert wären. Deshalb ist das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ein fundamentales Prinzip der sozialistischen Außenpolitik, sei es nun die der Sowjetunion, der Mongolei, Kubas oder irgendeines anderen Staates unserer Gemeinschaft. Ein Abweichen vom Friedenskurs ist nur in einem Land möglich, in dem es ernsthafte Deformationen gegeben hat. Ich meine hier China. Die Losung Mao Zedongs „Unsere beste Nummer ist der Krieg“ entstand auf dem Nährboden der reaktionären maoistischen Strömung, die nicht nur unvereinbar mit dem Sozialismus, sondern ihm auch zutiefst feindlich ist.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, die Hilfe für Polen. Die Verschwörer, die auf die Beseitigung des Sozialismus in diesem Lande gehofft hatten, ruinierten methodisch dessen Volkswirtschaft, und die amerikanischen Wirtschaftssanktionen verstärkten die Schwierigkeiten. Polen ist jedoch nicht allein, es kann sich auf seine Freunde stützen. Diplomatisch wie wirtschaftlich. So findet ein anderes grundlegendes Prinzip unserer Außenpolitik seine Umsetzung: der sozialistische Internationalismus.

Kann man angesichts dieser Fakten von Nachäffung oder Kopieren der Politik reden? Es handelt sich um die Widerspiegelung der wichtigsten Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und seiner Natur in der Außenpolitik. Das ist es.

Gleichzeitig bedeutet das keineswegs eine absolute Gleichförmigkeit. Die Politik eines Landes kann kein Abklatsch von der eines anderen Staates sein. Hier wirken sich die geographische Lage, die Beziehungen zu den Nachbarn, das Mikroklima in der Region und vieles andere aus. Es hat die europäischen sozialistischen Länder große Anstrengungen gekostet, die Anerkennung der Realitäten im Nachkriegseuropa zu erreichen. Jahrelang war das eines der wesentlichsten außenpolitischen Ziele. Die nach dem Kriege entstandenen Grenzen wurden bereits in bilateralen Verträgen Bul-

gariens, Ungarns, der DDR, Polens, der UdSSR sowie der Tschechoslowakei mit der BRD verankert. Und zwar nicht nur unter Berücksichtigung ihrer allgemeinen, sondern auch ihrer spezifisch nationalen Interessen. Für die ČSSR war es z. B. wichtig, daß das Münchner Abkommen von 1938, durch das ein Teil des Territoriums der Tschechoslowakei abgetrennt wurde, annulliert wurde. Das spiegelt sich auch im Vertrag zwischen der ČSSR und der BRD von 1973 wider, in dem die Formulierung von der „Ungültigkeit des Münchner Abkommens“ steht.

Betrachten wir im Hinblick auf unser Thema die Politik Vietnams, so finden wir auch dort leicht viel Eigenständiges. Für Vietnam sind besondere Beziehungen zu Kampuchea und Laos entstanden. Die Außenpolitik der Republik wird in vielem von der Nachbarschaft zu China bestimmt, das Vietnam keine Ruhe läßt und seine Beziehungen zu den ASEAN-Ländern vergiftet. Ich war im Vorjahr in Hanoi und unterhielt mich mit dem SRV-Außenminister Nguyen Co Thach. Er berichtete ausführlich über die außenpolitischen Initiativen Vietnams, über die Vorschläge der drei indochinesischen Länder, mit den ASEAN-Staaten eine Regionalkonferenz abzuhalten, um in gemeinsamen Bemühungen zu erreichen, daß Südostasien zu einer Zone des Friedens und der Stabilität wird.

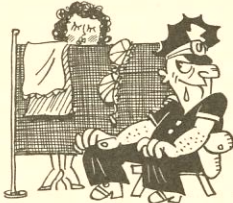
Sie sehen, Herr Gonzales, die Außenpolitik der sozialistischen Länder ist sehr vielfältig. Wichtig dabei ist natürlich die wirksame Übereinstimmung internationaler und nationaler Interessen. Darauf weist der Außenminister der UVR, Frigyes Puja, in seinem Buch „Die Außenpolitik Ungarns“ hin. Er schreibt, die Übereinstimmung der wichtigsten Merkmale der Außenpolitik Ungarns und anderer sozialistischer Staaten schließe selbstverständlich Spezifisches nicht aus, das jedoch nicht in den hauptsächlichsten, nicht in strategischen Fragen zum Ausdruck komme, sondern in der Taktik, und in der Außenpolitik eines sozialistischen Landes nicht dominieren könne. Die Unterschätzung gemeinsamer Interessen, entwickelt er diesen Gedanken weiter, und ihre Konfrontation mit realen oder angeblichen nationalen Interessen könnten nationalistische Verzerrungen in der Außenpolitik auslösen, der allgemeinen Sache des Sozialismus schaden, ohne gleichzeitig dem Volk des jeweiligen Landes zu nutzen.

Die starke Verunsicherung der internationalen Lage und die Situation in den einzelnen Regionen werfen neue Fragen auf. Sie erfordern gut durchdachte und keineswegs schablonenhafte Lösungen. Anders könnte die sozialistische Außenpolitik keine Erfolge erzielen, die allen Völkern Nutzen bringen. Nicht wahr?

Unkenntlich

Ein amerikanischer Maler stellte auf einer riesigen Leinwand einen nächtlichen Himmel und darauf klein geschnittene Speckscheiben, irgendwelche Eisenträger und den Teil eines weiblichen Kopfes dar. Sein Werk nannte er „Sternendieb“. Es gefiel den Mitgliedern des künstlerischen Rats des US-Staats Florida, die damit den Wartesaal der Fluggesellschaft „Eastern“ im internationalen Flughafen von Miami schmücken wollten. Der Direktor der Fluggesellschaft, Astronaut Frank Borman, winkte jedoch ab. Als er im Kosmos gewesen sei, habe er nichts Derartiges gesehen.

Lustmolche?



In Polizeirevieren von Chicago (USA) werden Frauen bei der Leibesvisitation veranlaßt, sich völlig zu entkleiden, damit man sicher sein könne, daß sie keine Waffen bei sich trügen, schreibt die spanische „Pais“. Die Polizisten verlangen das auch, wenn es sich nur um einen Verstoß gegen Verkehrsregeln handelt. Bundesrichter Thomas McMillen bezeichnete diese Praxis als „irrational“.

Familienexpres

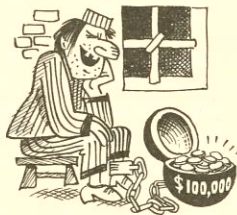
In der japanischen Präfektur Wakayama gibt es einen Zug, der nur Leute mit dem Namen Suzuki befördert. Diese Neuerung wurde von der Staatsbahn eingeführt. Suzuki heißen

z. B. der japanische Ministerpräsident und der Bürgermeister von Tokio... Aber die Bahnverwaltung hofft natürlich nicht auf so illustre Passagiere. Außer ihnen tragen schließlich noch rund 2 Millionen weitere japanische Familien diesen Namen. An ihnen wie auch an ausländischen Touristen, die diesen Familienexpres sicher gern ausprobieren, will die Bahn verdienen.

Pennende Justiz

Richter in Großbritannien und den USA dösten gewöhnlich während der Verhandlungen, schreibt der „Daily Telegraph“. Starke Resonanz in diesem Zusammenhang fand ein Scheidungsprozeß vor dem Obersten Gericht des Staates New York. Richter Roncallo „schief nicht nur süß wie ein Kind“, sondern schnarchte auch noch laut, womit er das Publikum empörte. Die Gerichtsbehörden hauten ihren unglückseligen Justizdiener damit heraus, Roncallo sei erkältet gewesen.

Teure Beweise



Um einen Schwerverbrecher zu entlarven, der elf Morde auf dem Gewissen hatte, wandten Mitarbeiter der kanadischen Royal Horse Guard eine außergewöhnliche Methode an. Sie boten dem Verbrecher Geld für sein Geständnis. Der Mörder zeigte sogar die Stellen, wo er seine Opfer verscharrt hatte. So wurden

unwiderlegbare Beweise zusammengetragen. Bei der Verhandlung kam jedoch heraus, daß die Polizisten dafür 100 000 Dollar hingebblättert hatten.

Rassisten aus der K

In der bundesdeutschen Zeitung „Die Glocke“ wurde der Brief einer Schülergruppe veröffentlicht, die Zigeuner gegen rassistische Ausfälle in Schutz nahmen. Darauf meldeten sich Beamte der Kriminalpolizei von Warendorf, Wolff und Gahlen. „Kennt Ihr einen Zigeuner, der seinen Lebensunterhalt mit ehrlicher Arbeit bestreitet?“ wollten sie von der Redaktion wissen. Und weiter in der gleichen Tonart.

Nicht aufgepaßt



Zwei Engländer hatten eine Gesellschaft für den Import billiger Weine aus Frankreich gegründet. Sie wollten sie jedoch nicht an ihre Landsleute verschern, sondern in die USA exportieren. Dabei kriegten die Flaschen neue Etiketten, die eine bessere Sorte auswiesen und folgerichtig die Sache auch teurer machten. Die Liebhaber französischer Weine in den USA wären nie auf den Betrug gestoßen, wenn nicht, wie der „Daily Telegraph“ schreibt, auf einer Flasche unter dem neuen noch das alte Etikett gewesen wäre.

Baby des Jahres

Das Magazin „Time“ maßt sich seit langem an, einen ihm genehmen Politiker zum „Mann des Jahres“ zu küren. Die Münchner „Quick“ machte, diesem Trend folgend, die neugebackene Prinzessin von Wales, Diana, zur „Frau 1981“, vor Nancy Reagan und anderen Rivalinnen. „Quick“ hat sich auch für

ein „Baby des Jahres“ entschieden, das diesmal allerdings erst im Sommer von Prinzessin Diana zur Welt gebracht werden soll.

Panzerquälerei



Die Zeitschrift des Hamburger Tierschutzvereins „ich und du“ brachte folgende Mitteilung: „Auf heftige Proteste hin mußte in Kopenhagen ein Film abgesetzt werden, der in realistischer Weise einen Stierkampf zeigte. Das sei Tierquälerei, meinten die Leute. Der Kinobesitzer kam den Wünschen seiner Kunden nach und zeigte statt dessen eine Panzerschlacht.“

Importbräute

In den Dörfern und Kleinstädten der schwachentwickelten Gebiete Japans sind in den letzten Jahren Bräute Mangelware geworden. Heiratslustige Männer des Städtchens Asahi fanden einen Ausweg, indem sie Bräute einführen. Über ein Reisebüro in Taipei kamen sie an einige dortige Ehekandidatinnen heran und fuhren nach Taiwan, um sie kennenzulernen. Die erste Hochzeit mit einer eingeführten Braut wurde in Asahi bereits gefeiert, die zweite steht bevor. Das Beste an den Taiwaner Bräuten ist, daß sie an schwere Landarbeit gewöhnt sind, die die japanischen Bräutigame mehr als genug zu bieten haben.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet Airlines